

sonderausgabe:
44 klimaaktivist*innen
übernehmen die taz 

Anzeige



Nichts wird so bleiben, wie es ist. Ein grundlegender Wandel ist notwendig, um den sich beschleunigenden klimatischen Umbrüchen, den drohenden Kollaps ganzer Ökosysteme adäquat und schnell begegnen zu können.

376 Seiten | Euro 20,-

www.mandelbaum.at

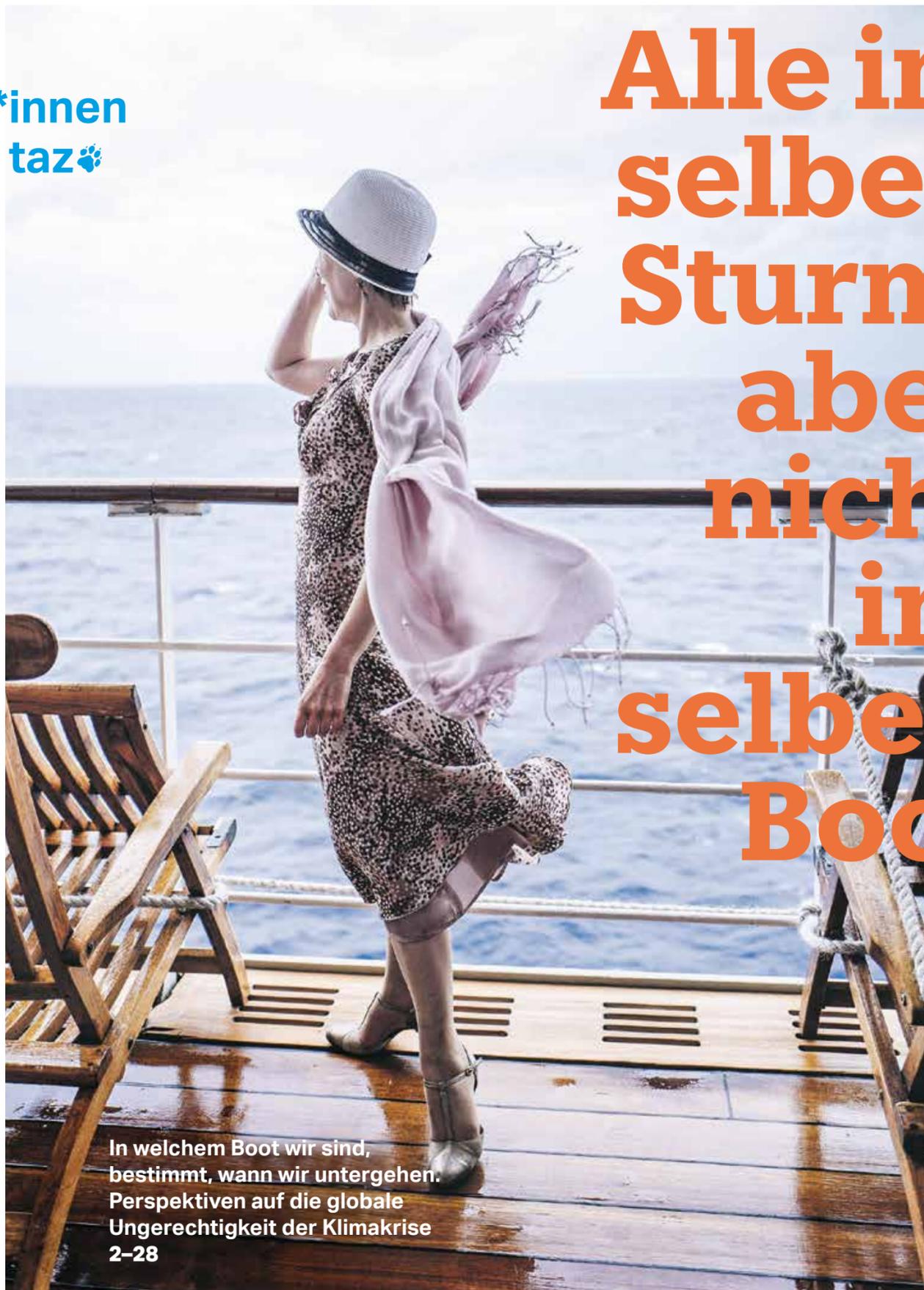
Von Elefanten und Normalität

Am Donnerstag stand plötzlich ein Elefant im Konferenzraum der taz. „Ein Elefant“ ist das Sprachbild für eine ganz bestimmte Situation: Ein Raum, virtuell oder echt, voller Leute, man unterhält sich, diskutiert, aber da gibt es die eine Frage, die niemand anspricht, von der nur alle wissen, dass sie die wichtigste ist.

Die taz hat ihre Zeitung in die Hände von Klimaaktivist:innen gegeben. Wir haben organisiert, die Logistik gestellt, hier und da beraten, manche Texte – sprachlich – redigiert und uns ansonsten rausgehalten. Am Donnerstagmorgen stellten die Aktivist:innen, teils im Raum, teils per Videozuschaltung, ihre Texte und die für diesen Tag neu geschaffenen Ressorts vor. Aus „Ökologie und Wirtschaft“ hatten sie „Systemwandel“ gemacht. Als sie mit dem Programm fertig waren, sagte einer der Aktivist:innen: „Wir wissen aber noch gar nicht, ob die taz morgen überhaupt erscheint.“

Da war er, der Elefant im Raum: eine Anzeige von RWE. Für die taz, die auf die Trennung von Verlag und Redaktion achtet und sich nicht von Anzeigen den Inhalt bestimmen lässt, grundsätzlich kein Problem. Für die Aktivist:innen ein No-Go. Seit Mittwochabend war geredet worden. Viele Besprechungen und noch mehr Telefonate später stand fest: Die Anzeige wird in dieser Ausgabe nicht erscheinen, stattdessen findet sich ein Text zur Causa darin.

Warum ich das schreibe? Wir haben die taz aus den Händen gegeben, weil an diesem Klimastreiktag nichts so sein soll wie sonst; keine Normalität. Denn das, was sich mit der Erderhitzung tut, erlaubt keine Normalität. Genau wie die Gesellschaft im Allgemeinen braucht ein Medienhaus wie die taz aber nun einmal Normalität, um täglich zu erscheinen. Es war gut, dass zum Klimastreiktag dieser so schwer auflösbare Widerspruch sichtbar wurde. Denn genau darum geht es doch: Wie viel Normalität können wir uns mit der Erderhitzung noch leisten? *Barbara Junge, Chefredakteurin taz*



Alle im selben Sturm, aber nicht im selben Boot

In welchem Boot wir sind, bestimmt, wann wir untergehen. Perspektiven auf die globale Ungerechtigkeit der Klimakrise 2–28

Auch bei starkem Wind sicher, aber nur für zahlungskräftige Passagiere: Transatlantik-Kreuzfahrt auf der „Queen Mary 2“
Foto: Decoin/Le Figaro Magazine/laif

#KeinGradWeiter
von Sebastian Schwamm



Klima-Schuld
Industriestaaten stießen geschichtlich mehr CO₂ aus, leiden aber weniger 4

Aktivist*in? Nein!
Eine Polemik über (Selbst-) Bezeichnungen und ihre Wirkung 27

Klima-Feminismus
Mit Bananenschalen gegen Erderhitzung und Patriarchat 13

Anzeige



HYDROPHIL

FÜR EINE LEBENSWERTE ZUKUNFT! Unsere Produkte sind klimaneutral, vegan und fair produziert.

Die taz wird ermöglicht durch **20.617** GenossInnen, die in die Pressevielfalt investieren. Infos unter geno@taz.de oder 030 | 25 90 22 13

Aboservice: 030 | 25 90 25 90
fax 030 | 25 90 26 80
abomail@taz.de

Anzeigen: 030 | 25 902 -130 / -325
anzeigen@taz.de

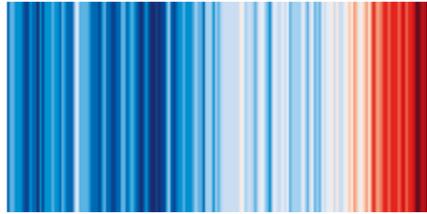
Kleinanzeigen: 030 | 25 90 22 22
kleinanz@taz.de

taz Shop: 030 | 25 90 21 38
Redaktion: 030 | 259 02-0
fax 030 | 251 51 30, briefe@taz.de

taz
Postfach 610229, 10923 Berlin
twitter.com/tazgezwitscher
facebook.com/taz.kommune

www.taz.de

Ausgabe Berlin Nr. 12348 € 2,80 Ausland € 2,20 Deutschland 4 190254 802201 5 0639



Global, 1850-2019

Warming Stripes

Bunte Sache

Sind Ihnen die bunten Streifen oben auf den Seiten aufgefallen? Mit diesen so bezeichneten Warming Stripes von Ed Hawkins wird die Abweichung der Jahrestemperaturen gegenüber dem langfristigen Schnitt seit Beginn der Wetteraufzeichnungen vor gut 150 Jahren dargestellt. So lässt sich erkennen, in welchen Jahren oder Zeiträumen Abnormalitäten auftreten – je dunkler das Rot, desto wärmer ist das jeweilige Jahr. Ed Hawkins ist Professor für Klimawissenschaft an der Universität von Reading. Mit seinen Visualisierungen von Klimadaten will er das Bewusstsein für den Ernst der Klimakrise in der Gesellschaft schärfen.

Quelle

Ed Hawkins, University of Reading. License Attribution 4.0 International (CC BY 4.0)

impressum klimagerechtigkeit

Jonathan Auer Schüler und Klima-Aktivist bei Fridays for Future
Nanna Birk LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V., Umweltbildung/Klima
Patricia Bohland LIFE Bildung Umwelt Chancengleichheit e.V., Umweltbildung/Klima
Isadora Cardoso Aktivistin bei GenderCC Women for Climate Justice e.V.
Dante Davis koordiniert das Projekt Locals United (BUNDJugend) in Berlin und studiert in Potsdam
Lea Dehning Gastivists Collective, globales Graswurzelnetzwerk gegen Gas
Freddie Diallo Locals United (BUNDJugend) und Kein Mensch ist illegal
Sarafou Diallo aus der Republik Guinea, lebt seit anderthalb Jahren in Deutschland
Julia Dittmann Klima-Allianz Deutschland, Feministin für Klimagerechtigkeit
Felix Domke arbeitet bei ProVeg e.V. für die Agrar- und Ernährungswende
Lena Gärtner Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei Bergwaldprojekt e.V.
Kira Geadah Klima-Aktivistin bei Fridays for Future auf Bundesebene seit 2018
Lisa Göldner Klima- und Energie-Kampagnerin bei Greenpeace
Fatima González-Torres Klima-Journalistin, Video-Strategist bei der ökologischen Suchmaschine Ecosia
Lukas Gress bei Fridays for Future Freiburg aktiv für eine gerechte Zukunft
Sarah Grzondziel Klimaaktivistin bei BUNDJugend Berlin
Marco Gütle kämpft bei Bündnis Bürgerenergie für die Energiewende in Bürger*innenhand
Kathrin Henneberger Klima-Aktivistin beim Institute of Environmental Justice e.V.
Julian Hirschmann KILCOY Deutschland und Klimadelegation e.V.
Marlene Ickert engagiert sich für intersektionale Klimagerechtigkeit
Shayli Kartal Klimaaktivist, Bruder, Basketballer, PoC, Musik-Liebhaber
Christopher Laumanns gibt bei wort-wechsel.org Trainings zu Öffentlichkeitsarbeit
Selma Lewerenz BUNDJugend Berlin, Arbeitskreis Klima-Landwirtschaft-Ressourcen
Annika Liebert engagiert sich in Erfurt, Thüringen, für Klimagerechtigkeit
Jakob Lochner Physiker und Mensch hinter dem wöchentlichen Newsletter Klimahochdreier
Anne Löscher promoviert zur internationalen Finanzarchitektur und Klimakrise
Hannah Lübbert Jugendrat der Generationen Stiftung
David Luys Student der Soziologie, Journalist und Protestfotograf
Franziska Müller Juniorprofessorin und Aktivistin für Globale Klimapolitik
Dorothy Nalubega Aktivistin in Uganda bei Kkona Women Sustainable Agriculturists
Charlotte Niekamp entwirft bei wort-wechsel.org Narrative für soziale Bewegungen
Pia Paust-Lassen Berlin21-RENN.mitte, lehrt an der ASH im Masterstudiengang BNE
Linda Maily Pham Klima-Aktivistin und Lehramtsstudentin
Regine Richter Energie-Campaignerin bei urgewald e.V.
André Rösner Facilitator und Aktivist
Yann Schmidt Aktivist bei Fridays for Climate Justice FU Berlin
Enno Schönigh studierte Internationale Beziehungen und forscht zu Klimamigration
Jörg Staudé KJB KlimaJournalistenBüro
Linus Steinmetz Aktivist bei Fridays for Future auf Bundesebene seit 2018
Lea Thin macht Klimakommunikation aus Leidenschaft für NGOs und Aktivist*innen
Sonja Trabandt Layouterin und Fotografin bei der taz
Friederike Treuer Bundesverband Erneuerbare Energie
Ronja Weil Aktivistin und Pressesprecherin bei Ende Gelände
Wiebke Witt macht Kampagnenarbeit für einen schnelleren Kohleausstieg
Anna Wolf studiert Naturwissenschaften und ist Teil von Students for Future
Kathy Ziegler Teil der Klima AG bei ver.di in Köln und feministische Mutter

Anfang des Widerstands oder Anfang vom Ende

Die Klimabewegung hat viel geschafft, aber die realpolitischen Erfolge sind bislang ausgeblieben. In dieser Ausgabe schreiben wir, wieso, wofür und womit wir kämpfen – und warum es mehr Radikalität braucht



Die Klimakrise auf die politische Agenda zu setzen ist ein Erfolg der Bewegung. Aber Agenda-setting reicht nicht
 Foto: Karsten Thielker

Von Hannah Lübbert

Die Klimakrise ist längst zur Realität geworden und bedroht auch Menschenleben. Trotzdem ist unsere Gesellschaft immer noch nicht bereit, den Fakten ins Auge zu blicken. Das wurde wieder einmal besonders deutlich, als Wirtschaftsminister Peter Altmaier Anfang September seine „Klimacharta“ ankündigte, mit der er Deutschland bis 2050 klimaneutral machen will. Altmaier wurde dafür viel gelobt, sein Vorschlag „historisch“ und „Klimakehrtwende“ genannt, manche warnten sogar davor, das Programm sei zu radikal.

Was in der öffentlichen Debatte dagegen systematisch ausgeblendet wurde, obwohl es bekannt sein sollte: Die Klimakrise ist inzwischen so dringlich und fortgeschritten, dass die Ziele dieser „Klimacharta“ immer noch völlig unzureichend sind.

Denn die Realität hat längst die schlimmsten Befürchtungen übertroffen, sodass selbst wissenschaftliche Worst-Case-Szenarien nach oben korrigiert werden müssen. Das gilt vor allem bei den Kipppunkten im Klimasystem, deren Effekte in den Prognosen des Weltklimarats IPCC lange gar nicht erst mitgerechnet wurden. Heute weiß man, dass der Permafrostboden bereits begonnen hat zu tauen – und damit Milliarden von Tonnen CO₂ freierwerden, die wiederum weitere Kipppunkte aktivieren und damit die Erde um mehrere Grad erwärmen werden. Unter solchen Umständen wäre das Überleben der Menschheit völlig ausgeschlossen.

Wir sitzen also auf einer tickenden Zeitbombe und müssen so schnell wie möglich handeln. Angesichts dessen ist das Ziel, bis 2050 Emissionsneutralität zu erreichen, völlig unsinnig. Ist man realistischer, dann gibt es nur zwei Optionen: sofortige Klimakehrtwende oder Untergang.

Regierungen weltweit beweisen regelmäßig, dass sie darauf keine Antworten liefern werden, Altmaiers „Klimacharta“ ist dabei nur eine weitere Bestätigung. Während wir auf eine Wand zufahren, geben diejenigen, die uns davor schützen sollten, noch extra Gas. Wenn aber Machthabende nicht einmal das fundamentalste aller Rechte – das Recht auf Leben – garantieren können, bedeutet das nicht die größte denkbare Legitimationskrise? Macht das aktiven Widerstand nicht unausweichlich?

Genau diesen Widerstand versucht die Klimabewegung zu organisieren. Sie hat in den letzten Jahren wichtige Arbeit geleistet, hat aufgeklärt, diskutiert und gekämpft – und damit die Klimakrise auf die politische Tagesordnung gerückt. Realpolitische Erfolge aber gab es bis jetzt nicht zu verbuchen.

Wir müssen also Wege finden, wirksamer zu werden, und das schnell. Denn wir handeln unter massivem Zeitdruck. Was bis jetzt geschehen ist, war entweder nur der Anfang des Widerstands oder aber es war der Anfang vom Ende.

Aus der Bewegungsforschung weiß man, dass gut organisierte 3 bis 5 Prozent der Bevölkerung ausreichen, um einen gesellschaftlichen Wandel zu errei-

chen. Zwar sprechen sich in aktuellen Umfragen 97 Prozent der Menschen für eine schnellere Energiewende aus, doch was bringt eine solche passive Zustimmung? Wenn nur ein Bruchteil dieser Mehrheit selber aktiv wird, würde „Klimagerechtigkeit“ nicht mehr so sehr nach naiver Utopie klingen.

Außerdem müssen wir hinterfragen, ob bisherige Protestformen tatsächlich den viel zitierten „politischen Druck“ ausgeübt haben. Wenn selbst das lächerliche Klimapäckchen und der katastrophale Kohlekompromiss *nach* den und *trotz* der größten Demonstrationen in der deutschen Gesichte verab-

„Wenn Machthabende nicht das fundamentalste aller Rechte – das Recht auf Leben – garantieren können, bedeutet das nicht die größte denkbare Legitimationskrise?“

schiedet wurden, dann sind die Demos wohl zu leicht zu ignorieren gewesen. Statt weiterhin die eigene Meinung auf der Straße nur symbolisch kundzutun, in der Hoffnung, dass dann eine Wählerwanderung stattfindet, müssen wir andere Hebel finden, die Entscheidungsträger*innen direkter erreichen.

Nach dem Konzept Schulstreik sind andere Formen der

Bestreikung längst überfällig. Da die Klimakrise keinen Teil der Gesellschaft unberührt lässt, ist auch ein Generalstreik eine Idee, die wenigstens ernsthaft diskutiert werden sollte.

Für all das ist es unabdingbar, einen anderen Maßstab für Radikalität zu entwickeln. Zwar ist dieses Wort immer noch negativ besetzt – ursprünglich aber bezeichnete es nichts anderes, als ein Problem an der Wurzel zu packen. Wenn alles auf dem Spiel steht, dann ist radikal einfach nur vernünftig.

Gerade die Coronakrise hat gezeigt, dass die große Mehrheit bereit ist, „radikal“ zu sein, um Menschenleben zu schützen – vorausgesetzt, die Gefahr wird ernst genug genommen.

Und damit das auch in Bezug auf die Klimakrise endlich geschieht, dafür tragen unter anderem die Medien enorme Verantwortung, der sie bis jetzt leider oft noch nicht gerecht werden. Zu oft werden die entscheidenden Fakten ignoriert (wie das Beispiel Altmaier zeigt) oder nur am Rande erwähnt, relativiert oder dekontextualisiert. Zu selten wird die Klimakrise auch als Systemkrise dargestellt, werden Möglichkeiten aufgezeigt, aus dem bestehenden System auszubrechen. Dadurch wird die kollektive Verdrängung weiter gefördert.

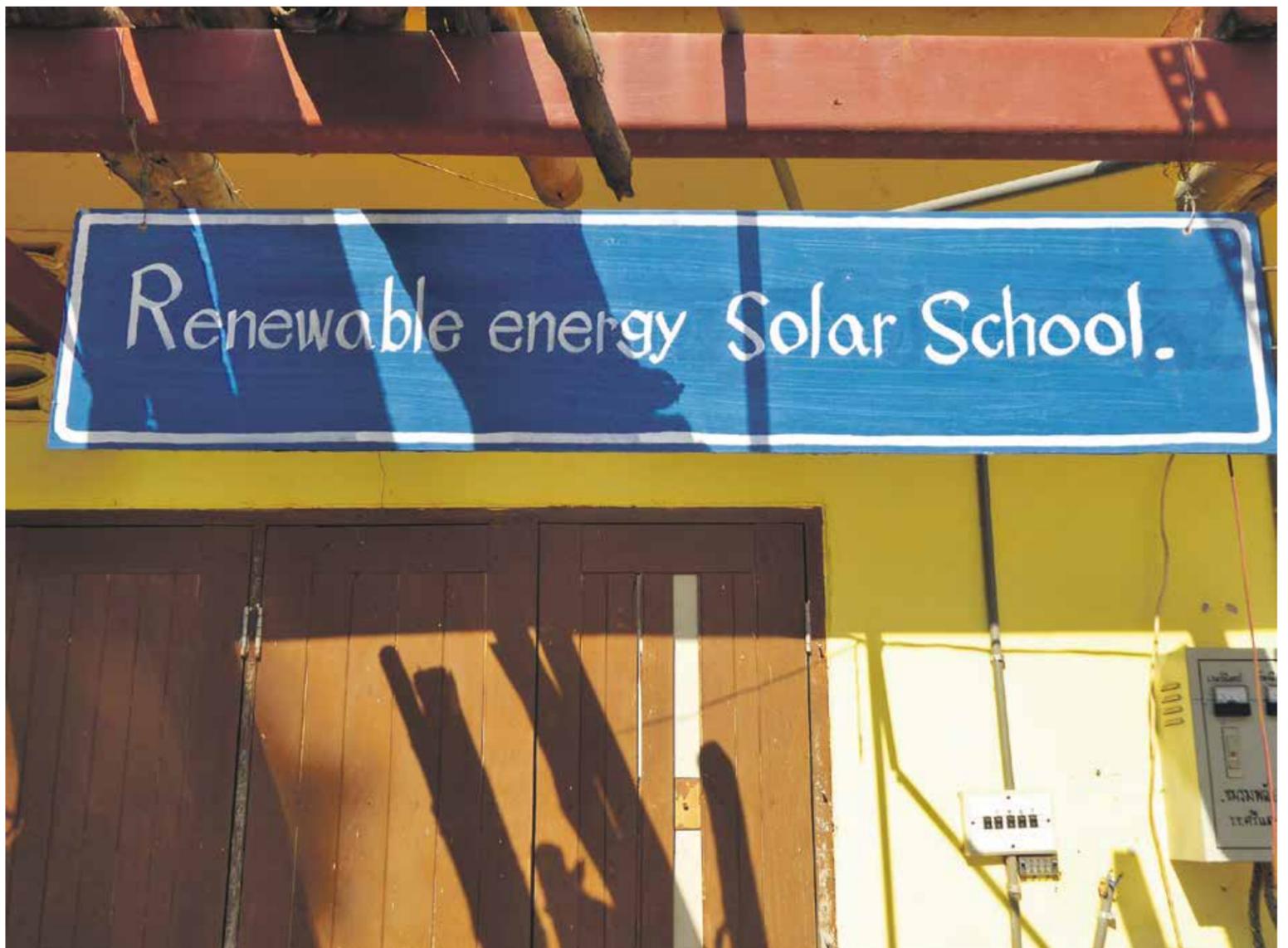
Um das zu ändern, schreiben wir als Klimaaktivist*innen heute in dieser Ausgabe. Wir wollen aufzeigen, wieso, wofür und womit die Bewegung kämpft, und damit nur einen Anfang liefern, damit künftig jeder Tag Klimatag ist.

taz blogs

We ♥ Riotmama

für klare Worte und vernichtenden Humor.
 taz.de/blogs/riotmama

Das Schild erklärt, was Sache ist
Foto: Enno Schöningh



Eine Schule in Thailand, die Solarenergie, Bio-Landwirtschaft und alternative Bildungskonzepte verbindet, wurde weithin bekannt, als der Gründer und seine Schüler*innen einen nationalen Wettbewerb für erneuerbare Energien gewannen

Die Sonnenschule

Von Enno Schöningh

Schaut man auf eine Karte, wird sichtbar, dass die Schule im Dreiländereck liegt, dort, wo sich die Grenzen Thailands, Laos' und Kambodschas vereinen. Die dortige Provinz, Ubon Ratchathani, ist eigentlich für scharfes Essen und ihren Reisanbau bekannt. Tatsächlich ist Ubon die größte Reisanbauprovinz des Landes und erzielt eine Wertschöpfung von mehr als einer Viertelmillion Euro jährlich. Doch mit täglich 7,7 Sonnenstunden im Jahreschnitt, gemessen in der Provinzhauptstadt, eignet sich die Region auch hervorragend für Solarenergie.

Der erste Blick vor Ort bleibt unweigerlich am Schultor hängen, und zwar an den drei über der Einfahrt montierten quadratmetergroßen Solarmodulen. Sie thronen auf einer hohen, in Gelb und Orange gestrichenen Stahlkonstruktion. Passiert man das Tor, fällt der Blick nach rechts auf ein neues, auf vier weißen Säulen stehendes Schulgebäude. Auf dessen Dach sind 18 große Solarmodule installiert. Allein seine Größe hebt das Schulgebäude von den älteren, kleineren Häusern auf dem Schulgelände ab. Die einstöckigen Gebäude zur linken, unter anderem das Lehrer*innenzimmer und die Mensa, wirken im Kontrast sehr beschaulich.

Der Gründer der Schule, Phrakhruwimonpanyakun, wurde 1972 geboren und wuchs als ältester Sohn mit vier Geschwistern im Nordosten Thailands auf. Seine orangefarbene Robe und sein glatt rasierter Kopf kennzeichnen ihn als Mönch. Bevor er sich dem Buddhismus verschrieb, arbeitete der heutige Mönch in Bangkok in handwerklichen Kleinbetrieben. Hierbei eignete er sich das Wissen an, Solarmodule zu nutzen. Nachdem Phrakhru-

wimonpanyakun in mehreren Tempeln im Nordosten Thailands lernte und schließlich die Mönchsweihe erhielt, wurde er Abt des Tempels, der an die Schule angrenzt. Hier fand er mit der Gründung, dem Aufbau und der Entwicklung der Sonnenschule seine Lebensaufgabe.

Die Schule, in lateinischen Buchstaben Si Saeng Tham geschrieben, bezieht ihre Energie fast ausschließlich aus Solaranlagen. Diese bilden ein autarkes Energiesystem. Die Schule ist dennoch an das Energienetz angeschlossen – für den Fall von Stromausfällen in der Regenzeit. Die Instandhaltung der Solaranlagen bietet den Schüler*innen die Möglichkeit, praktische Erfahrung mit erneuerbaren Energien zu sammeln.

Dies knüpft an den vom Solar-Mönch beworbenen Bildungsgrundsatz an. Dieser wiederum baut auf der Philosophie der Suffizienzökonomie auf, die dem 2016 verstorbenen König Thai-



lands Bhumipol Adulyadej zugeschrieben wird. Die Philosophie beschreibt einen Entwicklungsansatz, der auf Werten wie Mäßigung, Umsicht sowie Eigenständigkeit und Marktunabhängigkeit beruht. Im Gegensatz zu klassischer ökonomischer Theorie betont das Modell die Wichtigkeit nachhaltiger Rentabilität anstelle kurzfristiger Profit-



Der Solar-Mönch umgeben von offiziellem Besuch
Foto: Enno Schöningh

ziele. Die königliche Philosophie erfreut sich in Thailand großer Beliebtheit und wird durch regierungsgeförderte Projekte in über 23.000 Dörfern angewendet.

Auch der Mönch setzt die Philosophie in der Praxis um: „Die Nutzung von Solarmodulen ist unser Ausgangspunkt der Konzeption und Montage von Solarmodulen und lernen im Unterricht, wie sie funktionieren“, erzählt der Mönch. „Unser zweiter Schwerpunkt ist die Landwirtschaft, da Landwirtschaft die Bestimmung vieler Schüler*innen ist.“

Die Schüler*innen absolvieren nicht nur den regulären Unterricht, sondern lernen auch wirtschaftliche Selbstständigkeit. Dies ist als Teil der königlichen Philosophie von besonders großer Bedeutung. Phrakhruwimonpanyakun betont, dass das Bildungskonzept der Schule darauf abziele, dass Schüler*innen später nicht in Armut leben müssen. Erste Erfolge wurden bereits erzielt. „Einige haben

bereits Geld damit verdient, Solarmodule bei Kleinbauern in der Region montieren“, sagt der Mönch. „So können sie sich zusätzlich am Wochenende etwas verdienen.“

Nutcharat Seemawun, eine 26-jährige Englischlehrerin aus einer nahegelegenen Stadt, besucht die Schule mehrmals. Sie ist beeindruckt von Si Saeng Tham. „In staatlichen Schulen wird den Schülern beigebracht, akademisch gut zu sein“, sagt Nutcharat. „In Si Saeng Tham wiederum lernen sie, das Beste aus den ihnen verfügbaren Ressourcen zu machen. Im Prinzip probiert die Schule, den Schülern Lebenskompetenzen beizubringen, die über das theoretische hinausgehen.“

Dazu gehört in der Sonnenschule auch Spiritualität. Der Mönch führt jeden Morgen eine Meditation mit allen Schüler*innen durch. Diese wird als Livestream übertragen. Nutcharat schaut sich das Video manchmal an. „Ich sehe immer wieder Videos des Mönchs, auf denen die Schüler*innen meditieren“, sagt Nutcharat. „So ha-

ben sie Zeit, sich selbst zu beobachten und zu realisieren, was in der Vergangenheit passierte, und die Zukunft zu planen.“

Solarenergie stellt auch finanziell eine Lebensgrundlage der Schule dar. Der Verkauf und die Installation von Solarmodulen tragen dazu bei, dass

„Solarenergie stellt auch finanzielle Lebensgrundlage der Schule dar“

die Schule unabhängig ist. Davon profitieren auch viele Kleinbauern in der Umgebung. Sie können zum Beispiel eine tragbare Solaranlage kaufen. Diese ist von Hand manövrierbar und kann jederzeit in die Sonne verschoben werden. Dies ermöglicht den Kleinbauern, mehr und mehr auf erneuerbare Energien umzusteigen. Für kaufkräftigere Interessierte bietet der Mönch mehrtägige Seminare an, in denen diese alles über Solarmodule lernen können.

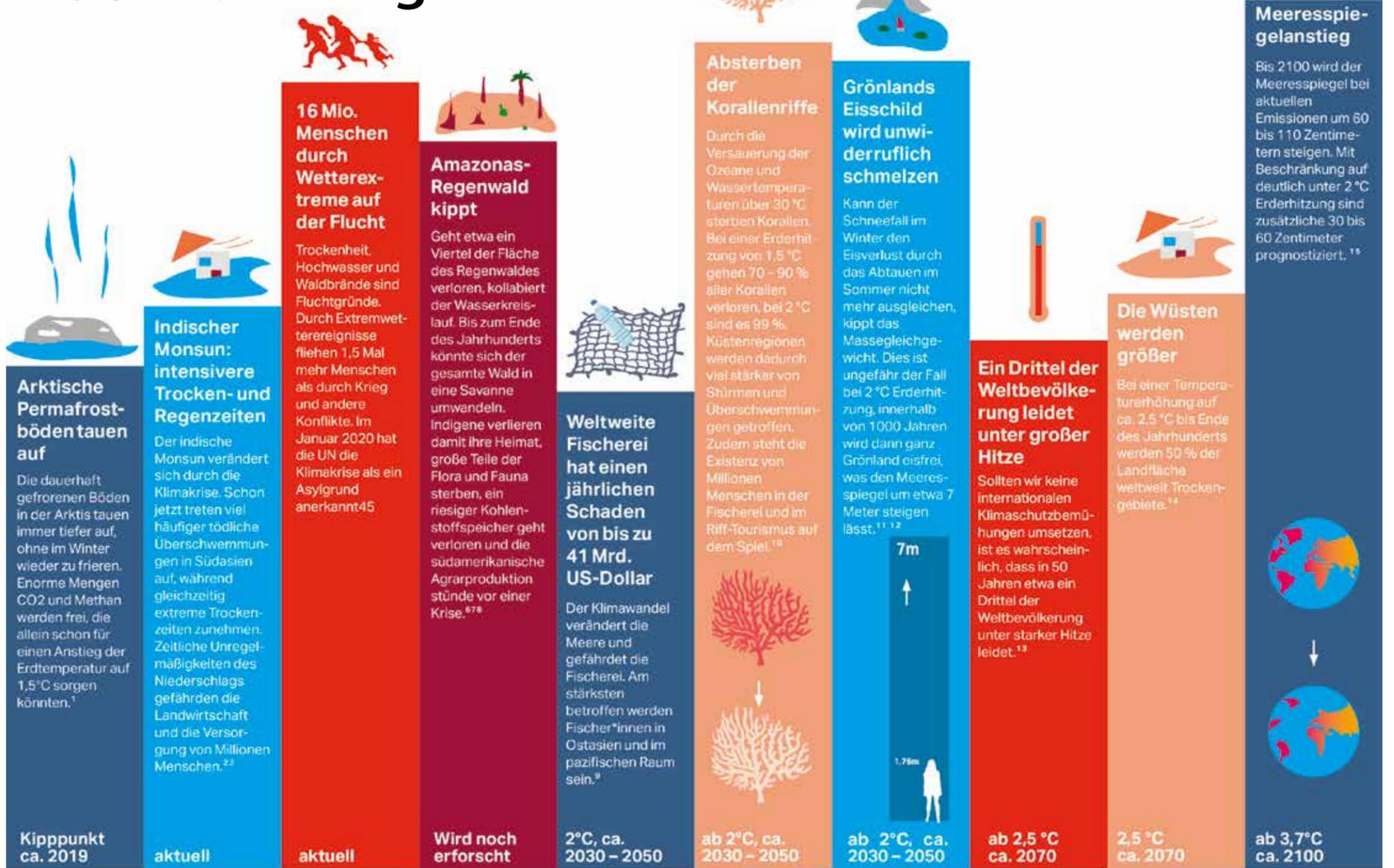
Neben dem Erlös durch Solarenergie betreibt der Mönch auch gezieltes Marketing. Aus diesem Grund werden auch die Meditationsvideos hochgeladen. Sie ermöglichen Spender*innen aus der ganzen Welt einen Einblick in den Schulalltag.

Eine weitere Komponente des nachhaltigen Schulkonzepts ist Bio-Landwirtschaft. Auf dem Gelände ist genügend Platz für den Anbau. Neben Chilis und anderem Gemüse wird vor allem Reis angebaut. Die zwölf zur Schule gehörenden Reisfelder werden ausschließlich von den Schüler*innen bewirtschaftet. Nicht nur lernen sie auf diese Weise den Reisanbau, sondern erarbeiten nebenbei auch das Schulessen. So kann die Schule ein kostenloses Mittagessen anbieten.

Die Sonnenschule erreichte in den kurzen Jahren seit Gründung einen derart hohen Bekanntheitsgrad, dass offizieller Besuch, wie etwa von Landwirtschaftsbehörden oder lokalen Regierungsbeamten, nur noch am Freitag kommen soll. Das Interesse „hoher Besucher“ ist wahrlich nicht verwunderlich, denn eine energie-, finanz- und lebensmittelautarke Oberschule hat Seltenheitswert. Doch nur so bleibt genügend Zeit für das Wichtigste: den Schulalltag. Das integrative Konzept, bestehend aus Solarenergie, Bio-Landwirtschaft und der königlichen Philosophie, ist genauestens auf die Lebensrealitäten der Schüler*innen und die natürlichen Möglichkeiten der Umgebung abgestimmt. Wirklich unterscheidet aber der Fokus auf Sonnenenergie Si Saeng Tham von herkömmlichen Schulen.

Die Lehrerin Nutcharat ist überzeugt: „Das, was die Schule einzigartig macht, ist auf jeden Fall die Solarenergie.“

Folgen der Erderwärmung



Warum ist das Klima in der Krise? Was kommt auf die Erde zu, wenn wir einfach so weitermachen? Was erwartet uns in den nächsten hundert Jahren? Die Grafik zeigt einen kleinen Ausschnitt dessen, was die Wissenschaft für den Fall weiteren ungebremsten CO₂-Ausstoßes vorher-sagt. Bis 2100 sagt der Weltklimarat mit die-

ser Annahme eine Temperaturerhöhung von 3,7 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau vorher. Eine besondere Rolle spielen dabei sogenannte Kippelemente im Erdsystem, deren Kippen gravierende Folgen für das Leben der Menschen hat. Kippelemente sind zum Beispiel das Grönlandeisschild oder der Golfstrom. Ab einem gewissen Schwellenpunkt

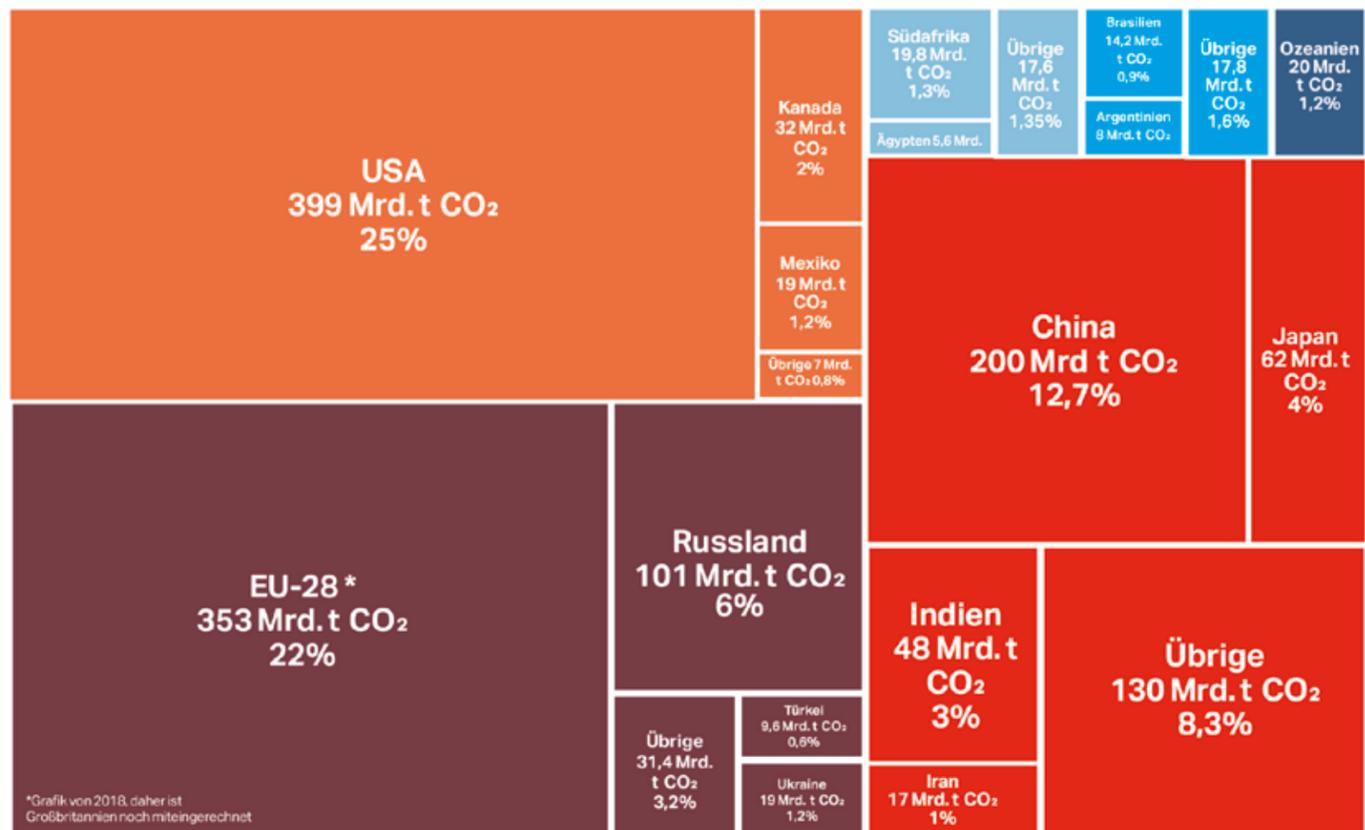
fangen sie an sich unumkehrbar zu verändern, zu „kippen“. Möglich sind auch „Kipp-Kaskaden“. Dabei bringen sich Kippelemente gegenseitig zum Kippen und lösen eine dominoartige Kettenreaktion aus. So könnte sich die Erde in eine neue Heißezeit katapultieren.

Jakob Lochner, Yann Schmidt, Julian Hirschmann

Grafik: taz, Quellen: ¹klimateporter.de/erdsystem/der-klima-turbo, ²klimateporter.de/erdsystem/wie-eine-decke-mit-loechern, ³pik-potsdam.de/services/intothek/kippelemente/kippelemente, ⁴internal-displacement.org/global-report/grid2019/, ⁵klimateporter.de/international/klima-flucht-kann-asyl-anspruch-begrunden, ⁶klimateporter.de/erdsystem/showdown-am-amazonas, ⁷amazonas.de/wasserkreislauf-im-amazonas/, ⁸pik-potsdam.de/de/produkte/intothek/kippelemente/kippelemente, ⁹klimateporter.de/branchenbericht/was-der-klimawandel-fuer-die-fischereiwirtschaft-bedeutet, ¹⁰klimateporter.de/erdsystem/sterben-die-korallen-sterben-die-kuesten, ¹¹klimateporter.de/erdsystem/groenlandeis-kippt-stufenweise, ¹²deutschlandfunk.de/gletscherschmelze-groenland-wird-zum-groenland, ¹³de.html?dram:article_id=48558, ¹⁴spiegel.de/wissenschaft/mensch/klimawandel-ein-drittel-der-weltbevölkerung-koennte-2070-unter-grosser-hitze-leiden-a-b21f7cc-d347-442d-bfd4-882e3a1ba7ac?ref=rss, ¹⁵wad.jrc.europa.eu/countryreport, ¹⁶deutsches-klima-konsortium.de/fileadmin/user_upload/pdfs/Publikationen_DIKGdkk-kdm-meeresspiegelbrochure-web.pdf

CO₂-Emissionen historisch

Nordamerika 457 Milliarden Tonnen CO₂ 29%



Europa 514 Milliarden Tonnen CO₂ 33%

Asien 457 Milliarden Tonnen CO₂ 29%

Grafik: taz, Quelle: Hannah Ritchie, „Who has contributed most to global CO₂ emissions?“, veröffentlicht auf ourworldindata.org, Daten von Global Carbon Project und Carbon Dioxide Information Analysis Center

in Blick auf die historischen Emissionen seit Beginn der Industrialisierung zeigt die Klimaschuld. So verursacht Deutschland etwa zwei Prozent der globalen CO₂-Emissionen – für ein Prozent der Weltbevölkerung. 1750 bis 2018 war Deutschland jedoch für rund 5,7 Prozent aller weltweiten Emissionen verantwortlich – mehr als Afrika und Südamerika zusammen.

Um Klimaschuld zu quantifizieren, müssten auch andere Treibhausgase wie Methan und Lachgas bedacht werden. Deren rückwirkende Erhebung ist deutlich schwieriger, zudem haben sie unterschiedliche Verweildauer in der Luft. Auch Änderungen in der Landnutzung sind relevant.

Bereits die separate Betrachtung der fossilen CO₂-Emissionen macht die enorme Kluft zwischen globalem Norden und globalem Süden deutlich. Während 2018 in Afrika knapp 17 Prozent der Weltbevölkerung lebten, trägt der Kontinent zu den fossilen CO₂-Emissionen weniger als drei Prozent bei. Auf Südamerika entfallen nur etwa 2,6 Prozent der Emissionen bei 8,4 Prozent der Weltbevölkerung. Im Gegensatz dazu kommen die USA mit fünf Prozent der Weltbevölkerung auf ein Viertel der Emissionen seit 1750.

Die ungleiche Verteilung ist eng verknüpft mit kolonialer Macht. Erst die Ausbeutung des globalen Südens hat den heutigen Industriekapitalismus möglich gemacht. Zugleich können sich große Emittent*innen besser anpassen, während die Länder des globalen Südens am stärksten von der Klimakrise betroffen sind. Ihnen müsste vom verbleibenden Emissionsbudget der größte Teil zustehen. Zudem hätten die Verursacher*innen sie für Klimaschäden und Anpassungskosten zu entschädigen. Die deutsche Klimabewegung blendet die neokolonialen Strukturen hinter der Krise oft aus. Die historischen Emissionen kommen im Diskurs von Fridays for Future kaum vor. Die Bewegung lebt von einem anderen Narrativ: Wir sitzen alle im selben Boot und fordern Generationengerechtigkeit. Doch Klimagerechtigkeit bedeutet immer zuerst globale Gerechtigkeit. Yann Schmidt



Transformative Bildung muss feministisch sein

Die große Transformation benötigt ein neues Verständnis von Bildung, das andere Kompetenzen fördert. Welche Ansätze gibt es – und wo stoßen sie an Grenzen?

Von **Pat Bohland** und **Nanna Birk**

System change, not climate change“, lautet der globale Ruf der Klimabewegung. Genau das fordert auch der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen. 2011 veröffentlichte er das Gutachten „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“. Unter dieser großen Transformation wird die weltweite Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu Nachhaltigkeit verstanden. Eine zentrale Herausforderung dabei sei der Klimawandel, denn er könne Dynamiken auslösen, die seine Wirkung noch erheblich verstärken. Die große Transformation soll das verhindern. Der Prozess wird auch mit den anderen fundamentalen Transformationen der Weltgeschichte wie der Verbreitung von Ackerbau und dem Übergang zur Industriegesellschaft verglichen.

Der Zusammenhang mit Bildung liegt auf der Hand: Keine große Transformation funktioniert ohne gestaltungsfähige Menschen, die diesen Prozess gestalten. In der Wissenschaft, bei Bildungsträgern sowie dem Unesco-Weltaktionsprogramm wird deshalb auch der Begriff der transformativen Bildung

len. Hinzu kommt die Fähigkeit, Interessenkonflikte zu analysieren und sich entsprechend wirksam positionieren zu können.

Die große Transformation ist trotz des Drucks der Fridays-for-Future-Bewegung noch immer kein sichtbarer Prozess. Deshalb haben wir unterschiedliche außerschulische Bildungsakteur*innen nach ihren Ansätzen und den Grenzen transformativer Bildungskonzepte befragt.

„Menschen im globalen Süden erleben schon seit Jahrhunderten ökologische Katastrophen und kämpfen gegen bestehende Machtverhältnisse. Mit der Idee der großen Transformation dürfen ihre Realitäten, Lösungen und Kämpfe nicht unsichtbar gemacht werden“, betont Melina Castillo, politische und kulturelle Bildungsreferentin bei FairBindung. Weltweit lebten Gemeinschaften bereits sozial gerechte Lösungen. Transformative Bildung benötige also nicht nur Kompetenzen für ein „neues“ lösungsorientiertes Denken, sondern müsse existierende Alternativen berücksichtigen und herrschendes Wissen, Wertehierarchien und bestehende Stereotype dekonstruieren.

Feministische und rassistisch-kritische Bildungsansätze ergänzen diese Kompetenzen. Sie hinterfragen, wessen Bücher gelesen werden und welche Werte, Interessen, Lebens- und Arbeitsformen wir jungen Menschen als „wertvoll“ vermitteln. „Transformatives Lernen muss endlich Silencing-Prozesse (das Unsichtbarmachen marginalisierter Perspektiven – Anmerkung der Redaktion) offenlegen“, sagt Yasmina Gandouz-Touati, die an der Fachhochschule Bielefeld lehrt. „Aus meiner Erfahrung gibt es eine bestimmte Idee von Gesellschafts- und Geschichtserzählung, die bestimmte (globale) Prozesse ausblendet.“ Aber nicht nur Inhalte sollten hinterfragt werden. Entscheidend sei, dass sich Pädagog*innen mit ihrer eigenen Haltung auseinandersetzen. „Lehrende müssen ihre eigenen Bildungsbiografien reflektieren, ihr eigenes Wissen hinterfragen und sich bewusst machen, welches Wissen, welche gesellschaftlichen Erzählungen ihnen fehlen“, unterstreicht Yasmina Gandouz-Touati. Zusätzlich brauche es diverse Role-Models, um Alternativen zu erleben.

Dies meint auch Kornelia Ruppmann vom Verein LIFE Bildung, Umwelt, Chancengleichheit e.V. Sie ermutigt Jugendliche durch gender-sensible Bildungsformate, alternative Lebenswege einzuschlagen, und

kritisiert schulische Bildung: „In Schulen werden Stereotype oft zementiert, meist werden die Jugendlichen nicht darin bestärkt, eigene Perspektiven einzunehmen oder an sie gestellte Erwartungen zu hinterfragen.“

Transformative Bildung sei eine Chance für grundlegende Änderungen, unterstreicht

chen alle unsere Gesprächspartner*innen. „Wir brauchen für alle Bildungslandschaften Rahmenbedingungen, die politische Bildung und transformative Bildung als Pflichtaufgaben in Curricula und Bildungsplänen festschreiben“, ergänzt Pia Paust-Lassen, die an der Alice Salomon Hochschule

Berlin als Lehrbeauftragte tätig ist.

Feministische und rassistisch-kritische Bildungsprinzipien wie auch die Leitlinien des globalen Lernens stärken den kompetenzorientierten Fokus der transformativen Bildung. Doch bei allen Lern- und Bildungsprozessen müssen immer

auch die ihnen zugrunde liegenden Perspektiven hinterfragt werden. Gleichwohl hängt die Selbstwirksamkeit von jungen Menschen auch davon ab, dass Menschen in Machtpositionen ebenfalls die Fähigkeiten transformativer, feministischer, rassistisch-kritischer Bildung erlernen.

Feministische Bildung hinterfragt, wessen Bücher gelesen, wessen Geschichten erzählt werden Foto: Stefan Boness/Ipon



Anzeige

„In Schulen werden die Jugendlichen nicht bestärkt, eigene Perspektiven einzunehmen“

Kornelia Ruppmann

verwendet. Er bedeutet, Bildung für nachhaltige Entwicklung weiterzuentwickeln, damit sie dabei hilft, alle UN-Nachhaltigkeitsziele zu unterstützen, die bis zum Jahr 2030 erreicht werden sollen.

Vorrangig geht es bei dem Verständnis von transformativer Bildung um Kompetenzen, die eine aktive Gestaltungsfähigkeit des unbekanntes Weges hin zu mehr Nachhaltigkeit fördern. Dazu gehören Reflexionsfähigkeit, der Umgang mit Komplexität und mit Widersprüchen aus diversen Perspektiven, Kommunikationsfähigkeit, die Kompetenz zum forschenden Lernen und Experimentieren sowie das Verstehen natürlicher Lebens- und Regenerationszyk-

 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Das staatliche Textilsiegel **GRÜNER KNOPF** für sozial und ökologisch hergestellte Mode.

www.gruener-knopf.de

mut-bayern.de

KLIMA
AKTIVISMUT

Der Kampf gegen die Klimakrise ist DIE Herausforderung unserer Zeit! Gleichzeitig ist es aber auch DIE Chance für einen radikalen, gesellschaftlichen Wandel – hin zu einer ökologischeren und damit gerechteren Welt.

Wir müssen eine neue Form des Zusammenlebens finden, die letztlich Zusammenhalt gibt.

Die Partei mut steht für neue Wege der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisation – jenseits der Logik von Ausbeutung von Mensch, Tier und Natur.

Es ist Zeit zu handeln. Jetzt!

seid
mutig

macht mit!
mut-bayern.de

PARTEI
MUT
Menschlich. Konsequenz. Logisch.

„Man nimmt sich nur ein Mal, weil tausend andere hinter einem stehen. Trotzdem vergeht kein Tag, an dem kein Essen weggeworfen wird“
Foto: Lars Berg/ imago



Willkommen in Deutschland!

Aktivist*in sein zu können ist ein Privileg. Wie kann ich Aktivist sein, während ich nur zu überleben versuche?

Von **Sarafou Diallo**

Ich habe zweimal in einer Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete gelebt. Beim ersten Mal schien alles perfekt, das zweite Mal war ganz anders, denn ich verstand nicht nur, was sie sagten, sondern ich beobachtete alles viel genauer.

Ich kam im Februar 2019 aus Spanien und habe in derselben Woche Asyl beantragt. Ich gebe zu, dass ich nicht alles genau verstanden habe und dass alles blitzschnell vorbei war. Das Interview, in dem ich meine Fluchtgründe darlegen sollte, lief nicht sehr gut, weil ich nicht darauf vorbereitet war, wie ich meine Geschichte so erzählen kann, dass der Richter sie versteht. Die Konsequenzen folgten bald.

Nach drei Monaten teilte mir das BAME, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, mit, dass ich Dublin-III habe, also dass ich nach langen Monaten des Stresses und Nahrungsmangels nach Spanien zurückkehren müsse.

Trotz der Warnung meiner Freund*innen ging ich jeden Monat zur Ausländerbehörde. Ich konnte es nicht mit 74 Euro im Monat aushalten und musste meinen Ausweis verlängern lassen, um die zweite Hälfte meines Geldes zu bekommen. Ja, so ist das im Land von Goethe.

Die Behörden verhafteten mich Ende November in der Ausländerbehörde und brachten mich für mehrere Tage in ein Abschiebegefängnis. Dann kam ich zum Flughafen in Frankfurt. Ich wurde von sieben Polizisten erwartet. Sie teilten mir sofort mit, dass ich mit einem Sonderflug und in keinem öffentlichen Flugzeug fliegen sollte. Ich leistete keinen Widerstand, denn ich wollte nicht verletzt werden. Es war ein Privatjet für mich, eine weitere Person und 15 Polizisten, unglaublich. Ja, in einem Land, das seinen CO₂-Ausstoß reduzieren will, wird ein Privatjet für zwei Migranten gechartert. Wer weiß, seit wann und wie oft das passiert.

Bei unserer Ankunft in Madrid warteten zwei Polizisten auf uns, und später gab uns das Rote Kreuz

etwas Essen und eine Transportkarte für den ÖPNV und wünschte uns viel Glück. Die Unterkünfte waren voll, selbst Familien mit Kindern schliefen auf der Straße, und so schlief ich am Bahnhof und versuchte zu überleben. Als ich jedoch einige Monate später die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie in Madrid sah, kam ich über Bordeaux, Paris, Brüssel und Lüttich nach Köln und dann nach Frankfurt und Gießen. GOTT sei Dank wurde ich weder von der Polizei kontrolliert noch verhaftet.

In Gießen ging ich ins Ankunftszentrum, und glücklicherweise war mein Deutsch gut genug, um dieses Mal alles gut zu verstehen. Für den ersten Check-in und das Stellen des Asylantrags waren wenig Leute da wegen der Pandemie. Am Anfang erhielt ich als Ausweis ein A4-Papier, das mir erlaubt, im Zentrum ein- und auszugehen. Ein Sozialarbeiter begleitete mich in einen Raum, in dem bereits drei weitere fremde Personen wohnten.

In diesem zweistöckigen L-förmigen Gebäude sind alle Kulturen und Sprachen präsent, genau wie in der UNO. Leider ist es dort nie Nacht. Es gibt immer Geschrei und vor allem nächtliche Auseinandersetzungen. Oft kommt auch die Polizei, um Menschen zu verhaften, und dann rennen alle aufgeregt durcheinander und versuchen, sich zu verstecken.

In einer Nacht wachte ich auf und sah fünf Polizisten über mir um mein Bett herum. Obwohl das Licht im Zimmer an war, leuchteten sie mir mit einer Taschenlampe ins Gesicht und fragten nach meinem Ausweis. Ich gab ihnen den Ausweis und sie verglichen ihn mit einem Bild von einer Person, die sie abschieben wollten. Es war offensichtlich, dass es nicht ich war, dennoch blieben sie noch eine weitere Viertelstunde bei mir, stellten mir Fragen und behandelten mich sehr grob. Danach konnte ich nicht mehr schlafen. Einige Tage später brach ich zusammen und musste ins Krankenhaus.

Um im Camp zu essen, muss man zwischen 7 Uhr und 9 Uhr aufstehen

„

„Ja, in einem Land, das seinen CO₂-Ausstoß reduzieren will, wird ein Privatjet für zwei Migranten gechartert. Wer weiß, seit wann und wie oft das geschieht“

und frühstücken. Von 11.30 Uhr bis 14 Uhr gibt es Mittagessen und abends normalerweise ein Sardinenbrot oder so etwas. Es stört nicht nur, dass das Essen sehr eklig schmeckt, sondern auch, dass es viel zu wenig ist. In der Kantine gibt es sogar immer eine Dame, die sagt: „Einmal, bitte“. Man nimmt sich nur ein Mal, weil tausend andere hinter einem stehen. Trotzdem vergeht kein Tag, an dem kein Essen weggeworfen wird.

In diesem Zentrum, wo man zweimal von Securities kontrolliert werden muss, um hineinzukommen, und einmal, um herauszukommen, und wo man nie länger als zwei Nächte abwesend sein darf, an diesem Ort brodeln immer Ärger, Stress, Angst und Unklarheit über das Asylverfahren unter der Oberfläche.

Von außen wirkt es wie ein gigantisches logistisches Wunder, doch bei näherem Betrachten ist es eher ein Wunder, dass überhaupt etwas funktioniert. Ich habe die Sozialarbeiter*innen meistens nur rauchen oder sich unterhalten gesehen, und wenn man sie etwas fragt, dann ist die Antwort: „Ich weiß nicht.“ Dabei wissen sie ganz genau, dass wir verletztlich und schutzlos sind. Dennoch gibt es auch echte Profis, die mit Leidenschaft versuchen, den Bewohner*innen ihre Situation verständlich zu machen.

Kurzum, Asylsuchender zu sein bedeutet heute in Deutschland nicht nur, sich in einem ultralangen und nervenaufreibenden Verfahren zu befinden, sondern täglich einem unerträglichen physischen und psychischen Druck ausgesetzt zu sein. Viele haben bereits die Hoffnung verloren und sind dabei, den Verstand zu verlieren. Das System bringt dich direkt in eine hoffnungslose Situation, und du verlässt das Land entweder selbst oder du bist für immer verloren. Die Traumata der Flucht multiplizieren sich mit den neuen Traumata in den Camps. Die Deutschen wissen es, und sie haben die Macht, es zu ändern, aber in ihren Augen sind wir nur Zahlen. WILLKOMMEN IN DEUTSCHLAND.

In den gefährdeten Dörfern organisieren sich Bevölkerung und Klimaaktivist*innen zusammen
Foto: Christoph Schnüll



Sechs Dörfer am Tagebau Garzweiler sollen trotz eingeläutetem Kohleausstieg noch abgebaggert werden. Die Lage scheint aussichtslos – und doch wächst der Widerstand gegen das Vorgehen von RWE

Wie die Hoffnung in die Dörfer einzog

Von **Wiebke Witt** und **Julia Dittmann**

Von Weitem ist erkennbar, wie ernst die Lage für Keyenberg ist. Bis kurz vor den Ortseingang hat sich der Schaufelradbagger von RWE bereits herangefressen. Der Bagger, der nachts den ganzen Ort hell bestrahlt, wirkt wie aus einer anderen Welt, wie ein gewaltiges Tier aus Stahl. 2023 will RWE den Ort für den Kohleabbau zerstören.

„Das Thema war immer wie ein großer Schmerz da“, erzählt Norbert und meint damit den Tagebau Garzweiler, der sich seit über 30 Jahren in die Region gräbt. Norbert hat seine Kamera für unser Gespräch so aufgebaut, dass man seinen Vierkantrofen in Keyenberg gut sieht, den die Abendsonne in ein warmes Licht tunkt. Neben Norbert sitzt seine Nichte, der Hof ist das Zuhause von drei Generationen. Wie lange wir wohl bräuchten, erkundigt er sich. Später gehe es für die beiden noch zur Mahnwache in Lützerath, zu einem Erzählabend über den lokalen Widerstand.

Die Mahnwache ist Sinnbild dafür, wie groß der Widerstand gegen das Vorgehen von RWE ge-

worden ist. Als Anlaufstelle für Interessierte in der Region wurde sie von Unterstützer*innen in Lützerath, einem Nachbarort von Keyenberg, errichtet. Unter massivem Protest hat RWE diesen Sommer eine Landstraße ab-

„Um den Hambacher Wald haben sich schon Menschen gekümmert – die Dörfer sind das nächste, was dem Tagebau im Wege steht.“

Aktivistin Toni

gerissen, die die beiden Orte verbunden hatte. Die Straße ist weg, der Protest ist geblieben – mit Gottesdiensten an der Kante, Baggerblockaden von Kleingruppen und Demos von großen Umweltorganisationen.

Toni kommt aus Bonn. Sie engagiert sich beim Bündnis „Alle Dörfer bleiben“ und hätte ohne den Tagebau Norbert vielleicht nie getroffen. Über die Klimabewegung lernte sie Menschen aus

der Region kennen, die mit den Plänen von RWE nicht einverstanden sind. Viele sind mittlerweile befreundet. Sie organisieren gemeinsam große Proteste, informieren auf dem Weihnachtsmarkt über ihre Initiative oder veröffentlichen Forderungen an die NRW-Landesregierung. „Ich habe mich auch daran orientiert, wo ich gebraucht werde“, erklärt Toni ihre Entscheidung, am Tagebau Garzweiler aktiv zu werden. „Um den Hambacher Wald haben sich schon Menschen gekümmert – die Dörfer sind das Nächste, was dem Tagebau im Wege steht.“

Sebastian hat mehrere Jahre die Klimacamps im Rheinland mitorganisiert und ist dadurch zu „Alle Dörfer bleiben“ gekommen. Als wir telefonieren, sitzt er auf dem Balkon seiner Kölner Wohnung: „Bei den Klimacamps haben wir viel in Etappen gedacht: Im Winter begann die Vorbereitung der Camps, im Sommer waren wir vor Ort, haben Menschen getroffen, und danach sind wir wieder gefahren“, erzählt er. „Das hat sich 2018 geändert.“

Gemeinsam mit Menschen aus den umliegenden Dörfern entwarfen sie ein Programm, das explizit Menschen aus der

Region ansprechen sollte. Ein Freundschaftsspiel mit dem Fußballverein aus der Region, Filmabende und die Einladung zum gemeinsamen Kaffee kamen dazu. Als das Klimacamp wieder abgebaut war, blieben die regelmäßigen Treffen. Bis sich schließlich das Bündnis „Alle Dörfer bleiben“ gründete. „Viele Leute aus den Dörfern haben gesagt, es sei eigentlich zu spät“, berichtet Norbert von den ersten Treffen. Der Hambacher Forst habe Hoffnung gegeben, meint Toni. Zu sehen, dass so was möglich ist: den Tagebau zu stoppen.

2019 organisierte „Alle Dörfer bleiben“ einen Sternmarsch. 3.000 Menschen zogen in acht Demozügen Richtung Keyenberg. „Viele von uns hatten davor noch nie eine Demo organisiert oder waren noch nie auf einer gewesen“, berichtet Toni. Norbert schmunzelt: „Das ist wie bei einer Fußballmannschaft: Du kannst trainieren und trainieren und kicken, das ist alles ganz nett“, sagt er. „Aber so richtig rund wird es, wenn du zum ersten Mal zusammen ein Spiel hast und das womöglich auch noch gewinnt.“ Das Team ist zusammengewachsen: „Am Anfang haben wir noch viel darüber gesprochen: Wir sind die

Klimaaktivistin und das sind die Menschen aus den Dörfern“, sagt Toni. „Diese Trennung würde ich so heute jetzt nicht mehr machen.“

„Es überwiegen die schönen Momente, obwohl es viele Rückschläge gab“, erzählt Norbert. Rückschläge wie das Kohlegesetz der Bundesregierung, an dem auch der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) stark mitwirkte. Ein Gesetz, mit dem die deutschen Klimaziele unerreichbar werden, die Kohlekonzerne aber Milliarden an Steuergeldern kassieren – für die Abschaltung ihrer ohnehin nicht mehr rentablen Kraftwerke. Und ausgerechnet der Tagebau Garzweiler II, der noch sechs Dörfer verschlingen soll, wird im Kohlegesetz von der Bundesregierung für „energiepolitisch notwendig“ erklärt – obwohl Gutachten das Gegenteil belegen. „Mein Eindruck ist, dass gleichzeitig bei vielen Menschen das ‚Trotzdem‘ größer geworden ist“, sagt Toni.

Der Wintergarten der Familie Dresen in Kuckum ist ein weiterer unfreiwilliger Schauplatz des Kohleausstiegs. „Laschet hat hier vor zwei Jahren gesessen und gesehen, wie schlimm die Situation für die Menschen

ist“, erinnert sich Marita Dresen. „Und was hat er gemacht? Nichts. Er fasst die Zerstörung unserer Dörfer auch noch in ein Gesetz.“ Gemeinsam mit weiteren Betroffenen will Marita nun gerichtlich gegen das Kohlegesetz vorgehen: „Menschenrecht vor Bergrecht“ heißt ihre Gruppe. „Diesen Weg würde ich alleine gar nicht gehen“, meint Marita. „Das geht, weil ich in einer Gemeinschaft von tollen Menschen bin: Zusammen hat man das Gefühl, man ist stark und kann das schaffen.“ Gemeinsam wollen sie bis vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe ziehen.

Es scheint, als hätten weder RWE noch die Landesregierung mit dem Widerstand gerechnet. Zu oft wurden Dorfgemeinschaften auseinandergetrieben, zu oft haben Menschen dem Druck nicht standgehalten. Der Kampf um die Dörfer, er wird wohl der letzte im Widerstand gegen die Kohle in Deutschland sein. Auch wenn die Regierungen in Düsseldorf und Berlin an der Zerstörung von Lützerath, Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich und Berverath festhalten: In die Dörfer ist Hoffnung eingezogen. Dieses Wochenende finden die nächsten Proteste statt.

Kommentar von **Julia Dittmann, Julian Hirschmann** und **André Rösner**

Hier könnte Ihre Werbung stehen

An dieser Stelle hätte eigentlich eine Anzeige des Braunkohlkonzerns RWE stehen sollen, in der er sich als Stromanbieter für Erneuerbare darstellt. Erst durch massiven Protest von uns, der Redaktion dieser Sonderausgabe, hat der Verlag eingelenkt, die Anzeige nicht erscheinen zu lassen.

Was ist da los? Wir könnten jetzt ausführen, wie ungläubwürdig das neue Öko-Image ist, das RWE sich seit dem EON-Innogy-Deal gibt. Dass die Ziele für 2040 nicht annähernd ausreichend ambitioniert für das Pariser Klimaabkommen sind, RWE weiterhin vor allem Strom aus Kohle produziert und kein einziges neues Windrad oder Solarpanel aufgestellt, sondern nur vor-

handene übernommen hat. Über dieses Greenwashing hat die taz in der Vergangenheit berichtet. Selbst die FAZ nennt das „peinliche Öko-Propaganda“.

Doch das ist nicht einmal der Kern des Problems. Es geht hier um die Anzeige von einem Konzern, der viel Geld mit der Verbrennung klimaschädlicher Braunkohle verdient, weiterhin Dörfer zerstört und sich den Kohleausstieg mit Steuermilliarden bezahlen lässt, anstatt die Zeche für die verursachten Schäden an Mensch, Umwelt und Klima zu zahlen.

Ein Konzern, der Menschen aus der Klimabewegung verklagt, um so die Zivilgesellschaft mundtot zu machen. Eine Werbeanzeige von RWE in dieser Sonderausgabe, die die Klimabew-

gung gestaltet hat. Das ist in unseren Augen untragbar. Bei der taz sah man das zunächst anders: Die Redaktion und der Verlag, zu dem auch die Anzeigenabteilung gehört, seien strikt getrennt. Die Anzeigenabteilung nehme auf die redaktionellen Inhalte keinen Einfluss und umgekehrt. Daran hätten auch wir uns zu halten, wurde uns gesagt.

Ganz so einfach ist die Sache aber nicht. Im aktuellen kapitalistischen System ist Aufmerksamkeit käuflich. Aufmerksamkeit, die ein Medium mit der Qualität, dem Ton und der Auswahl seiner redaktionellen Inhalte generiert. Eine strikte Trennung ist daher unmöglich. Wer ökonomische Macht besitzt, besitzt Macht über das, was wir sehen und lesen. Aber muss das so sein? Wenn

wir die Klimawende schaffen wollen, muss sich auf allen Ebenen etwas bewegen.

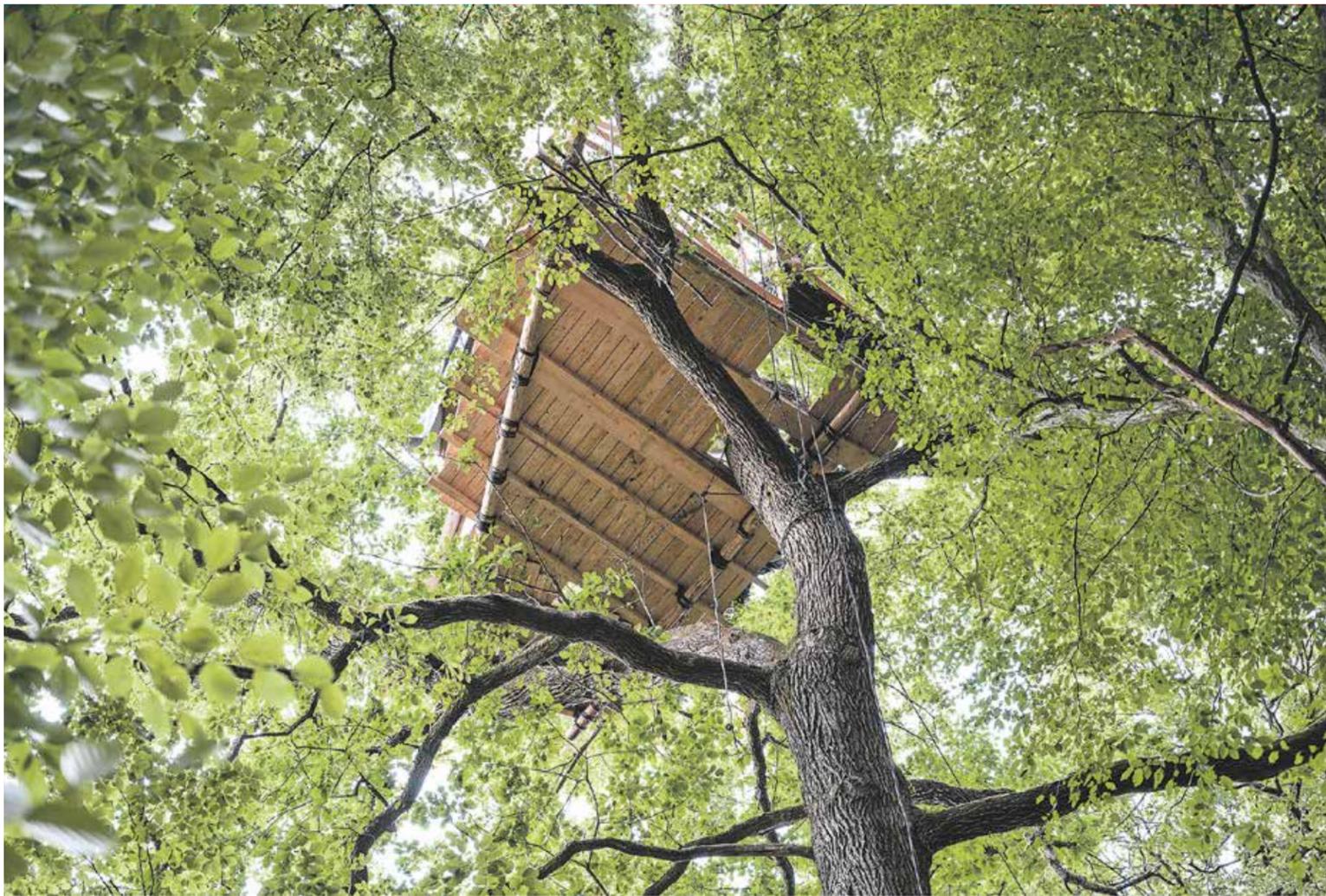
Dazu gehören auch die Verlage, zum Beispiel mit ihrem Anzeigengeschäft. Das Verhältnis von Redaktion und Anzeigen wird nicht ausreichend infrage gestellt. Mit dieser Haltung ergeben sich Verlage der Diskursmacht der fossilen Industrie.

Die Medienunternehmen haben aber die Möglichkeit, die normativen oder moralischen Grenzen dieser Diskursmacht zu verhandeln. „Das Sein bestimmt auch das Klimabewusstsein“, schrieb Kai Schöneberg jüngst in der taz und verkündete, dass die taz-Redaktion künftig eine klimagerechte Sprache verwenden will. Damit folgt die taz

dem Beispiel des britischen *Guardian*.

Der *Guardian* geht aber noch einen entscheidenden Schritt weiter: Seit Januar lässt er von fossilen Unternehmen keine Anzeigen mehr zu. Obwohl viele Medienhäuser gerade in einer schwierigen Zeit stecken und Anzeigen einen Großteil der Einnahmen ausmachen. Die *Guardian*-Chefredaktion folgt damit den jahrelangen Rufen der Klimabewegung, Greenwashing keine Plattform mehr zu bieten.

Unser Appell geht an alle Medienhäuser und Werbeträger, sich damit auseinanderzusetzen, wem sie Raum geben wollen und wem nicht. Und für uns ist klar: Wenn die taz Klimabewusstsein sagt, darf sie vom Finanzieren nicht schweigen.



Manchmal bedeutet Veränderung, ein Baumhaus zu bauen. Der Dannenröder Wald im August 2020
Foto: Tim Wagner

Wenn die Tage gezählt sind: der Dannenröder Wald

Viele Fakten sprechen gegen eine Rodung des „Danni“. Aber es gibt noch mehr Gründe, diesen einzigartigen Mischwald zu retten: Die Menschen etwa, die an den Wandel glauben

Von Joschik

Diesen Artikel schreibe ich, während ich in 20 Metern Höhe auf einer Hängematte in meinem Baumhaus sitze. Vor mir taucht der Sonnenuntergang das Meer aus Blättern in ein warmes Licht und tief unten vom Waldboden erklingen die Stimmen der anderen Waldbesetzer*innen. Dieser Ort, der Dannenröder Wald, mein Zuhause, soll schon in wenigen Tagen zerstört werden.

Ich könnte jetzt anführen, dass es eine himmelschreiende Ungerechtigkeit ist, in der Klimakrise einen gesunden Mischwald für den Bau einer Auto-

bahn zu zerstören. Dass die Bäume teilweise mehr als 250 Jahre alt sind und auf einer einzelnen Eiche 300 Arten von Lebewesen zu Hause sind. Dass die A49, die von Kassel nach Gießen geplant ist, wieder nur einigen Wenigen nützt und die Klimakrise weiter befeuert.

Hinzufügen würde ich, dass es ein Skandal ist, dass in Hessen, wo der Danni liegt, die Grünen mit in der Landesregierung sitzen und somit die A49 mitverantworten haben. Ich könnte von dem Widerstand der Bürgerinitiative berichten, die seit 40 Jahren gegen die A49 protestiert. Von den Aktivist*innen, die im letzten Jahr den Danni besetzt haben und ihn damit vor der Rodung schützen konnten.

Ich könnte versuchen, in Worte zu fassen, welche Verbindungen in dieser Zeit aufgebaut wurden. Wie sich unterschiedliche Klimagerechtigkeitsgruppen dem Kampf für den Danni angeschlossen haben und sich gemeinsam unter dem Motto

Die Hoffnung und der Glaube daran, dass unser System nicht so sein muss, wie es ist, schweißen alle zusammen

„Wald Statt Asphalt“ der Verkehrswende widmen. Wie immer mehr Menschen begreifen, dass, wenn wir irgendwie der Klimakrise begegnen wollen, es einen radikalen Wandel in allen unseren Lebensbereichen braucht.

Ich könnte Fakten anbringen wie zum Beispiel, dass der Verkehrssektor der drittgrößte Verursacher an CO₂-Emissionen in Deutschland ist oder dass die Flächenversiegelung durch die Autobahn ein Ökosystem unwiederbringlich zerstört wird. Ich könnte jetzt erklären, dass im Danni auch noch ein Trinkwasserschutzgebiet liegt, dass mehr als 500.000 Menschen mit Wasser versorgt. Dass der Bau der A49 dieses gefährdet, und all das im dritten Dürrejahr in Folge, in dem bereits erste Kommunen mit Wasser extern versorgt werden müssen.

Ich könnte den größeren Bogen spannen und erläutern, dass die A49 ein Symptom einer Gesellschaft ist, die ihre Probleme externalisiert und deren kapitalistisches System ihnen den

Boden unter den eigenen Füßen weggräbt. Wie unsere Art, uns und Güter zu transportieren, nicht zukunftsfähig ist.

All das könnte ich berichten und doch würde es niemals auch nur im Ansatz dem gerecht werden, wofür der Danni steht und was die Menschen hier gemeinsam erschaffen haben. Die Hoffnung und der Glaube daran, dass ein Wandel möglich ist, dass unser System nicht so sein muss, wie es ist, dass es nicht in Beton gegossen ist, schweißen alle zusammen. Gemeinsam blicken wir auf das, was kommen wird, denn die Gegenseite bereitet sich schon auf Räumung und Rodung vor. Polizist*innen fahren im Wald Streife und die Security Firma Mundt patrouilliert im Wald. Es werden Geschichten über die Besetzung verbreitet und es wird versucht die Bewegung zu spalten.

Und trotzdem kommen jeden Tag mehr Aktivist*innen, Unterstützer*innen und wohlgesonnene Menschen in den Danni. Wir passen aufeinander auf und lassen uns nicht einschüchtern. Auch wenn sie uns räumen und alles zerstören: Was wir hier gelebt haben, kann uns nicht mehr genommen werden.

Inzwischen ist die Sonne untergegangen. Die letzten Strahlen erhellen noch den blauen Himmel. Langsam breitet sich eine fast schon herbstliche Kühle aus. Vom Waldboden schallen fröhliche Stimmen und Musik zu mir hoch.

Manchmal bedeutet Teil der Veränderung zu sein, ein Baumhaus zu bauen, Abendsessen zu kochen oder einen Text zu schreiben. Ganz gleich, wie sich Menschen einbringen wollen, der Danni ist der Ort, um selbst Teil der Lösung zu werden.

Danni aktuell: Kommt jetzt!

Von Menschen aus dem Wald und André Rösner

Am Sonntag versammelten sich über tausend Menschen in Dannenrod. Gemeinsames Ziel: die Baumhaussiedlung im Dannenröder Wald. Kinder lernen klettern mit Sicherungsgurt, das Aktionsorchester Lebenslaute spielt klassische Musik auf der Waldkulturbühne unter Baumhäusern. Menschen kommen ins Gespräch, tauschen sich untereinander und mit den Aktivist*innen aus der Besetzung aus. Oft zu spüren ist Neugierde auf das Zusammenleben im Wald. Dankbarkeit auch für die Bürger*inneninitiative und für die Besetzer*innen. Aber die Idylle währt kurz: Am nächsten Tag kommt die Polizei.

Polizist*innen sammeln sich mit schwerem Gerät auf einer Lichtung und reißen die Wiese auf. Aktivist*innen erklimmen die Planierraupe und bilden Sitzblockaden. Die Polizei greift hart durch: Eine*r der Aktivist*innen wird ohne Sicherung rückwärts von der Planierraupe heruntergezogen. Nach der gewaltsamen Auflösung des spontanen Protests zieht sich die Polizei zurück; wozu sie den Platz nutzen will, bleibt bisher unklar. Noch in der Nacht errichten Aktivist*innen mittig auf der nunmehr planierten Fläche eine Burg inklusive Graben.

Am folgenden Tag kippt das Bundesverfassungsgericht das Schlafverbot in den angemeldeten Protestcamps.

Anzeige



Ein Teilerfolg. Die Stimmung scheint wieder ausgelassener, das Camp wächst, parallel dazu wird es im Wald gebaut. In der Nacht auf Donnerstag erlässt der Vogelsbergkreis, in dem sich der Dannenröder Wald befindet, eine Allgemeinverfügung gegen die Besetzung. Die Menschen sollen den Wald verlassen und alle Bauten zu entfernen.

Während Fridays for Future am 25. September global für Klimagerechtigkeit und eine Verkehrswende streikt, sollen die Menschen, die den Wald verteidigen, ihre Sachen packen. LOL. Die Bürger*inneninitiativen kämpfen seit 40 Jahren gegen die A49, die Besetzung war den gesamten kalten Winter im Wald. Die Auseinandersetzung um den Wald und eine radikale Verkehrswende beginnt jetzt richtig. Kommt in den Wald. JETZT.

Anzeige

Wir lassen keine Krise aus

www.lunapark21.net

lunapark²¹

Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie „Eine andere Welt ist möglich, Ökonomie ist eine andere nötig“

Am Bahnkiosk Einzelheft 6,50 Euro Abo 4 Hefte/Jahr mit je 68 Seiten = 26 Euro Probeheft gratis bestellen: abo@lunapark21.net

Blut, Boden, Umweltschutz

Manche rechte Gruppen wollen Klimaschutz nationalistisch umsetzen. Dagegen verwarft sich die Klimabewegung

Aus Erfurt **Annika Liebert**

Es ist der Freitag vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2019, Fridays for Future haben europaweit zum Protest aufgerufen. Auch in der Erfurter Innenstadt haben sich Hunderte junge Menschen versammelt. „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut“, skandieren sie entschlossen, denn sie alle eint ein gemeinsames Ziel – oder etwa nicht?

Unter die Protestierenden haben sich junge Männer mit pinkem Banner gemischt, auf dem „Europa! Jugend! Revolution!“ prangt. Darunter weist der Schriftzug „schuelersprecher.info“ subtil darauf hin, dass es sich bei ihnen um Anhänger der Jungen Nationalisten handelt, der Jugendorganisation der NPD.

Mit Slogans wie „Umweltschutz ist Heimatschutz“ machen rechtsextreme Parteien wie die NPD oder der Dritte Weg sowie Abgeordnete der AfD gerne deutlich, dass ökologische Anliegen nicht per se links-grün, sondern auch völkisch-braun besetzt werden können. Unter den Rechten hat ein Dreiklang aus Volk, Heimat und Natur Tradition. Schon die nationalsozialistische Vernichtungsideologie von „Blut und Boden“ beruht auf der Illusion, das rassistisch definierte Volk sei eng mit seinem ursprünglichen Siedlungsgebiet verwo-

ben. Die behauptete Überlegenheit der „arischen Rasse“ entspringe demnach den harten Gegebenheiten der rauen deutschen Natur. Indem das deutsche Volk sich durchgeschlagen hätte, sei es zur „Herrenrasse“ aufgestiegen. Wer nun diese Umwelt zerstört, bedroht der völkischen Ideologie zufolge Heimat und Überleben des Volkes.

Völkische und rechtsextreme Akteur*innen und Gruppierungen machen Umweltschutzverbänden und -initiativen vor allem auf lokaler Ebene tatsächlich immer wieder zu schaffen. Lukas Nicolaisen, Leiter der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engage-

Rechte Tradition: ein Dreiklang aus Volk, Heimat und Natur

ment im Naturschutz (FARN), beobachtet: „Meist sind es kleinere Zusammenschlüsse wie lokale Initiativen gegen Windkraftausbau oder für ökologischen Landbau, die potenziell dafür anfällig sind, unterwandert zu werden, weil man sich zunächst aus ganz anderen Gründen zusammengeschlossen hat und möglicherweise überfordert mit der Einflussnahme von rechts ist.“

Dass Rechtsextremisten ausgerechnet auch auf Klimademonstrationen wie in Erfurt unterwegs sind, mag ver-

wirren. Den rechten Diskurs über den Klimawandel dominiert insbesondere die AfD, die die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur menschengemachten Erderhitzung als „Klimahysterie“ diskreditiert und die deutsche Verantwortung beim Klimaschutz negiert. Das täuscht darüber hinweg, dass es auf nationalistischer Seite auch Befürworter des Klimaschutzes gibt. Auf der Homepage der NPD-Jugend-Kampagne schuelersprecher.info wird der Klimawandel als eine der größten Herausforderungen Europas aufgefasst, der Dritte Weg klärt in seinem „Plädoyer für eine radikale nationalistische Umweltschutzpolitik“ über Mythen rund um die Windenergie auf und charakterisiert erneuerbare Energien als „absolute Notwendigkeit“. Auch wenn Klimaschutz im rechten politischen Spektrum noch nicht mehrheitsfähig ist, sieht Lukas Nicolaisen dahinter eine geschickte Strategie. „Die rechtsextremen Klimaschützer*innen versuchen einerseits, auf die vielen jungen Menschen von Fridays for Future einzuwirken und andererseits Klimaschutz in

ihrem Sinne umzudeuten“, so der Experte. „Das heißt, sie verbinden Klimaschutz mit rassistischen Forderungen wie Grenzschließungen oder Geburtenkontrollen für den globalen Süden.“

Die Klimagerechtigkeitsbewegung hält Nicolaisen grundsätzlich für resistent gegen rechte Einflussversuche. Wo allerdings auf nationale Argumentationsmuster zurückgegriffen werde, könnten sich jedoch auch Klimaschützer*innen für völkische Vereinnahmung angreifbar machen. So irritierte der renommierte Energieprofessor und Scientist For Future Volker Quaschnig zuletzt mit seinem Youtube-Video „Warum für AfD und CDU/CSU Energiewende und Klimaschutz Thema Nummer 1 sein sollte“ zahlreiche Klimaaktivist*innen. Vor einer plakativ platzierten Deutschlandflagge versucht Quaschnig hier, auch Anhänger*innen rechtskonservativen bis völkischen Gedankenguts den Klimaschutz mittels Verweis auf Energieautarkie, den Schutz deutscher Heimat und deutschen Waldes und der Begrenzung des Flüchtlingszustroms in-

folge des Klimawandels schmackhaft zu machen. Tazio Müller, Referent für Klimagerechtigkeit bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung, wirft ihm in einem Antwortvideo vor, Klimaschutz als unpolitisch zu definieren und mit seinem Video unbewusst eine „völlig inakzeptable politische Position“ zu legitimieren.

Bei der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz ist man überzeugt, dass eine entschiedene Abgrenzung der Klimabewegung von rechtem Gedankengut, ein entsprechendes Selbstverständnis und Aufklärung notwendig sind, damit die Gesellschaftstransformation hin zu einer klimagerechten Welt erfolgreich sein kann.

Auf der Klimademonstration in Erfurt haben sich die Jungen Nationalisten jedenfalls nicht lange wohl gefühlt. Nur kurz nachdem sie ihr Banner ausrollten, wurden sie als Rechtsextremisten enttarnt, der Demonstration zug von den Ordner*innen gestoppt und die Neonazis mit lauten „Nazis raus“-Rufen von der Demonstration ausgeschlossen.



Rechtes Symbol: der Adler
Foto: Max Gotts/Unsplash

Anzeige

gleichklang.de
natürlich Liebe und Freundschaft

Liebe ist
links
und
frei

» www.gleichklang.de



Auf Gleichklang.de findest Du **Partner, Freunde und Seelenverwandte**, die so denken wie du.

Handtuch Klimawandel. Angesichts der immer weiter voranschreitenden Erderwärmung würden Sie vor Frust am liebsten das Handtuch werfen? Tun Sie's, aber nehmen Sie dieses! Als visuelle Erinnerung an die Fakten der Klimakrise zeigt das Handtuch die Jahresdurchschnittstemperaturen von 1850 bis heute, basierend auf der Darstellung des Klimaforschers Ed Hawkins von der University of Reading. Mit Stickerei am Saum und Schlaufe zum Aufhängen. Aus Bio-Baumwolle (GOTS-zertifiziert), hergestellt in Portugal. Von LANGBRETT. Maße: 180 x 100 cm. Artikel-Nr. 12681, € 42,68



Konjunkturprogramm-
preise
bis zum
31. 12. 2020

Hier
Klicken



Schützt den Planeten



Kaffee Porzellanbecher. Wenn es mal ein Kaffee zum Mitnehmen sein muss, bringt man am besten seinen eigenen Becher hin. Der hier ist aus Porzellan: sieht gut aus, fühlt sich gut an, ist völlig schadstoff-frei. Für die rundum-sorglos-Dichtigkeit sorgt ein Silikonring. Der Verschluss für die Trinköffnung ist ebenfalls aus Silikon. Mit einer filzgefüllten Stoffmanschette. Füllmenge: 0,35 l. H 15 cm, Ø oben: 8,5 cm. Artikel-Nr. 12634, € 21,45



Rucksack PETimir II. Umweltfreundlich hergestellt, strapazierfähig und wasserabweisend. Und falls es doch mal schüttet wie aus Kübeln, befindet sich im Bodenfach eine orangefarbene Regenhülle – so sind Ihre Sachen und Sie selbst auch im Stadtverkehr gut geschützt. Mit Brust- und Hüftgurt, gepolstertem Rücken und zwei Stretch-Auflagefächer. Inklusive Notebookfach bis 15,6 Zoll. Von Vaude. Volumen: 22 l, Gewicht: 850 g. Maße: B 32 x H 48 x T 15 cm. Artikel-Nr. 12062, € 90,00



Little Sun. 1,1 Milliarden Menschen weltweit haben keinen Zugang zu Elektrizität. In vielen Regionen Afrikas benutzen die Menschen mit Kerosin oder Petroleum gefüllte Blechlampen, um abends in ihren Hütten zu lesen, zu lernen oder zu arbeiten. Vier Stunden sind so gesundheitsschädlich wie zwei Päckchen Zigaretten – und teuer ist das Kerosin auch noch. Deshalb haben der dänische Künstler Olafur Eliasson und der Ingenieur Frederik Ottesen die Solarlampe Little Sun entwickelt. Einzelhändler in Afrika verkaufen sie vor Ort und kurbeln so die Wirtschaft an. Jede hier verkaufte Lampe ermöglicht es, dass sie in ärmeren Ländern deutlich günstiger angeboten wird. **Little Sun Original.** Verwandelt fünf Stunden Sonne in vier Stunden helles oder zehn Stunden gedämpftes Licht. Stufenlos dimmbar. Inklusive Umhängeband. Maße: Ø ca. 12 cm. Artikel-Nr. 11103, € 24,00



taz Rad. Völker, tretet die Pedale! Seit ihrer Gründung vor über 40 Jahren setzt sich die taz für Umweltschutz und gute soziale Standards in der Arbeitswelt ein. Deshalb haben wir uns in Zusammenarbeit mit der Berliner Fahrradmanufaktur Ostrad einen Wunsch erfüllt: ein korrektes Fahrrad, ökologisch, sozial – und optisch. Die Einzelteile werden nicht etwa quer über den Ozean geschippert, sondern stammen von familiengeführten Unternehmen, die in Europa produzieren. Der federnde Stahlrahmen ist umweltfreundlich und elegant, Nabendynamo und -schaltung sind besonders leichtgängig und langlebig, und durch die Möglichkeit, einen Vorderrad Gepäckträger anzubringen, steht der nächsten Fahrradtour nichts mehr im Weg. Höchstens Sie selbst. Mehr Informationen unter www.taz.de/rad. Artikel-Nr. 12166 Trapez/Frauen 12161 Diamant/Männer jeweils € 1462,18



Little Sun Charger. Ideal für Reisen oder Festivals. Nach ca. fünf Stunden in der direkten Sonne lädt der Charger ein Smartphone oder ein anderes kleines Elektrogerät in ca. 2,5 Stunden vollständig auf, bei wolkenverhangenem Himmel kann er per USB am Computer geladen werden. Mit integrierter LED-Lampe, die in drei Helligkeitsstufen bis zu 50 Stunden leuchtet. Maße: B 14 x H 14 x T 2,5 cm. Ein Ständer für die Lampe ist separat bestellbar (ohne Abbildung). Artikel-Nr. 12321, € 79,00

Klima- gerechtigkeit und Feminismus? One struggle, one fight!

Global kämpfen besonders Frauen an vorderster Front gegen die Klimakrise. Die Entscheidungen treffen aber andere. Zeit, die Machtfrage zu stellen

Von **Isadora Cardoso, Lisa Göldner** und **Kathrin Henneberger**



Indigene Frauen beim Protest gegen die Ölförderung im Yasuní-Nationalpark in Ecuador Foto: Juan Cevallos/afp

Die Klimakrise geht uns alle an. Aber wir tragen nicht alle gleichermaßen zu ihr bei, wir sind nicht alle gleich von den Auswirkungen betroffen und wir sind auch nicht alle gleichberechtigt an den Entscheidungen über die Lösungen beteiligt.

Die Klimakrise ist tief verwur-

zelte Körper von Frauen und (un)bezahlter Care-Arbeit führen, zur Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen des globalen Südens und zur Diskriminierung nicht-weißer Menschen.

Wir werden die Klimakrise nicht aufhalten, wenn wir die tiefliegenden Ursachen des Problems unangetastet lassen. Wir brauchen Lösungen, die die Erhitzung des Planeten aufhalten

Aber es ist verdammt schwierig, sich die Alternativen zum Business-as-usual vorzustellen. Denn diese Unterdrückungssysteme lassen uns nicht viel Zeit und Raum, außerhalb von ihnen zu denken und zu leben.

Während unserer Arbeit mit anderen Feministinnen und Klimaaktivistinnen auf der ganzen Welt haben wir viele erstaunliche Frauen kennengelernt, die dafür kämpfen, dass wir Schritt für Schritt eine feministische und klimagerechte Zukunft näher kommen. Drei davon wollen wir hier vorstellen.

Wir beginnen an einem der Orte, an denen auch die Klimakrise beginnt. Antonella Calle engagiert sich im Yasunidos-Kollektiv in Ecuador – und zwar dort, wo Extraktivismus Existenzen vernichtet. Sie kämpft für den Schutz des Yasuní-Nationalparks – und gegen die Förderung von Erdöl in dem artenreichen Gebiet, das auch das Zuhause indigener Gemeinschaften ist.

Für Antonella geht Extraktivismus, also die massive Ausbeutung natürlicher Rohstoffe, Hand in Hand mit dem westlichen Patriarchat. Beides kam mit dem Kolonialismus in die Region. Durch den Bergbau wurden Urwälder zerstört, Flüsse und Böden verseucht. Und mit dem Bergbau einher gehen Vergewaltigungen und Mord an der indigenen Bevölkerung. „Der Kampf gegen die Klimakrise muss immer einhergehen mit

Feminismus“, sagt Antonella in der Youtube-Dokumentarserie „Makana“ des Vereins „Life Bildung, Umwelt, Chancengleichheit“.

Sie kämpft nicht nur für den Schutz der Natur, des Lands und des Wassers, sondern auch für ihre (indigenen) Mitstreiterinnen. Für die Selbstbestimmung über ihre Körper und ihr Leben. Dagegen, dass man sie belästigt, verletzt oder sogar tötet. Die Kämpfe seien eins, und um sie zu führen, brauche es feministische Arbeitsweisen.

Die Klimakrise ist verwurzelt in historisch miteinander verwobenen Unterdrückungssystemen: Patriarchat, Rassismus, Kapitalismus und Kolonialismus

Ebenfalls für die Rechte der Frauen ihrer indigenen Gemeinschaft streitet Hindou Oumarou Ibrahim, die Koordinatorin der „Indigenous Women and Peoples' Association of Chad“. Im Tschad sind Frauen wie überall auf der Welt stärker von der Klimakrise betroffen als Män-

ner; nicht weil sie „schwächer“ wären, sondern aufgrund ihrer Rolle innerhalb der Gesellschaft und Familien. Sie haben schlechteren Zugang zu Bildung, Lohnarbeit, medizinischer Versorgung und gleichberechtigter Teilhabe in Entscheidungen.

Hindou ist eine von wenigen in ihrer Gemeinschaft, die die Chance hatte, zur Schule zu gehen. Ihre Mutter bestand darauf. Jetzt verhandelt sie auf den UN-Klimakonferenzen die Bildung einer globalen Plattform, um „die indigene Bevölkerung darin zu unterstützen, ihre Menschenrechte einzufordern und für Klimagerechtigkeit zu streiten“, so Hindou. Ihre indigene Gemeinde, die Peuls M'Bororo, durchwandert mit ihren Kühen die Sahelzone. Doch mit der Abnahme von Weideflächen, dem Versiegen der Wasserstellen und stärker werdenden Hitzewellen wird ihre Lebensweise bedroht – und damit ihre Existenzgrundlage. Anfangen von den Kühen, die immer weniger Milch geben, bis zu gewaltsamen Konflikten zwischen den Nomad*innen und den sesshaften Landwirt*innen.

„Wenn das Essen nicht für alle ausreicht, sind es Frauen, die als Erstes verzichten, damit die Kinder satt werden“, erzählt Hindou. Mit der Bewahrung und Vermittlung von indigenem Wissen, welche Pflanzen beispielsweise gegen Wetterextreme am resistentesten sind,

versucht sie Anpassungsmaßnahmen zu unterstützen.

Dies werde am Rande der Sahelzone aber nicht helfen, wenn die Klimakrise jetzt nicht aufgehalten wird. „Für meine Gemeinschaft bedeuten bereits 1,5 Grad globale Erhitzung eine existenzielle Bedrohung.“ Für Hindou ist die Forderung zentral, dass alle Staaten ihre Klimaschutzsagen von Paris einhalten. „Sie müssen so schnell wie möglich auf ‚zero emissions‘ kommen“ – also ganz ohne die Emission von Treibhausgasen auskommen. Von Argumenten, dies sei schwer oder nicht möglich, hält sie wenig. „Wissenschaftliche Lösungen sind vorhanden. Nur der politische Wille, das auch umzusetzen, fehlt.“

Eine Ursache, warum zu wenig geschieht: Die Perspektiven indigener Frauen werden nicht berücksichtigt und sie dürfen erst recht nicht an den entscheidenden Verhandlungstischen Platz nehmen. Ndivile Mokoena arbeitet als Projektkoordinatorin für das internationale Netzwerk „GenderCC – Women for Climate Justice“ daran, dass sich das ändert. „Frauen werden nicht involviert“, sagt sie. „Entscheidungen werden für sie getroffen. Nicht mit ihnen.“ Sie fordert ein, dass Frauen gleichberechtigt beteiligt sind – auf allen politischen Ebenen. Und dass sie die Entscheidungsstrukturen selbst verändern müssen.

Anzeige



zelt in historisch miteinander verwobenen Unterdrückungssystemen: Patriarchat, Rassismus, Kapitalismus und Kolonialismus. Ohne Rücksicht auf Verluste und die katastrophalen Folgen für unser Klima beuten wir den Planeten aus. Dahinter liegen dieselben Machtstrukturen, die zur Ausbeutung der

und gleichzeitig unterdrückerte Machtstrukturen in ihren Grundfesten erschüttern.

Alle drei arbeiten wir seit Jahren zu Feminismus und Klimagerechtigkeit. Wir wollen den Planeten retten, das Patriarchat zerschlagen und eine Welt schaffen, in der alle Menschen frei und gleichberechtigt leben.

Anzeigen



**15 gute Gründe,
warum Atomkraft keine
Antwort auf den Klimawandel ist –
informiere Dich hier: ausgestrahlt.de/klima**

.ausgestrahlt
Klimawandel geht nicht ohne

KANNST DU DIE WELT VERÄNDERN?

Werde Waldorflehrer*in!

Lernen und Lehren mit Herz, Hand und Kopf – Schule braucht Lehrer*innen, die ihr Wissen und ihre Kreativität einbringen.

Unsere Studien-Abschlüsse:

nahtloser Einstieg ins Berufsleben. Weltweit. Quereinstieg zum Traumberuf – auch in Teilzeit: unsere postgradualen Masterstudiengänge.

Studieninfotage 2020

Samstag, 17.10. online und live

Mittwoch, 18.11. live

weitere Infos unter

freie-hochschule-stuttgart.de

Studieninfo-Hotline: 0711-210 94-32

(Mo, Mi, Fr: 8–17 h; Di, Do: 8–20 h)



Freie Hochschule Stuttgart
SEMINAR FÜR WALDORFPÄDAGOGIK



Hat 55 Prozent Emissionsrückgang bis 2030 angekündigt: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Foto: Francisco Seco/ap

Wird die EU zum Klimavorbild für die Welt?

Um das Pariser Abkommen zur Begrenzung der Erderhitzung einzuhalten, muss dringend gehandelt werden. Europa könnte bei der Emissionsreduktion eine Schlüsselrolle spielen

Von Julian Hirschmann

Ob das international gefeierte Pariser Klimaabkommen das Klima rettet, wird sich am Ende des Jahres zeigen. Dann müssen alle Staaten, die es unterzeichnet haben, beim Sekretariat der Klimarahmenkonvention in Bonn überarbeitete Klimaschutzpläne einreichen. Aktuell würden die beschlossenen nationalen Ziele zu einer

Erderhitzung von etwa 2,3 bis 3,5 Grad führen. Mit dem Pariser Abkommen wurde dagegen 2015 beschlossen, die Erhitzung auf deutlich unter 2, möglichst 1,5 Grad zu begrenzen. Dazu sieht es vor, dass alle Staaten im 5-Jahres-Rhythmus stärkere Klimaschutzpläne einreichen.

Viele Länder haben jedoch aktuell andere Prioritäten. Für das Klima ist dies eine Katastrophe, denn gerade jetzt böte sich mit den gigantischen

Coronawirtschaftshilfen von weltweit über 11 Billionen Euro eine einzigartige Möglichkeit. Um die gesamte Wirtschaft klimafreundlich umzubauen, wären Investitionen ausschließlich in entsprechende Technologien notwendig.

Das Pariser Klimaabkommen sieht vor, dass die nationalen Klimaschutzpläne neun Monate vor der UN-Klimakonferenz 2020 eingereicht werden. Nachdem der Glasgower

Gipfel aufgrund der Pandemie um ein Jahr auf November 2021 verschoben wurde, gibt es für viele Länder noch weniger Anreiz, ihre Ziele zu erhöhen. Hier ist nun der Blick auf die EU spannend: Sie reicht für alle 27 Mitgliedstaaten ein gemeinsames Ziel ein und könnte mit einem engagierten Klimaschutzplan andere Länder antreiben.

Um die 1,5-Grad-Grenze mit Zwei-Drittel-Wahrscheinlichkeit nicht zu durchbrechen, dürfen weltweit noch höchstens 336 Gigatonnen CO₂ emittiert werden. Mit den aktuellen Emissionen von 42 Gigatonnen pro Jahr wäre dieses Budget in acht Jahren, also 2028, aufgebraucht. Auf EU-Ebene erschien es bis vor Kurzem unwahrscheinlich, dass Ziele beschlossen werden könnten, die das entsprechende Budget einhalten.

Umso mehr überrascht die aktuelle Bewegung in der EU: Im Europaparlament fordert der Umweltausschuss 60 Prozent Emissionsreduktion bis 2030 gegenüber dem Niveau von 1990. Selbst der eher konservative Ausschuss für Energie und Industrie fordert mindestens 55 Prozent Minderung. Es ist daher möglich, dass sich das EU-Parlament am 5. Oktober der 60-Prozent-Forderung anschließt. Die Mehrheitsverhältnisse aus dem Umweltausschuss könnten auch im Plenum reichen.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat vergangene Woche als Ziel mindestens 55 Prozent Emissionsrückgang bis 2030 präsentiert. Dies erfolgte auf Basis einer Folgenabschätzung, die eindeutig ergeben habe, dass Wirtschaft und Industrie die Verschärfung bewältigen können. Dies ist allerdings weniger ambitioniert als auf den ersten Blick ersichtlich. Denn in das neue Ziel sollen auch natürliche CO₂-Senken wie Wälder mit einbezogen werden. Dies führt nach Berechnungen des Öko-Instituts zu einer effektiv um 3 Prozentpunkte geringeren Reduktion. Der zuständige Kommissar Frans Timmermans wick Fragen danach in seiner Präsentation aus.

Von der Leyen betonte, dass mit dem 55-Prozent-Ziel die 1,5-Grad-Grenze eingehalten werden könne, wenn andere nachziehen. Dabei geht die Kommission davon aus, dass der EU ein CO₂-Restbudget anteilig ihrer aktuellen Emissionen zusteht. Global gerecht ist dies mit Blick auf historische Emissionen und die Wirtschaftskraft einzelner Länder jedoch nicht.



Wenn die Europäische Union eine ehrgeizige Vorlage liefert, hätten die 152 Staaten ohne bisherige Ankündigung neuer Emissionsziele nicht mehr die Ausrede, besserer Klimaschutz sei unmöglich

Umweltorganisationen wie Germanwatch und der Deutsche Naturschutzring fordern deshalb EU-weit mindestens 65 Prozent Emissionsreduktion.

Ebenfalls kritisch, allerdings aus anderen Gründen, sehen Mitgliedstaaten der EU die Ziele. Vor allem Polen, Tschechien und Ungarn weigern sich bislang, höhere Verpflichtungen zu akzeptieren, und verweisen auf die große Herausforderung ihrer Transformation. Einzelne Regierungen wie die der Niederlande, von Schweden oder Dänemark wären hingegen auch für ein 65-Prozent-Ziel offen. Ihre Stimmen sind allerdings deutlich leiser als die der Bremsen. Hinzu kommt: Auch viele einflussreiche Lobbyverbände wie der Bundesverband der Deutschen Industrie halten eine Erhöhung für überambitioniert.

Der Vorschlag der EU-Kommission geht nun in den Trilog, eine Abstimmung zwischen Parlament, Kommission und Ministerrat. Um auch Länder wie Polen zu überzeugen, gibt es unter anderem den Just Transition Fund für klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft in allen Regionen. Bis 2027 soll er 17,5 Milliarden Euro verteilen. Insgesamt erscheint so ein Ziel von 55 Prozent Emissionsminderung realistisch.

Auch wenn die EU ihre Zielerhöhung erst Ende des Jahres offiziell beim Klimasekretariat einreicht, bleibt dennoch zu hoffen, dass sie damit weltweit eine neue Dynamik entfacht. Denn bislang haben nur wenige Länder angekündigt, dass sie ihre nationalen Klimaziele anheben wollen: lediglich Chile, Norwegen und zwölf weitere. Eines davon ist nun auch China, das am Dienstagabend ankündigte, bis 2060 CO₂-neutral sein zu wollen.

Dies bedeutet gleichwohl nicht, dass solche Ziele 1,5-Gradkonform wären. Chiles neue Pläne bewertet die „Climate Action Tracker“-Vereinigung nun statt mit „extrem ungenügend“ nur noch mit „ungenügend“. Einige große Emittenten haben sogar angekündigt, ihre Ziele nicht zu erhöhen: Australien, Japan, Russland und die USA. Letztere haben das Pariser Abkommen sogar ganz gekündigt.

Daneben gibt es noch 152 weitere Staaten, von denen bisher keine Infos bekannt sind. Wenn die EU hier eine ehrgeizige Vorlage liefert, hätten die anderen Länder wenigstens nicht die Ausrede, dass mehr Klimaschutz nicht möglich sei.

Anzeige

Nicht nur an heute, sondern auch an morgen denken - und das zu fairen Preisen. Unser Ökostrom kommt zu 100 % aus sauberen Energiequellen, unser Ökogas ist klimaneutral. Beteiligen Sie sich genossenschaftlich an unserem Unternehmen.

Zusammen mit Fridays for Future auf die Straße:

Das Klima erwärmt sich - wir fordern jetzt: kein Grad weiter!

Am 25. September 2020 sind wir beim Klimastreik dabei.

Jetzt einen Vertrag abschließen
proengeno.de/fff
 und ohne Mehrkosten spenden



ProEngeno GmbH & Co. KG
 Nendorper Str. 15
 26844 Jemgum
 Tel.: 04902/91570-00
info@proengeno.de



www.proengeno.de

Vollständig
nutzbar: Die
Schalen
werden zu
Feuermaterial
Foto: Pieter-
Jan De Pue/laif

Mit Bananenschalen gegen Klimakrise und Patriarchat



Um die Klimakrise aufzuhalten, werden oft futuristische Technologien angepriesen. Manchmal sind es aber die Projekte von lokalen Frauen, die wirkliche Veränderungen bringen, wie unser Projekt für die eigene Produktion von Briketts zum Kochen

Von Dorothy Nalubega

Im Mai dieses Jahres trat der Fluss Nyamwamba in Uganda über die Ufer. Die Überschwemmungen waren so stark, dass Tausende ihr Zuhause verloren, von den Fluten vertrieben wurden und nicht wenige ertranken. Auch ein Krankenhaus war betroffen, die Patient*innen wurden evakuiert und in einer Schule untergebracht. Doch die medizinische Ausstattung fehlte dort. Und diejenigen, die davon abhängig waren, mit Sauerstoff versorgt zu werden, starben ebenfalls.

Auch dies sind die Auswirkungen der Klimakrise: Infrastruktur wie dieses Krankenhaus in Uganda wird zerstört, und Gelder, die gedacht waren, weitere Infrastruktur aufzubauen, müssen zum Wiederaufbau genutzt werden.

”

**Frauen
verbringen
mehr Zeit auf
dem Feld oder
auf der Suche
nach Nahrung**

Neben den stärker werdenden extremen Wetterereignissen und folgenden Überschwemmungen sind es die Dürren, die unserer Landwirtschaft zu schaffen machen. Ugandas Wirtschaft ist aber abhängig von ihren Erträgen, 70 Prozent der Bevölkerung sind direkt oder indirekt im Agrarsektor beschäftigt.

Durch die Klimakrise verursachte Dürren und Überschwemmungen zerstören wirtschaftliche Existenzen und verursachen Armut und Hunger. Die soziale Ungleichheit verschärft sich, auch und insbesondere zwischen Frauen und Männern. Da Frauen vor allem in der Landwirtschaft beschäftigt

sind, sind sie am stärksten von den Dürren und Fluten betroffen. Sie verbringen mehr Zeit auf dem Feld oder auf der Suche nach Nahrung, müssen weitere Wege gehen, um an Wasser zu gelangen. Dies raubt ihnen auch Zeit, die sie für Bildung, Lohnarbeit und politisches Engagement brauchen.

Sie sind also damit beschäftigt, um das Überleben ihrer Familien zu kämpfen, statt sich einzumischen in Entscheidungen über Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen. Dabei wäre genau das wichtig – wenn wir die Klimakrise aufhalten und eine gerechte Gesellschaft aufbauen wollen.

Im Bestreben, Frauen zu unterstützen und gleichzeitig Umweltschutz voranzutreiben, haben wir – die Kkona Women Sustainable Agriculturists and Environmental Group – ein Projekt gegründet, das die eigene Herstellung von Briketts zum Ziel hat.

Briketts sind eine Alternative zu Holzkohle sowie gesammeltem oder gekauftem Feuerholz, das in Uganda und den meisten Teilen Afrikas zum Kochen verwendet wird. Denn Holzkohle ist teuer und – nicht zu vergessen – eine große Belastung für die Umwelt, da für sie Bäume gefällt werden müssen. Eine Gefahr für unsere Wälder und damit für die biologische Vielfalt.

Unsere Briketts zum Kochen werden stattdessen unter anderem aus Bioabfällen wie Bananen- und anderen Schalen gemacht. Mit Seminaren geben wir das Wissen um die Herstellung weiter. Die Frauen können sie dann selbst herstellen. Sie sparen damit nicht nur Geld und Zeit, wenn sie mehr produzieren, als sie selbst brauchen, können sie ihre Briketts verkaufen und sich somit ein Einkommen erwirtschaften. Unser Projekt, ins Leben gerufen von Frauen in Uganda schützt die lokale Umwelt sowie das globale Klima und unterstützt gleichzeitig andere Frauen existenziell.

Dorothy Nalubega ist eine Aktivistin für Klimagerechtigkeit aus Uganda und arbeitet unter anderem bei der Kkona Women Sustainable Agriculturists and Environmental Group und für das Institute of environmental justice e. V.

»MACH DEIN DING.
ABER MACH'S
ENERGIEEFFIZIENT.«

Klare Sache: Klimaschutz beginnt zu Hause. Wir zeigen dir wie!



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

DEUTSCHLAND
MACH'S
EFFIZIENT.

machts-effizient.de

Anzeige



Ergebnis geschickter Lobby: Flüssiggas gilt in der Öffentlichkeit als klimafreundlich
Foto: Henning Gloystein/reuters

Auf der ganzen Welt wird gebaut: neue Erdgaspipelines, neue Flüssiggasterminals, Umrüstung von Kohlekraftwerken zu Gas-

kraftwerken. Erdgas gilt in der öffentlichen Wahrnehmung nach wie vor als klimafreundlich und Investitionen in den fossilen Brennstoff gelten als ein Geschäft der Zukunft. Dass mit dem Ausbau von Gasinfrastruktur massive Menschenrechtsbrüche einhergehen, zeigt sich an dem Bau der Export-LNG-Terminals (Liquid Natural Gas Terminals) in Mosambik. Mosambik liegt im Südosten Afrikas zwischen Tansania und Südafrika. Im Norden von Mosambik, in der Region Cabo Delgado, wurde 2010 das größte Erdgasvorkommen Afrikas, das neuntgrößte Vorkommen weltweit, entdeckt. Laut Friends of the Earth International sollen mindestens 60 Milliarden US Dollar für die Förderung des Erdgases eingesetzt werden. Das wäre die höchste Investition, die jemals auf dem afrikanischen Kontinent südlich der Sahara getätigt wurde. Trotz der vielversprechenden Bodenschätze gehört Cabo Delgado zu den ärmsten Regionen des Landes und befindet sich seit einigen Jahren in einer Ausnahme-situation.

„Die Gasindustrie hat, noch bevor die Gasförderung begann, die Bevölkerung Cabo Delgados in Armut gestürzt und ihr Land enteignet“, berichtet Anabela Lemos, Leiterin von Justiça Ambiental, einer Menschenrechts- und Klimagerechtigkeitsorganisation in Mosambik, die eng mit den lokalen Gemeinschaften vor Ort arbeitet. „Fischer*innen und Landwirt*innen

wurden vom Meer und ihrem Land abgeschnitten, ganze Dörfer zwangsumgesiedelt.“

Es zeichnet sich ab, dass die Gewinne aus der Förderung hauptsächlich internationalen Unternehmen zugutekommen und nicht der lokalen Bevölkerung. Beteiligt an den LNG-Terminals sind das französische Unternehmen Total, das US-amerikanische Unternehmen ExxonMobil und der italienische Energiekonzern ENI. Auch die Deutsche Bank hat in die Gasprojekte investiert.

„Wir wissen von sexuellen Übergriffen auf Frauen durch die Soldaten und Erpressung von Geld“

Anabela Lemos, Justiça Ambiental, Mosambik

Arbeitslosigkeit und das vergebliche Warten auf den versprochenen Reichtum führen zur Radikalisierung der Bevölkerung. Seit 2017 gibt es Anschläge, die mehr als 100.000 Menschen aus der Region vertrieben haben und bei denen mehr als 1.000 Menschen getötet wurden. Sie hängen auch mit zunehmender Militarisierung zusammen. So richte die französische Werft Constructions Mécanique de Normandie, die hauptsächlich Kriegsschiffe und Luxusjachten produziert, in Absprache mit der mosambikani-

schen Regierung ein Verteidigungsprogramm ein, um die Erdgasvorkommen zu bewachen – unter dem Vorwand, eine Thunfisch-Flotte aufzubauen.

„Die Gewalt in Cabo Delgado ist keine einfache Angelegenheit. Die Regierung hat in der Region große Militäreinheiten eingesetzt, um die Aufständischen zu bekämpfen, die seit 2017 die Bevölkerung angreifen. Aber es ist bekannt, dass das Militär Gewalt gegen die Zivilbevölkerung angewendet hat. Wir wissen von sexuellen Übergriffen auf Frauen durch die Soldaten und Erpressung von Geld“, so Lemos.

Weitere private Sicherheitsfirmen und paramilitärische Organisationen wie die russische Gruppe Wagner wurden von den Gasunternehmen und dem mosambikanischen Militär angeheuert. Viele Leute vor Ort trauen sich kaum, die langen Strecken zu ihren neu zugewiesenen Äckern zu bewältigen – aus Angst vor Gewalt durch das Militär. Menschen, die über die Situation vor Ort berichten oder sich gegen die Umsiedlungen aussprechen, verschwinden. So wie der Journalist Ibrahim Abu Mbaruco, der am 7. April dieses Jahres verschwand, nachdem er einem Kollegen geschrieben hatte, dass die Armee auf ihn zukomme.

Zu den Problemen hinzu kommt, dass Cabo Delgado 2019 von „Kenneth“, dem stärksten Zyklon der mosambikanischen Geschichte, getroffen wurde. Zehntausende Häuser wurden zerstört und viele Menschen erkrankten anschließend an Cholera. Viele der entstandenen Schäden sind noch nicht behoben. Die Region ist insofern doppelt von verfehlter Klimapolitik betrof-

Fluch für Menschen und das Klima

Der Ausbau von Gasinfrastruktur weltweit wird stark vorangetrieben, obwohl mit der Förderung von fossilem Gas Menschenrechtsbrüche einhergehen und Gas die Klimakrise extrem befeuert

Von Lea Dehning

fen, als einerseits durch den Klimawandel starke Zyklone wahrscheinlicher werden. Andererseits ist es trotz Pariser Klimaabkommen möglich, neue Gasfelder auf eine gewaltvolle Art zu erschließen.

In der Wissenschaft wird ebenso immer stärker vor Erdgas gewarnt. Methan, der Hauptbestandteil von Erdgas, trägt neben CO₂ am meisten zum Klimawandel bei. Methan wirkt sich 87-mal stärker auf den Klimawandel aus als die gleiche Menge CO₂. Die Weltorganisation für Meteorologie veröffentlichte, dass die Methankonzentration auf einem Rekordhoch und im Vergleich zur vorindustriellen Zeit auf eine 257 Prozent höhere Konzentration angestiegen ist.

Auch in Deutschland sollen in Brunsbüttel, Wilhelmshaven, Stade und Rostock Flüssiggasterminals gebaut werden, allerdings für den Import. An diesen Orten sollen zukünftig Schiffe anlegen, die im Ausland gefördertes Erdgas in das deutsche Gasnetz einspeisen.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) lehnt den Bau der Import-LNG-Terminals ab. „Zur Klimabilanz erschwerend hinzu kommt, dass die geplanten LNG-Terminals auch mit Fracking-Gas aus den USA befüllt werden sollen“, so Constantin Zerger, Leiter für den Bereich Energie und Klimaschutz. Zwei Gutachten der DUH stellten fest, dass die Bauvorhaben in Brunsbüttel und Stade aufgrund von Umwelt- und Sicherheitsgründen nicht genehmigungsfähig seien.

Doch nicht nur die DUH versucht, die LNG-Terminals in Deutschland zu verhindern. Auch Lennart Tiller, Chiara Arena und Jana Ahlers sind seit Mitte Juni dabei, das Flüssiggas-

terminal in Wilhelmshaven zu stoppen. Auf die Idee brachte sie Lennart Tiller, der aus der Gemeinde Zetel südlich von Wilhelmshaven kommt. Sie beschlossen dann gemeinsam, auf einen Hof in der Nähe zu ziehen, um den Widerstand gegen Erdgas vor Ort zu stärken. Die drei kennen sich aus der Klimabewegung in den Niederlanden, wo Chiara Arena und Lennart Tiller Umweltrecht studierten.

„Zuerst haben wir uns mit der lokalen Bürgerinitiative Klima-Allianz-Nordseeküste und verschiedenen Klimagruppen vernetzt. Dann haben wir angefangen, Aktionen zu planen und Gespräche mit Politiker*innen zu führen“, erzählt Chiara Arena.

Hauptsächlich adressieren sie ihre Aktionen an den niedersächsischen Landesumweltminister Olaf Lies, der den Bau des LNG-Terminals befürwortet. Im Juli protestierten sie gemeinsam mit der Bürgerinitiative vor seinem Büro in Jever. Anfang September besetzten sie die niedersächsische Staatskanzlei in Hannover, um den sofortigen Stopp des Projekts zu erreichen. Bisher hält Olaf Lies weiterhin an seinen Plänen fest. „Was man merkt, ist, dass das Thema LNG neu für die Öffentlichkeit ist, so konnten wir mit unserer kleinen Aktion schon viel Aufmerksamkeit schaffen“, stellt Lennart Tiller fest.

So langsam scheint das Thema Erdgas für unterschiedliche Akteur*innen der Klimabewegung relevanter zu werden. Das Bündnis Ende Gelände kündigte bereits an, Ende September nicht nur Kohleinfrastruktur, sondern auch erstmalig Gasinfrastruktur im Rheinland blockieren zu wollen.

Anzeigen

Ändern wir das System, nicht das Klima!

Gemeinsam für ein wirksames EU-Klimagesetz:
70 % weniger CO₂ bis 2030 • 100 % Erneuerbare bis 2050



HUMUS AUFBAUEN STATT KOHLE ABBAUEN.

#ökofürsWir

Wir für mehr Klimaschutz





Was, wenn wir das Klima nicht im Kapitalismus retten können?

Marktwirtschaft, die alles in Konkurrenz stellt, ist keine gute Grundlage für große Veränderungen. Aber was sonst? Ein Plädoyer für eine ganz neue Gesellschaftsform

Von Indigo

Bagger besetzen, von einem Plenum ins nächste rennen, Telefonkonferenz um Telefonkonferenz. Unglaubliche Bewegungserfolge feiern. Im Hambi unter Bäumen stehen, von denen alle dachten, sie wären längst gefällt. In über 400 Orten Klimagruppen. Die größte Demo der Nachkriegszeit. Und zeitgleich ein unglaublicher Stillstand der politischen Veränderung. Ein Kohleausstiegsgesetz, das eigentlich Kohle-einstiegsgesetz heißen sollte. Während Kippunkte erreicht werden.

Unsere Antwort darauf: mehr Bagger besetzen, mehr Plena, mehr Telefonkonferenzen, für größere Demos, um mehr Druck auszuüben. Um die Regierung zum Handeln zu bewegen, weil sie die einzige zu sein scheint, die unsere Anliegen umsetzen kann.

Was, wenn ihre Untätigkeit nicht daran liegt, dass wir noch nicht genug Druck aufgebaut haben? Was, wenn unsere Demosprüche wahr sind und wir das Klima nicht im Kapitalismus retten können?

Die Marktwirtschaft setzt Unternehmen und Staaten in Konkurrenz. Unternehmen wollen nicht nur Profit machen und wachsen, sie müssen es sogar, um gegen die Konkurrenz zu bestehen. Auch der Staat, an den wir appellieren, konkurriert mit anderen Staaten um Wachstum und Arbeitsplätze. Deshalb ist es unwahrscheinlich, dass all die klimaschonenden und sozialen Forderungen, die wir stel-

len, umgesetzt werden. Bei System Change geht es also nicht darum, wie einzelne Bereiche CO₂-neutraler sein könnten. Die technischen Lösungen sind da. Die Frage ist: Unter welchen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sind sie umsetzbar?

Viele antworten mit internationalen Vereinbarungen oder gar einem Weltstaat. Nach 25 gescheiterten Klimakonferenzen scheint dies unwahrscheinlicher denn je, aber wäre es denn erstrebenswert? Eine Öko-Weltinstitution müsste enorm viel Macht bündeln, um sich gegen die Logik der Unternehmen durchzusetzen. Ein solch starker Staat wäre anfällig für autoritäre oder gar faschistische Neustrukturierung. Und wahrscheinlich würde auch die Ökologie bald in den Hintergrund geraten. In einer Gesellschaft, die nur funktionierte, wenn die Menschen für Lohn arbeiten.

So wird die Politik sich durchsetzen, die gute Konsummöglichkeiten bietet. Das legt Politiker*innen nah, vor allem auf gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu achten – um diese Politik dann grün anzupinseln. Ein starker Weltstaat würde wohl kaum ökologische, vor allem aber keine demokratisch-emanzipatorische Politik machen. Dafür wäre er in seiner Macht zu unabhängig von uns und zu abhängig von der Wirtschaft.

Also müssen wir mutig genug sein, um zu sagen: Wir brauchen eine neue Gesellschaftsform. Wir müssen die Bedingungen, unter denen wir handeln, grundlegend verändern. Und das können wir. Denn auch diese Bedingungen, die uns so natürlich er-



Eine neue Gesellschaft entsteht aus den Widersprüchen, Rissen und Ritzen, in denen das Leben lustvoll rebelliert

scheinen, sind menschengemacht. Und veränderbar.

Doch wie könnte eine politische Praxis aussehen, die nicht nur versucht, die Regierung zu zwingen, ein winziges Stückchen auf uns zu zugehen?

Eine neue Gesellschaft fällt nicht vom Himmel. Sie entsteht im Alten, aus den Widersprüchen, Rissen und Ritzen, in denen das Leben lustvoll rebelliert. Sie schlummert als Keimform in dem, was wir alltäglich leben.

Transformation lässt sich weder als ein Marsch durch die Institutionen vorstellen, weil bei dem letztendlich nichts grundlegend anderes herauskommen kann, noch wie eine Eroberung der politischen Macht und einer Umstrukturierung von oben, weil die Aufgabe nicht ist, den Staat zu verändern, sondern Autorität durch Demokratie zu ersetzen.

Stattdessen geht es darum, in unseren Kämpfen und darüber hinaus das herauszubilden und zu betonen, was eine neue Gesellschaft ausmachen könnte. Unsere Bewegung weiter jenseits von Markt und staatlicher Autorität organisieren. Commons und solidarische Beziehungen aufbauen, füreinander sorgen, während wir miteinander kämpfen.

Um dann im richtigen Moment, im Kairos der Veränderung, diese Praxen auf den gesamten gesellschaftlichen Raum auszuweiten.

Dieser Systemwandel ist nicht nur das, was uns die Möglichkeit gibt, die Klimakrise aufzuhalten. Sondern er ist auch unsere Chance auf ein gutes Leben für alle.

Die Forderung hängt in der Luft. Jetzt geht es darum, sie konkret zu machen
Foto: Gina M. Randazzo/ZUMA/imag

Die Zahl

16,1 Millionen

- Menschen sind schon heute wegen Extremwetterereignissen auf der Flucht.
- 19 Prozent der Landfläche könnten in den kommenden Jahrzehnten zu heiß für menschliches Leben sein, wenn die Industriestaaten nicht radikal umsteuern.
- Betroffen davon sind alle Kontinente außer Nordamerika und Europa. Dabei tragen gerade deren Länder seit der Kolonialzeit die größte Klimaschuld.
- Während die EU noch immer gut 10 Prozent der globalen CO₂-Emissionen verursacht, schottet sie ihre Außengrenzen immer weiter ab. Mit „Abschiebe-Patenschaften“ und der neuen Regelung, Asylanträge direkt an den Außengrenzen zu bearbeiten, verschärft sie jetzt ihre rassistische Migrationspolitik. Wir brauchen kein „neues Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität“, wie EU-Kommissarin von der Leyen sagte, sondern globale Verantwortung und antinationale Solidarität!

Anzeige

Grüner Wasserstoff aus Russland

„Um den zukünftigen Bedarf zu decken, wird der überwiegende Teil der Wasserstoffnachfrage, aber importiert werden müssen und kann nicht nur mit der lokalen Erzeugung von grünem Wasserstoff bedient werden“.

So ist es in der Nationalen Wasserstoffstrategie festgehalten, die die Bundesregierung 2020 veröffentlichte.

Die neue Erdgas-Pipeline **Nord Stream 2**, für mindestens 50 Jahre Betriebsdauer ausgelegt, wird für grüne Energie dringend gebraucht. Denn eine zentrale Rolle für die künftige Energiewirtschaft ohne klimaschädliches Kohlendioxid (CO₂) wird Wasserstoffgas spielen.

Es hat pro Kilogramm **dreimal größeren Energiegehalt als Erdöl oder Erdgas**. Wasserstoff erlaubt die Direktumwandlung in elektrischen Strom, in sogenannten Brennstoffzellen. Mit dieser Technik löst sich das Dilemma der Batterieautos mit deren unbefriedigenden Ladedauern und Reichweiten.

Woher importieren? Solare Wasserstoffanlagen in Marokko sind im Vorbereitung, dazu eine Flotte von Tankschiffen. Sie soll den grünen Wasserstoff in die EU bringen, um den Preis erheblicher Energieverluste durch diesen Transport. Die Nationale Wasserstoffstrategie erwähnt aber auch die viel näher liegende Technik: Seit Jahrzehnten bezieht Deutschland den größten Teil seiner Energie über Pipelines, hauptsächlich aus Russland, Norwegen, den Niederlanden und England. Das Problem dabei: Der Klimaschutz macht in naher Zukunft genau diese Brennstoffe unverkäuflich, egal, woher sie kommen.

Russland hat große Potentiale für grüne Energien, weit mehr als die gesamte EU. Die Hälfte Russlands ist Wald, eine Quelle für Biomasse. Riesige Flächen eignen sich für Solar und Windstromparks, für die Produktion grüner Energieträger, an erster Stelle Wasserstoff. Und Russland ist auf Einnahmen aus Energieexporten angewiesen.

Die leistungsfähigste betriebssichere Pipeline für den GASTransport aus Russland nach Deutschland ist **Nord Stream 1**, 2012 fertiggestellt. Parallel dazu verläuft die strittige neue Pipeline **Nord Stream 2** durch die Ostsee und wird, wenn sie – hoffentlich – zu Ende 2020 fertig ist, noch einmal dieselbe Transportleistung hinzufügen. **Beide Erdgas-Pipelines sind technisch ebensogut geeignet, Wasserstoff durchzuleiten.**

Aber bei der Durchflussleistung spielt dann doch die Physik einen Streich: Wasserstoff enthält zwar pro Kilogramm die 3-fache Energiemenge wie Erdgas. Aber Wasserstoff ist 8-mal leichter als Erdgas. Das bedeutet: Bei gleichem Betriebsdruck ist der Energiestrom durch dieselbe Pipeline bei Wasserstoff nur (3/8 =) ungefähr ein Drittel so groß wie bei Erdgas. Um also für die Wasserstoffzukunft den gleichen Energiestrom zu bekommen, wie ihn heute nur allein Nord Stream 1 für Erdgas bietet, muss nicht nur Nord Stream 2 gebaut werden, sondern es braucht zusätzlich noch eine „**Nord Stream 3!**“

Nicht zu vergessen: Mit dem Wasserstoff aus Russland lässt sich die Energiewende zum Gemeinschaftsprojekt einer gesamteuropäischen Friedensordnung machen.

Dr.-Ing. Joachim Wernicke, Physiker, 14167 Berlin
Hildegard von Meier, Frauen für Frieden und Ökologie
Für weitere Angaben zu grünem Wasserstoff aus Russland: <https://docdro.id/USHIL11>





Im deutschen Biomüll: noch gute und vergammelnde Früchte ohne Unterschied weggeworfen Foto: Weingartner/CHROMORANGE/imago

Nicht perfekt? Weg damit!

Lebensmittelverschwendung: Warum Eisberge schmelzen und 800 Millionen Menschen hungern

Von Selma Lewerenz

Jährlich werden weltweit 1,3 Milliarden Tonnen Nahrungsmittel weggeschmissen, etwa ein Drittel der Produktion. Diese Verschwendung stellt uns vor ein menschengemach-

tes Desaster mit weitreichenden sozioökologischen Folgen. Doch wie so oft sind es nicht die Verursacherländer selbst, die diese Auswirkungen am deutlichsten zu spüren bekommen.

So liegen laut der Welthungerhilfe mittlerweile zwei Drit-

tel der Ackerflächen, die für die Ernährung deutscher Verbraucher*innen benötigt werden, im Ausland. Die Produktion von Lebensmitteln, die letzten Endes im Müll landen, verschwendet dabei im großen Stil wichtige Ressourcen wie Energie, Wasser und Ackerflächen. So werden allein 30 Prozent der global verfügbaren Ackerflächen sinnlos bewirtschaftet, weil auf ihnen ungenutzte Nahrungsmittel produziert werden. Je knapper die Anbauflächen in den Produktionsländern für die Einheimischen selbst werden, desto höher werden die lokalen Lebensmittelpreise – Menschen des Globalen Südens treibt das unter anderem zunehmend in Armut und Hunger.

Zudem sind gerade diese Länder stark vom Klimawandel betroffen. Auch die Nahrungsmittelverschwendung trägt hier ihren Teil dazu bei: Rund 10 Prozent der Treibhausgase, die reiche Länder ausstoßen, haben ihren Ursprung in nicht genutzten Lebensmitteln. Dabei gehen Experten davon aus, dass zwei Drittel dieser Lebensmittel noch genießbar sind. Mit dieser Menge könnte man nach Zahlen der FAO von 2014 rund 2 Milliarden Menschen ernähren. Mit weniger Verschwendung könnten wir also eigentlich die weltweit 821 Millionen Hungernden versorgen und den Hunger aus der Welt verbannen.

Doch warum nur „eigentlich“? Wer schmeißt wo und warum essbare Lebensmittel weg? Entlang der gesamten Wertschöpfungskette gibt es zahlreiche Gründe, warum Lebensmittel entsorgt werden. Schon auf dem Acker werden Lebensmittel, deren Form oder Farbe von den strengen Anforderungen

der Abnehmenden abweichen, aussortiert. Der Anspruch, überall und immer alles im Überfluss zur Verfügung zu haben, führt letztlich zu permanenter Überproduktion. Folglich füllen sich die Supermarktmülltonnen mit Broten vom Vortag oder unversehrten Produkten, die mehr oder weniger bald das Mindesthaltbarkeitsdatum erreichen. Es heißt, perfekt zu sein, um in diesem so unperfekten Lebensmittelsystem nicht vorschnell aussortiert zu werden.

30 Prozent der global verfügbaren Ackerflächen werden sinnlos bewirtschaftet

Um globale Herausforderungen von Hungersnot bis Klimakrise bekämpfen zu können, benötigen wir dringend ein komplettes Umdenken entlang der gesamten Lebensmittelversorgungskette.

Wir alle sind dabei gefragt. Die strengen Handelsnormen müssen weg von der Handelsqualität hin zu einer Ernährungsqualität. In der Politik müssen endlich rechtliche Maßnahmen gegen die Verschwendung eingeleitet werden. Wie in Frankreich sollten Supermärkte hierzulande übrig Gebliebenes spenden müssen und Lebensmittelverschwendung geldstraflich geahndet werden. Und auch wir Verbraucher*innen sollten unsere bisherigen Ansprüche überdenken und überlegen, wo wir in unseren eigenen Küchen Lebensmittelwegwurf vermeiden können.

Der grüne Knebel – wie Investoreninteressen die Energiewende im Globalen Süden dominieren

Spitzenreiter in der Verstromung von Wind, Sonne und Erdwärme sind vor allem Länder des Globalen Südens. Jedoch: In den Finanzierungsverträgen dieser Infrastrukturprojekte sind Klauseln enthalten, die öffentliche Gelder zur Sicherung von Investorenprofiten zweckentfremden

Von Franziska Müller und Anne Löscher

Zwischen 2012 und 2018 ist der Markt für grüne Investmentfonds, Wertpapiere und Aktien aus dem Nichts auf 200 Milliarden US-Dollar gewachsen. Institutionen wie die Weltbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau oder das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen versuchen über „De-risking“-Programme, grünes Kapital in den Globalen Süden zu locken.

Um Investitionsrisiken wie Wechselkursschwankungen, mangelnde Kaufkraft oder soziale Unruhen zu kompensieren, bieten De-risking-Programme Investorenschutzabkommen und Risikobürgschaften. Hier verpflichten

sich die Empfängerstaaten dazu, die Investitionen über öffentliche Garantien und Zuschüsse zu „de-risken“. De-risking, oder Risikoreduzierung, ist ein irreführender Begriff – hier wird nicht Risiko reduziert, sondern zur öffentlichen Hand verschoben.

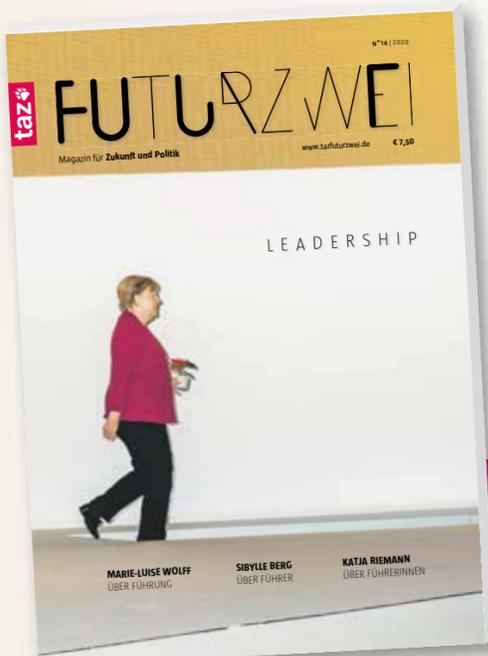
Zu den Staaten, in denen De-risking-Programme den Zugang zum Energiemarkt sichern, gehören Sambia und Uganda. Hier expandieren erneuerbare Energien auf Kosten politischer Entscheidungsspielräume und lokaler Unternehmen. Bei sambischen Energieauktionen konnten sich nur Unternehmen mit einem Jahresumsatz über 25 Millionen US-Dollar bewerben, folglich nur ausländische Firmen. Auf der Strecke bleiben Energiepolitiken, die auf Technologietransfer, grüne Ar-

beitsplätze oder Ausbildungsprogramme setzen.

Andere Beispiele für De-risking-Klauseln sind Mindesteinspeisevergütungen oder die Verpflichtung, Fonds zur Wechselkursstabilisierung zu halten. Um die Zahlung von anfallenden Kosten der Regierungen an Investoren sicherzustellen, werden bei Vertragsabschluss Fonds bei externen Vermögensverwaltern angelegt oder Steuereinkommen verpfändet. Das heißt, dass das ohnehin karge Staatsbudget reduziert wird und nicht mehr beispielsweise für öffentlich finanzierte grüne Investitions- und Sozialleistungen zur Verfügung steht. Oder in anderen Worten: Risiko bleibt öffentlich, Profit privat.

Regierungen lassen sich dennoch auf De-risking ein, weil in

internationalen Handels- und Schuldverträgen nur „harte“ Währungen wie US-Dollar, Euro und Co akzeptiert werden. Um dennoch etwa grüne Infrastrukturprojekte bezahlen zu können, sind Länder des Globalen Südens seit den 1990er Jahren zunehmend auf Finanzmärkte angewiesen. Erlöse aus Rohstoffen – wegen kolonialer Kontinuitäten Hauptexporte des Globalen Südens – reichen angesichts hoher Preisschwankungen und langfristig fallender Preise nicht aus. Doch die marktbasierende Finanzierung schafft neue Abhängigkeiten: Sie erfordert ein permanentes Bekenntnis zur Liberalisierungsagenda, Zahlungsbereitschaft und ein offenes Ohr gegenüber Investoreninteressen. Dies zementiert globale Ungleichheit.



ÜBER FÜHRUNG

Der Aufstieg der autoritären Parteien zeigt, dass es wieder Bedarf an Führern gibt. Die Frage ist, wie zeitgemäße liberaldemokratische Leadership aussieht, die Krisen nicht eskaliert, sondern politisch bearbeitet?

Mit der Unternehmensführerin **Marie-Luise Wolff** (entega), der Schriftstellerin **Sibylle Berg**, der Schauspielerin **Katja Riemann**, der Publizistin **Samira El Ouassil**, der Historikerin **Hedwig Richter**, der Politikerin **Diana Kinnert**, der Integrationsexpertin **Bilkay Kadem** – und natürlich **Harald Welzer**.

Vier Ausgaben für 30 Euro:

tazfutzurzwei.de/abo
futzurzwei.abo@taz.de
T (030) 25 902 200



FUTURZWEI-Abo-Prämie

Limitierter Siebdruck auf Bio-Baumwollrucksack gestaltet von Donata Kindesperk für taz FUTURZWEI

taz FUTURZWEI
Magazin für Zukunft und Politik

Seltener in der Firma bedeutet weniger Produktion, weniger Wachstum, weniger Vermögen – so die Lehrmeinung. Tatsächlich arbeiten viele, aber die sind nicht vermögend. Deshalb der Vorschlag: Die Arbeit reduzieren und verteilen, das Kapitalvermögen umverteilen und so am Ende das Klima schützen



Arbeitsfrei und Spaß dabei, völlig klimabelastungsfrei
Foto: Jeffery Erhuse/ Unsplash und

Eine Frage der Umverteilung: Weniger arbeiten fürs Klima

Von Kathy Ziegler

Hey, Freitag, endlich Wochenende! Ich freu mich, nicht weil ich ausschlafen kann, sondern weil ich im Kiez-Gemüsegarten dran bin. Seit ich neun Stunden pro Woche arbeite, ist mein Alltag viel cooler geworden. Meistens arbeite ich online von zu Hause und kann mir das super einteilen. Ich habe jetzt Zeit für soziale Projekte in der Kita oder bei der Bürgerenergie im Stadtviertel.

So könnte das Arbeiten in der Zukunft aussehen, wenn wir die Arbeitszeit auf 9 Stunden pro Woche kürzen. Das empfiehlt Philipp Frey in seiner Studie „The Ecological Limits of Work“. Denn mit dieser Wochenarbeitszeit könnte es uns gelingen, die Pariser Klimaziele einzuhalten. So hat es der Wissenschaftler vom Karlsruher Institut für Technologie ermittelt.

Klar können wir nicht von heute auf morgen die Arbeitszeit so radikal kürzen. Aber in der Coronakrise haben wir erlebt, wie die Emissionen durch das veränderte Arbeiten gesunken sind. Könnte mehr Digitalisierung helfen, das Klima zu retten, weil mehr Menschen von zu Hause arbeiten? Steffen Lange

vom Institut für ökologische Wirtschaftsforschung sagt: Ja. Aber. Mehr Digitalisierung verbraucht mehr Strom, verursacht einen höheren Ressourcenverbrauch wegen der steigenden Zahl an Geräten. Derzeit gehen 8 bis 10 Prozent des Stromverbrauchs und 5

Ohne eine Transformation der Gesellschaft und somit auch der Arbeit geht es nicht

Prozent des CO₂-Ausstoßes auf die Internetnutzung zurück. Solange der Strom nicht zu hundert Prozent aus erneuerbaren Energien kommt, kann die Digitalisierung nicht helfen, die Pariser Klimaziele zu erreichen, sagt Steffen Lange.

Ohne eine Transformation der Gesellschaft und somit auch der Arbeit geht es nicht. Der Druck auf die Industrie ist ohnehin hoch, aber

nicht nur wegen des Klimaschutzes. Branchen wie Energieversorger oder Automobilindustrie befinden sich mitten im Strukturwandel. Die IG Metall hat deshalb bereits ein Transformationskurzarbeitergeld und eine Vier-Tage-Woche vorgeschlagen. Das Transformationsgeld könnte Beschäftigte sozial absichern – wie das Kurzarbeitergeld in der derzeitigen Coronakrise. Gleichzeitig könnten sich Betroffene sich für andere Jobs weiterbilden.

Eine generelle Arbeitszeitverkürzung würde auch zu mehr „Beschäftigungsgerechtigkeit“ führen, sagt Margareta Steinrücke. Sie hat viel zu Arbeitszeit geforscht und ist Mitglied in der Attac-AG „ArbeitFAIRteilen“. Durch die Verkürzung soll die Arbeit auf mehr Menschen verteilt werden. Finanziert werden könnte die Arbeitszeitverkürzung schrittweise durch Vermögens-, Erbschafts- und Bodenwertsteuer und Anhebung des Spitzensteuersatzes, schlägt Steinrücke unter anderem vor. Auch die Unternehmen müssten ran: Seit den 80er Jahren sei die Lohnquote, der Anteil der Löhne am Bruttoinlandsprodukt (BIP), gegenüber dem Kapitalvermögen gesunken, so Steinrücke.

Jetzt eine 30-Stunden-Woche bei vollem

Lohnausgleich einzuführen, würde nur die Schieflage der vergangenen Jahre korrigieren. Darin sind sich Margareta Steinrücke und Philipp Frey einig. Die bereinigte Lohnquote, gemessen am BIP, lag 2018 bei 56,7 Prozent. Das ist weniger als 1970 mit 65,6 Prozent.

Mit einer Arbeitszeitverkürzung lässt sich aber nicht nur das Klima schützen, sondern auch Beschäftigungsgerechtigkeit herstellen. Erwerbsarbeit könnte so auf alle verteilt werden, dass jeder die Chance eines existenzsichernden Einkommens, Anerkennung, gesellschaftliche Teilhabe und Einfluss hat, sagt die Arbeitszeitforscherin Steinrücke. Arbeit werde ohnehin wegen Digitalisierung und Automatisierung auf lange Sicht knapper.

Und noch eine gesellschaftlich wichtige Komponente wird durch Arbeitszeitverkürzung erreicht: Geschlechtergerechtigkeit. Die Verringerung von Erwerbsarbeitszeit ermöglicht allen, mehr Haus- und Fürsorgearbeit, aber auch mehr soziale und ehrenamtliche Aufgaben zu übernehmen. Die Lebensqualität aller würde sich radikal verändern. Letztlich: Mit der Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit schaffen wir auch den gesellschaftlichen Systemwechsel.

KOSTENLOS LESEN

presente — Magazin der CIR mit Beiträgen zu:

- Corona- und Klimakrise zusammen-denken — ist das möglich?
- Perspektiven und Forderungen aus Mittelamerika
- Gespräch zwischen FFF-Aktivistin Carla Reemtsma aus Deutschland und Klimaaktivist Adan Lozano aus Honduras
- Gastbeitrag der Heinrich-Böll-Stiftung zu Klimapolitik und Klimaschutzmaßnahmen

Vom Klimaschutz zur Klimagerechtigkeit

Download unter: www.ci-romero.de/presente-2020-3

GREENIFY OUR FUTURE!

10% Rabatt mit 'klima'

LET'S SAVE OUR PLANET!

AND EAT GREEN PETFOOD!

GREEN PETFOOD

**Der Gutschein gilt für alle Hunde- und Katzenfuttermittel in unserem Onlineshop. Nur für Neukunden ab einem Mindesteinkaufswert von 16 €. Gültig bis 31.12.2020 | www.green-petfood.de/fridaysforfuture*



Es ist schön, sich moralisch überlegen zu fühlen. Aber ist es auch effektiv?
Foto: David Luys

Konsumkritik als Placebo

Von David Luys

Gefahr! Die Menschen hierzulande leben unter einer omnipräsenten Bedrohung! Das Grauen lauert hinter T-Shirts, Spülmittel oder Milch: Bloß nicht das Falsche kaufen! Bloß nicht mitschuld sein am Klimawandel!

An die Hand genommen werden die verunsicherten Konsument*innen reihenweise von Sachbüchern, Zeitschriften und Fernsehshows, in denen dem Bösen auf den Grund gegangen wird: Was ist ethisch vertretbar, was darf konsumiert werden? Und so steuern die Massen die Supermarktregele an, bestens darüber informiert, wie hoch etwa der Wasserverbrauch bei der Produktion der Müsliverpackung im Detail war.

Was dahinter steckt, ist die Angst vor dem Klimawandel. Darüber steht in dieser Zeitung viel geschrieben und ich trete uns Autor*innen wohl nicht zu nahe, wenn ich uns allen eine gewisse Verzweiflung attestiere. Wir wissen über die heranahende Katastrophe und wer einmal den Versuch unternommen hat, den eigenen CO₂-Fußabdruck zu berechnen, weiß, zu welchen Schuldgefühlen das führen kann. Und weil wir am eigenen Konsum am leichtesten etwas ändern können und es attraktiv ist, moralisch richtig zu handeln, geben wir uns als kritische Konsument*innen.

Und weil es noch attraktiver ist, anderen Menschen die eigene Unbeflecktheit demonstrativ unter die Nase zu reiben, üben wir fleißig Konsumkritik. Doch wer den Konsum kritisiert, die zugrundeliegenden Verhältnisse aber unange-

tastet lässt, versagt sich jedem kritischen Gedanken und wird letztlich gar nichts verändern. Denn in einem System, das ewiges Wachstum erzwingt, ist der private Konsum nebensächlich.

Jetzt könnte man meinen, Öko, Bio, Fair Trade, all das sei unnötiger Quatsch, weil wir damit effektiv wenig ändern. Also kaufen wir weiter das Ein-Euro-Schnitzel und fühlen uns intellektuell überlegen, sobald wir diesen kritischen Konsument*innen die sieben magischen Worte entgegenhalten: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“. Doch Theodor W. Adorno, der allzu oft auf dieses Zitat reduziert wird, meinte damit nicht, dass erst in der befreiten Gesellschaft ethisch richtige Entscheidungen getroffen werden könnten. Es gibt eben falsch und weniger falsch, klimaschädlich und weniger klima-

„

Wer einmal den Versuch unternommen hat, den eigenen CO₂-Fußabdruck zu berechnen, weiß, zu welchen Schuldgefühlen das führen kann

schädlich. So spricht gar nichts gegen bedachten Konsum und wer es sich leisten kann, auf Plastikverpackung zu verzichten, soll das bitte tun. Der Klimawandel ist mit Konsumkritik nicht aufzuhalten, doch Ohnmacht angesichts der bestehenden Verhältnisse ist noch kein Grund, in Zynismus zu verfallen und gedankenlos zu konsumieren.

Was also tun? Um dem Klimawandel etwas entgegenzusetzen, muss der Kapitalismus überwunden werden. Auf die Politik ist dabei kein Verlass, über den parlamentarischen Weg lässt sich kein System überwinden. Das Wasser steht uns längst bis zum Hals. Was man tun kann, zeigen Klimagruppen wie Ende Gelände tagtäglich. Lasst uns den Systemwandel also selbst in die Hand nehmen! Und wer es sich leisten kann, darf dabei gern fair gehandelte Kleidung tragen.

taz genossenschaft

NICHT VOM KLIMA ABKOMMEN

Demokratische Gesellschaften brauchen eine unabhängige Presse



Setzen Sie ein Zeichen für Meinungsvielfalt und gegen Meinungsmache. Werden Sie Mitglied der taz Genossenschaft. Mit einer Einlage ab 500 Euro (wahlweise auch in 20 Raten zahlbar) können Sie MiteigentümerIn werden.

geno@taz.de | T (030) 25 90 22 13 | genossenschaft.taz.de

Die Klimarevolution beginnt in der Schule

Die Schule prägt wie keine andere Institution die Identität einer ganzen Generation. Doch Entscheider*innen überbieten sich in konservativer Ideenlosigkeit

Von Kira Geadah und Linus Steinmetz

„Irgendwann wirst du dich nach deiner Schulzeit sehnen“, das kriegen wir oft gesagt – zusammen mit der Empfehlung für unsere Zukunft freitags zu schwänzen, lieber die Schulzeit zu „genießen“. Und ja, vielleicht werden wir uns irgendwann an diese Zeit zurücksehnen, aber bestimmt nicht weil es so interessant war, stundenlang einer Lehrkraft bei der Erklärung mathematischer Graphen zuzuhören. Vielmehr werden wir uns erinnern, wie viel Zeit wir „damals“ noch hatten. Zeit, um die Kurve der Klimakrise in die -katastrophe noch abzuwenden.

Unser derzeitiges Schulsystem versteht sich primär als Produzent von hochqualifizierten Arbeitskräften für die Wirtschaft. Einzelne Lehrer*innen können noch so viel bewegen, der Schulalltag dreht sich dennoch um Konkurrenz und quantifizierbare Lernleistungen – um Noten und Punkte. Dabei können diese gar nicht objektiv verglichen werden. Die Leistungsmessung in Form von Massen an Klausuren und Präsentationen,

wie sie alle halbe Jahr auf Schüler*innen zukommen, beruht auf einer rückständigen Idee von Belohnung und Strafe.

Dazu kommt der Anspruch der Stoffproduktion zum richtigen Zeitpunkt, welcher zur Folge hat, dass Schüler*innen nur noch für bestimmte Examen lernen und

Die Schule kann wie keine andere vergleichbare Institution die Identität einer ganzen Generation prägen

den Inhalten gegenüber eine immense Gleichgültigkeit entwickeln. So können sie das Verständnis komplexer Zusammenhänge, eigenständiges, kritisches Denken und Handeln nicht entfalten. Dabei ist es genau das, worauf es beim Kampf gegen

die Klimakrise in Zukunft ankommen wird.

Während vorherige Generationen für eine schöne, sichere Zukunft für sich und die Folgegenerationen arbeiteten, sind wir die erste, für die eine Zukunft rein klimatechnisch nur schlechter werden kann. Die Schule prägt, wie keine andere Institution, die Identität einer Generation. Deshalb ist es jetzt an der Zeit, mutig voran zu schreiten, bereits vorhandene Ansätze für ein zeitgemäßes Bildungssystem umzusetzen und hier der Klimakrise aktiv entgegenzuwirken.

Parteien, Politiker*innen und Entscheidungsträger*innen überbieten sich derzeit mit übermäßiger Vorsicht und konservativer Ideenlosigkeit, was unsere Zukunft fundamental gefährdet. Deshalb setzen wir auf interessierte, kritisch denkende und engagierte junge Menschen.

Die Klimakrise ist eine Jahrtausendkrise. Sie ist zu heftig, zu groß und zu dringlich, als dass Gleichgültigkeit, Bürokratie und alte Lehr- und Lernformen die Zukunft ganzer Generationen bestimmen dürfen. Wir brauchen Klimarevolutionen in der Schule – jetzt!

Das Einfache,
das so schwer
zu machen ist:
Zusammen
eine neue
Zukunft
erfinden
Foto: My life
through a
lense/Unsplash



Zum Glück haben wir gehandelt

Konnten wir schon 2035 eine klimaneutrale, gerechte, demokratische und offene Gesellschaft erreichen? Ja, das war möglich. Ein Blick zurück aus der Zukunft

Von **Lukas Gress**

Es ist September – im Jahr 2035. Wir können heute sagen: Wir haben es geschafft! Wir haben Deutschland klimaneutral gemacht. Wir haben das Schlimmste abgewendet, weil wir unter 1,5 Grad Erderhitzung geblieben sind. Aber das ist nicht alles. Wir mussten unsere Gesellschaft grundlegend neu denken – und wir haben die Chance ergriffen, sie gerechter, demokratischer und offener zu machen.

Als 2019 erstmals millionenfach Menschen mit Fridays for Future auf

die Straßen gegangen sind, wehrten sich die alten Kräfte in der Politik mit allem, was sie hatten. Eine Front aus Politiker*innen und Lobbyist*innen aus der fossilen Industrie hatten über Jahrzehnte ein System aufgebaut, das den Reichtum für einige wenige privilegierte Menschen immer größer werden ließ, während die Allgemeinheit den Preis dafür zahlte. Als dann die Coronapandemie über uns hinwegfegte, begriffen immer mehr, dass unser altes System zerbrechlich war und unfähig, den Bedürfnissen der Menschen zu begegnen, ohne unsere Lebensgrundlage zu gefährden. Wir begannen, den Status quo zu hinterfragen und so entwickelte sich ein breiter gesellschaftlicher Diskurs, wie wir die Zukunft gestalten wollen. Wir erarbeiteten einen klaren Plan – eine Vision für die Zukunft – der leiten sollte. Mit dieser Vision wurde die Bewegung noch stärker und lauter. Wir machten jede Wahl zur Klimawahl, wählten 2021 einen progressiven, jungen und diversen Bundestag, der die Neuausrichtung unseres Landes in die Wege leitete.

Wir wiesen große Konzerne in ihre Schranken und formten eine Gesell-

schaft, die für alle Menschen da ist. Durch die klare Zielsetzung, beim wirtschaften die Menschenrechte zu erfüllen und gleichzeitig unsere planetaren Grenzen einzuhalten, schufen wir ein System, das intelligent auf unsere Bedürfnisse reagiert und Gerechtigkeit schafft. Wir merkten dabei, dass wir die ganze Zeit genug gehabt hatten, es nur falsch und ungerecht verteilt hatten. Heute muss kein Mensch mehr hungern – weder hier, noch sonst wo. Wir begannen, die Arbeit von Müttern, Lehrer*innen, Care-Arbeiter*innen und all den anderen sozialen Tätigkeiten wirklich wertzuschätzen. Heute dient die Wirtschaft uns – statt wir der Wirtschaft.

Wir reformierten auch unser demokratisches System, sodass alle Menschen gleiche und weitreichende Beteiligungsmöglichkeiten hatten. Mit Hilfe von Bürger*innenräten und der Digitalisierung haben wir die alten Machtverhältnisse weitestgehend zurückgedrängt und echte Demokratie geschaffen.

Nach dem Prinzip der Subsidiarität werden Probleme heute dort gelöst, wo sie Menschen betreffen. Dabei haben

wir auch gemerkt, dass wir zusammen und solidarisch viel erfolgreicher und glücklicher sein können. Deshalb ist unsere Gesellschaft heute von einem tiefen Respekt für andere geprägt. Wir gestehen es jedem Menschen zu, sich frei zu entfalten und arbeiten gemeinsam daran, alte rassistische, sexistische, homophobe, transphobe und sonst wie diskriminierende Machtstrukturen abzubauen. In der Vielfalt liegt unsere Stärke.

Wir erarbeiteten einen klaren Plan – eine Vision für die Zukunft – der uns leiten sollte

Natürlich spielte die Klimakrise in dieser Zeit eine große Rolle. In Deutschland forderten die Hitzesommer der 2020er Jahre viele Tausende Tote. Ernten fielen aus, Wälder vertrockneten, das Grundwasser wurde knapp. Weltweit sorgte die Klimakrise für viele Millionen Geflüchtete und Tote. Hier zeigten wir uns selbstverständlich so-

lidarisch und gingen unserer Verantwortung für die Klimakrise nicht länger aus dem Weg. Viele Menschen arbeiten heute in der Wiederherstellung der Ökosysteme hier und in den Teilen der Welt, die noch viel stärker getroffen wurden. So können wir uns halten, auch wenn es nicht immer einfach ist. Aber in Zeiten großer Bedrohung hat sich letztlich gezeigt, dass die Menschen zusammenrücken.

Blickt man heute zurück, muss man sagen: Zum Glück haben wir gehandelt. Erst, als wir schon fast in den Abgrund gerutscht waren, haben wir uns zusammengerissen und eine neue Welt für alle Menschen geschaffen. Eine Welt, die fortschrittlich, gerecht und offen ist. Eine Welt, in der Kunst, Kultur und das Zwischenmenschliche wie nie zuvor floriieren können. Weil wir erkannt haben, was wirklich zählt.

Vielleicht denkst du jetzt, das sind alles schöne Worte – unerreichbar. Aber ich sage dir: Wir können das zusammen schaffen. Wir brauchen nur den Mut, uns eine bessere Welt vorzustellen. Lass uns heute damit anfangen. Lass uns freitags für die Zukunft auf die Straße gehen!

taz  abo

taz Verlags- und Vertriebs-GmbH, Friedrichstraße 21, 10969 Berlin

Aboprämie:

Knallrot und knallscharf – die Pfeffermühle aus Buchenholz kann auch für Salz und getrocknete Gewürze verwendet werden. Mahlwerk aus rostfreier Keramik, 25 Jahre Garantie. Höhe: 22 cm, Ø 6 cm, taz-gelabelt. Dazu gibt's guten schwarzen Pfeffer aus biologischem Anbau.



Ein Pakt mit der taz

Solipakt!
Ein Abo,
drei Preise
taz.de/paemien

Das ist in der Zeitungslandschaft fast einmalig: Unsere Abonnent*Innen können sich unter drei Preisen aussuchen, wie viel sie bezahlen möchten, denn beim Abo gilt der taz Solidarpakt.

Wer mehr als den Standardpreis für ein taz Abonnement zahlt, ermöglicht es Menschen mit geringeren finanziellen Spielräumen, sich ebenfalls ein taz Abo zu leisten,

Ein Abonnement der gedruckten taz kostet 66,90 Euro/Monat/ politischer Preis 54,90 Euro/ Standardpreis oder ermäßigt 35,80 Euro. Eine Prämie bekommen Sie für ein unbefristetes Abo zum Standard- oder politischen Preis mit einer Mindestlaufzeit von einem Jahr. Auslandsabo zzgl. Porto: 1,80 Euro / Ausgabe.

(030) 2590 2590 | abomail@taz.de

Weitere Aboangebote für die gedruckte und digitale taz finden Sie unter taz.de/abo



In Starkenburg zeigt die Energiegenossenschaft, wie Bürgerenergie geht. Drei Windräder betreibt sie bereits direkt
Foto: Energiegenossenschaft Starkenburg

Auf die Dächer, fertig, stopp?

Bürgerenergie ist der Schlüssel für die Energiewende. Aber schon der bloße Beantragungsaufwand ist fatal, sodass das Potenzial nicht ausgeschöpft wird

Von Marco Gütle und Friederike Treuer

Bürger*innen sind die aktivsten Unterstützer*innen der Energiewende. Lange vor den Stromkonzernen haben sie den Ausbau der Erneuerbaren vorangetrieben. Doch obwohl die Mehrheit der Gesellschaft sich somit deutlich für einen ambitionierten Ausbau von erneuerbaren Energien ausspricht, liegen die Klimaziele der Bundesregierung noch in weiter Ferne. Wer genauer nachfragt, sieht: Es fehlt Schwung hinter der dezentralen Energiewende. Was aber hemmt den weiteren Ausbau der Bürgerenergie? Welche gesetzlichen Hindernisse erschweren die Nutzung, und was muss sich ändern, damit die vorhandenen Flächen genutzt werden können und die Energiewende vorankommt?

Mehr als ein Drittel der Eigentümer*innen von erneuerbaren Anlagen in Deutschland sind bereits heute Privatpersonen. Das klingt viel, das Potenzial ist aber längst nicht ausgeschöpft. Wer einmal gesehen hat, wie viele Anträge nötig sind, um ein einziges Windrad in Betrieb zu nehmen, der lässt es ganz schnell wieder bleiben.

Dass der bloße Beantragungsaufwand zum Hindernis wird, ist fatal. Denn ohne den deutlichen Ausbau von erneuerbaren Energien wird Deutschland seine Klimaschutzziele

nicht erreichen. Um die Energiewende nachhaltig voranzubringen, braucht es ein dezentrales, von Bürger*innen getragenes System. Bürgerenergie ist der Schlüssel für die Transformation zu einem umweltbewussten und sozialen System – getragen von Einzelpersonen, Genossenschaften, Hauseigentümern, kleinen und mittleren Unternehmen oder durch von Kommunen getragenen Stadtwerken.

Was es braucht, um die Energiewende durch Bürgerenergie voranzubringen, sind entsprechende Rahmenbedingungen. So kann es nicht sein, dass die eigene Nutzung des selbst produzierten Stroms Umlagen, Abgaben und Gebühren unterliegt. Kleine Bürgerenergieprojekte müssen von verpflichtenden Ausschreibungen freigestellt werden, um unbürokratisch voranzukommen. Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften müssen so anerkannt werden, dass ihnen keine Nachteile entstehen und *Energy Sharing* gelingt. In den Bürger*innen liegt das größte Potenzial für die dynamische Entwicklung und die Stärkung der erneuerbaren Energien. Ihre aktive Partizipation muss endlich ermöglicht und genutzt werden!

Bürgerenergie Berlin

Während viele Dächer von Einfamilienhäusern auf dem Land heute schon Solaranlagen tra-

gen, sieht es auf den Dächern Berlins und anderer Großstädte noch mau aus. Damit sich das ändert, arbeiten Christoph Rinke und seine MitstreiterInnen von der Genossenschaft BürgerEnergie Berlin an der urbanen Energiewende. Beispielsweise mit solaren Mieterstromanlagen, die sie letztes Jahr auf den Dächern zweier Wohnkomplexe errichtet haben. Deren Bewohner*innen können nun günstigen Sonnenstrom vom eigenen Dach beziehen. „Mit unseren Mieterstromprojekten

„Unser Motto ist: Wer auf ein Windrad schaut, der soll auch den Nutzen haben“

Micha Jost, Vorstand Energiegenossenschaft Starkenburg eG

bringen wir die bürgereigene Energiewende in die Stadt“, sagt Rinke. Die Idee: „Wir produzieren die Energie dort, wo sie gebraucht wird.“

Doch die gesetzlichen Regulierungen machten es unnötig kompliziert, findet Rinke. Die Förderung nach dem Erneuerbaren-Energie-Gesetz – der sogenannte Mieterstromzuschlag – ist durch die Degression im EEG de facto ausgelaufen. Auch vorgeschriebene Messkonzepte bremsen die Genoss*innen im-

mer wieder aus. „Wirtschaftlich ist Mieterstrom kaum noch umsetzbar. Eine Anhebung der Förderung und eine bilanzielle Verrechnung der Energie vom eigenen Dach wären eine spürbare Verbesserung“, so Rinke. Wenn es nach den Genoss*innen geht, hätten bald alle Berliner Miethäuser bürgereigene Solarkraftwerke: „Jetzt ist die Politik am Zug!“

Energiegenossenschaft Starkenburg

Die Energiegenossenschaft Starkenburg eG aus dem südhessischen Heppenheim hat in ihrer Region bereits sieben Windkraftprojekte mit hoher Beteiligung von Bürger*innen aufgebaut. Genossenschaftsvorstand Micha Jost sagt: „Unser Motto ist: Wer auf ein Windrad schaut, der soll auch den Nutzen haben. Deshalb legen wir größten Wert darauf, dass Bürgerinnen und Bürger im Projektumfeld an den Windparks finanziell über Genossenschaftsanteile beteiligt sind.“ So könne man den selbst erzeugten Strom auch über den Stromtarif der Dachgenossenschaft Bürgerwerke an Bürger*innen verkaufen. Das helfe ungemein, die Akzeptanz vor Ort zu steigern: „Die Menschen identifizieren sich mit ihrem Windrad. Damit schließt sich der Kreislauf. Sauberer Strom, sauber vermarktet und das alles auch noch in Bürgerhand.“

Stonewall, Black Lives Matter und Ende Gelände – warum Kämpfe zusammen-gedacht werden müssen

Queere Menschen sprengen eingefahrene Wege und Normen und haben schon deshalb viel widerständiges Potenzial

Von Dante Davis und Freddie Diallo

Während in den letzten Jahren immer mehr die Notwendigkeit von feministischen Perspektiven auf die Klimakrise anerkannt wird, werden queere Menschen, wie trans* oder inter* Personen, oft vergessen. Dabei sind besonders die Perspektiven von queeren Black, Indigenous und People of Color wichtig für die Klimagerechtigkeitsbewegung.

Das liegt nicht nur daran, dass alle Perspektiven wichtig sind, um eine gerechte Gesellschaft zu erschaffen, vor allem die bislang marginalisierten Perspektiven. Queere Perspektiven haben auch ein widerständiges Potenzial, da queere Menschen gesellschaftliche Normen hinterfragen.

Feministische Theorien betrachten oft die Rolle von Geschlecht in kapitalistischer Ausbeutung: nämlich die Aufteilung in die männliche, bezahlte Produktions- und die weibliche, kaum bezahlte Reproduktionsarbeit wie Haushalt, Pflege und Kindererziehung. Queere Menschen stellen diese Geschlechteraufteilung alleine durch ihre Existenz in Frage, da sie zum Beispiel nicht immer Frauen oder Männer sind beziehungsweise nicht in heterosexuellen Partnerschaften leben. Sie sind kapitalistisch nicht so „verwertbar“ und darin steckt ihr widerständiges Potenzial.

Und sie sprengen die Heteronormativität. Dabei profitieren aber etwa weiße queere Menschen immer noch von Rassismus und rassistischer Ausbeutung. Deshalb können wir beobachten, dass es auch queere Personen gibt, die die gesellschaftlichen Machtstrukturen aktiv unterstützen – wie zum Beispiel Jens Spahn oder Alice Weidel.

Queere Menschen, die in vielerlei Hinsicht marginalisiert sind, fallen oft aus der Gesellschaft heraus. Wenn Menschen strukturell ausgeschlossen werden, durch Rassismus oder Klassismus, dann kann das bedeuten, dass sie besonders von den Wetterextremen des Klimawandels betroffen sind: LGBT-Jugendliche sind doppelt so oft obdachlos wie heterosexuelle. Es kann aber auch bedeuten, dass sie in ihren Communitys schon einmal üben, wie das Gute Leben für alle aussehen kann.

Wenn wir das Leben vieler queerer BIPOC betrachten, dann sehen wir, dass sie nicht nur diskriminiert werden aufgrund ihrer sexuellen oder Geschlechtsidentität, sie erfahren auch Rassismus. Die Überschneidung und das Zusammenwirken von verschiedenen Machtverhältnissen und Diskriminierungsformen wird Intersektionalität genannt. Queere BIPOC erleben nicht nur Rassismus in der Mainstream Gesellschaft, sondern auch in vermeintlich toleranteren queeren Räumen. Laut einer Erhebung eines britischen LGTBQI Verbandes 2018 erlebten 51 Prozent der befragten BIPOC Rassismus innerhalb der queeren Welt. Bei queeren Schwarzen Menschen allein sind es 61 Prozent. Queere BIPOC werden öfter fetischisiert und diversen Klischees zugeteilt. Dabei waren es mehrfach marginalisierte Personen wie Marsha P. Johnson, eine Schwarze trans* Frau und Sexarbeiterin, die für die Rechte aller queeren Menschen gekämpft haben. Seit dem Mord an George Floyd und den wiederauflebenden Diskussionen über Anti-Schwarzen Rassismus, wird auch darüber nachgedacht, inwiefern queere BIPOC, insbesondere trans* Personen innerhalb der Black-Lives-Matter-Bewegung mitgedacht werden. Immer wieder erfahren wir von der Ermordung Schwarzer trans* Personen – alleine in den USA 130 Personen seit 2013! Daher braucht es dringend mehr antirassistische Haltung innerhalb der LGTBQI+ Bewegung, damit queere Räume zu *Safer Spaces* für queere BIPOC werden können. Gleichzeitig fordern wir von der Klimagerechtigkeitsbewegung mehr intersektionales Denken und das Mitdenken von Queers und BI_PoC nicht nur als Betroffene des Klimawandels, sondern auch als Mitstreiter_innen und Gestalter_innen einer gerechten Welt.



Aktivist*innen protestieren im März 2019 im Bundestag für mehr Klimaschutz
Foto: Christian Mang

In die Politik aus Notwehr

Die Politik und ihre Strukturen sind nicht nur Teil des Problems, sie sind das Problem. Was motiviert also Menschen aus der Klimagerechtigkeitsbewegung, für Parlamente zu kandidieren?

Von André Rösner

Erlangen, Düsseldorf, Rheinland-Pfalz, Berlin, Köln, Kempten und Nottuln. In diesen und weiteren Städten, Gemeinden und Bundesländern wird auf den kommenden Wahlzetteln eine neue Partei oder Wahlliste zu finden sein. Nicht alle tragen den Namen „Klimaliste“, doch sie alle verstehen sich als Teil einer Bewegung. Was treibt die Akteur*innen in diese Form der Politik? Wo liegt die erwartete Wirksamkeit, und welche Reaktionen bekommen sie jetzt schon zu spüren?

Das Paris-Abkommen als politische Maxime: „Wir haben eine starke Notwendigkeit der Klimakrise vor Augen.“ Dieser Dringlichkeit wird laut Maurice Conrad (Klimaliste Rheinland-Pfalz) aber aktuell von keinem politischen Akteur mit angemessenen Angeboten begegnet. Dies wollen Klimalist*innen und ähnliche Zusammenschlüsse mit derselben minimalen politischen Forderung ändern: Die Einhaltung der 1,5°-Grenze und die Berücksichtigung der Treibhausgasbudgets des Pariser Klimaabkommens muss als Maxime jedes politischen Handelns gelten.

Die verschiedenen Vertreter*innen, mit denen ich gesprochen habe, verstehen sich als Teil der globalen Klimagerechtigkeitsbewegung. Klimalist*innen und Parteien werden als Möglichkeit verstanden, die Perspektiven der Bewegung und ihre Weltanschauung auf die Wahlzettel, in den Wahlkampf

und die Parlamente zu bringen. „Schon im Wahlkampf setzen wir das Thema Klima. Alle Teilnehmenden des Wahlkampfes müssen sich damit auseinandersetzen – die müssen sich an dem Thema reiben, die müssen sich an uns reiben“, beschreibt Karim aus Erlangen die Wirkung der Klimalist*innen bereits im Vorfeld der bayrischen Kommunalwahlen 2020.

Nicht mehr handzahn

„Viele, die schon in der Politik sind, finden es ein wenig frech“, stellt Greta aus Mainz (Klimaliste Rheinland-Pfalz) in Bezug auf die Reaktionen anderer Parteien und Politiker*innen auf die Gründung der Klimaliste fest. „Die Klimaaktivist*innen, die vorher bei Fridays for Future waren, sind auf einmal nicht mehr handzahn“, analysiert Maurice diese Reaktionen. Das Kokettieren und Vereinbarwerden der Bewegung sei mit einer Klimaliste, die zur Wahl steht, so nicht mehr möglich. Hierdurch entstehe eine neue Art von Druck auf die Parteien, der viele politische Strategien der letzten Monate verwerfe. Gleichzeitig verschaffe man den Menschen in bestehenden Parteistrukturen Rückendeckung, die sich für einen angemessenen Umgang mit der Notwendigkeit der Klimakrise einsetzen, berichtet Celine (Klimaliste Düsseldorf).

„Wir möchten Entscheidungsprozesse öffentlich machen, wenn sie beginnen“, beschreibt Denise (radikal.klima) aus Berlin einen der oft genannten

Ansatzpunkte: die Öffentlichkeit politischer Entscheidungsprozesse. Es geht in den Gesprächen um Transparenz und um die Kontrolle der Akteur*innen in Parlamenten als eine entscheidende Motivation für die Menschen hinter den Klimalist*innen und Parteien.

Die Aufgabe der gewählten Vertreter*innen sei es, „auf die historische Verantwortung hinzuweisen“, die Entscheidungen

„

„Schon im Wahlkampf setzen wir das Thema Klima. Alle Teilnehmenden müssen sich damit auseinandersetzen – die müssen sich an dem Thema reiben, die müssen sich an uns reiben“

Karim, Klimaliste Erlangen

sichtbar zu machen, wo diese Verantwortung nicht beachtet wird, und sich hinter die Wissenschaft zu stellen.

Neben der politischen Abgrenzung zu bestehenden Parteien steht das Selbstverständnis der Klimalist*innen, keine parteilichen Strukturen aufbauen zu wollen. Die politische Ermächtigung, also die Aufstellung und Wahl der Listen-Kandidat*innen, soll möglichst nicht an die Strukturen geknüpft sein. „Jeder, der wollte, durfte bei uns mitmachen“, beschreibt Lukas von der Klimaliste Düsseldorf ihre Haltung auch gegenüber Mitgliedern demokratischer Parteien und Gruppierungen.

Kein Zuhause

In den Gesprächen zeichnete sich ein Bild der bestehenden Parteien ab: Sie seien immer ein eigener politischer Raum. Als solcher förderten sie Karrierezwänge auf der einen und Machterhaltungszwänge auf der anderen Seite und sie seien dadurch weitestgehend geschützt vor der Wirksamkeit des außerparlamentarischen Drucks und wissenschaftlicher Fakten.

Die Weltanschauung der Klimagerechtigkeitsbewegung ist keine, die in einer parteiähnlichen Struktur ein Zuhause finden könne, sondern ergibt sich aus der Realität der multiplen Krisen und bestehenden Ungerechtigkeiten. Lukas aus Düsseldorf nennt es in Bezug auf die Gefährdung des Planeten und menschlicher Lebensbedingungen treffend: „Politik aus Notwehr.“

An alle Sleepy Millennials: „Neuerfindung“ ist die neue Normalität

Von Fátima González-Torres

Spätestens die Wirtschaftskrise von 2008 hätte meine (privilegierten) zeitgenössischen Millennials wachrütteln müssen. Das Narrativ des liberalen Kapitalismus war in eine Identitätskrise geraten, ebenso wie unsere unvollkommene Demokratie. Das Ideal der Menschenrechte schien an Kraft zu verlieren.

Schnell beklagte die Welt, es fehle ein Gegenarrativ von „linker Seite“, was auch immer das bedeutet. Unzählige Autor*innen und Filmemacher*innen schlugen Ideen vor, nicht zuletzt Bergmann in „Utopien für Realisten“, Gameau mit seinem Dokumentarfilm „2040“ oder Neubauer und Repenning in „Vom Ende der Klimakrise“. Das scheint aber vielen nicht genug zu sein.

Vor einigen Wochen saß ich auf einer Parkbank mit einem guten Freund in unserer Heimatstadt in Madrid. Wir trugen beide eine Maske, wie es die jüngsten Maßnahmen gegen Sars-CoV-2 verlangten. Mein Kumpel kennt die genannten Werke bereits. Die nächsten zwei Stunden verbrachte er damit, Beweise zu finden, warum die darin zum Ausdruck gebrachten Ideen nicht funktionieren könnten. Zum Beispiel sei regenerative Landwirtschaft gut und logisch, sagte er, aber ohne eine Politik, die sie strukturell befördert – wozu das Ganze? Thunberg hat keinen Plan, sagte er. Ich verstehe die Dringlichkeit, aber was kommt nach dem Kapitalismus, was ist ihr Narrativ?

Als wir so auf der Bank saßen und ich nur sein halbes Gesicht sehen konnte, in einer Situation, die sich alles andere als gewohnt anfühlte, dämmerte es mir. Er hatte sich demaskiert: mein Kumpel ist ein *Sleepy Millennial*.

Sleepy Millennials sind vom Weckruf 2008 nie komplett wach geworden. Manchmal ähneln sie den *Boomers*. Vielleicht weil wir langsam älter werden oder weil die Finanzkrise damals nicht alle gleich traf.

Liebe *Sleepies*, wenn die Coronakrise uns etwas beigebracht hat, dann dies: Die Welt, unser Leben kann und wird sich in Zukunft dauernd ändern. In einem unvorhersehbaren Klima passieren unvorhersehbare Dinge. Das Klima wartet nicht, wir müssen handeln. Schlagt es nach im alten Geschichtsbuch – Narrative werden immer im Hier und Jetzt geschrieben. Lasst die Menschenrechte euren Leitstern sein und fangt einfach an. Wir können nicht auf perfekt zusammengestellte Narrative warten. Unsere Ideale müssen wir uns täglich erkämpfen.

Greta, erinnerte ich meinen Kumpel, besitzt nun mal keinen Zauberstab. Die Ideen in diesen Werken waren als Denkanstöße gedacht. „Aber wo soll ich anfangen?“

Als Klima-Journalist*in habe ich viele überforderte Menschen getroffen, die nicht wussten, wie sie sich selbst, ihren Familien und ihren Gemeinschaften weiterhelfen sollten.

Saydou hat ohne einen einzigen Cent angefangen, verwüstetes Land in Burkina Faso aufzuforsten und hat nun dutzende finanzielle Unterstützer und über eine Million Bäume gepflanzt. Chima hat in ihrem von der Palmölindustrie beherrschten Dorf ein – dare I say – Gegenarrativ gewagt, durch eine Umweltschule, in der sie Kindern die Vorteile von regenerativer Landwirtschaft beibringt.

Neuerfindung. Das ist die neue Normalität. Ich weiß, es ist unangenehm. Etwa so wie diese Masken.

Marlene Ickert über Klimagerechtigkeit, Antirassismus und Queerfeminismus

Eine total intersektionale Bewegung? Da geht noch was!

Die Klimakrise macht nicht alle gleich, sondern verstärkt bestehende Ungleichheiten. Sozio-ökonomische Bedingungen beeinflussen, ob wir uns an die Folgen der Klimakrise anpassen können. Sexistische Strukturen und koloniale Kontinuitäten schreiben Hierarchien fort und bestimmen darüber, wessen Lebensgrundlage wie stark bedroht ist. Was gilt als schützenswert und wessen Stimme findet Gehör?

Es gibt keine Klimagerechtigkeit ohne Kapitalismuskritik, ohne Antirassismus und Queerfeminismus. Doch die Klimagerechtigkeitsbewegung wird diesem Anspruch nicht ausreichend gerecht.

Die Realität von weißen, cis-männlich dominierten Räumen muss viel stärker reflektiert werden. Dafür müssen wir intersektional denken: Wir müssen verstehen, wie unterschiedliche Betroffenheiten zusammenhängen, einander überschneiden und auch widersprechen. Und wir müssen den Blick auf mögliche Sollbruchstellen des intersektionalen Konzepts richten. Dann stellen sich Fragen, deren Nichtbeachtung das Potenzial von Intersektionalität zu untergraben droht.

Erstens: Werden alle Diskriminierungsformen mitgedacht? Hier kann es zum Beispiel darum gehen, eine antisemitismuskritische Perspektive zu erarbeiten und eine Kapitalismuskritik zu formulieren, die nicht verkürzend und strukturell antisemitisch ist.

Zweitens: Wird die sozio-ökonomische Frage adressiert? Wird also bei der Analyse der Auswirkung von Billigfleisch auf das Klima auch einbezogen, wer sich welche Lebensmittel leisten kann? Mit anderen Worten: Wer das Privileg hat, in den Industrieländern zu leben, hat nicht automatisch das Privileg, Biolebensmittel zu kaufen. Wenn das mitgedacht wird, ist Intersektionalität in der Lage, neben der Diversitäts- auch die Klassenperspektive mit einzubeziehen und diese vermeintlichen Gegensätze in einem verbindenden Narrativ aufzulösen.

Der Blick auf die Dimensionen der Klimagerechtigkeit zeigt: Wir brauchen eine queere Politik der Vielfalt, die patriarchale und rassistische Wirklichkeiten angreift. Und wir brauchen eine Politik, die die sozio-ökonomische Ungleichheit in die Zange nimmt. „Tiefrot und radikal bunt“ eben, wie Julia Fritzsche im gleichnamigen Buch fordert. Die intersektionale Perspektive macht unmissverständlich klar, dass wir auf dem Weg in eine klimagerechte Welt nicht nur für wirklich grüne Klimapolitik kämpfen müssen, sondern auch für tiefrote Transformation und radikal bunte Lebensformen.

Zusammen anpacken: Hier werden 200 Bäume gepflanzt
Foto: Barbara Ritzkowski



„Unser Ziel sollte sein, alle migrantischen Communitys zu erreichen“

Gülcan Nitsch und Martin Ladach engagieren sich bei der Umweltorganisation Yeşil Çember und dem Bergwaldprojekt e.V. Gemeinsam pflanzen sie gesunde Wälder

Interview **Lena Gärtner**

Die heißen und trockenen vergangenen Sommer zeigen enorme Auswirkungen auf unsere Wälder. Um sie zu erhalten und ihre Widerstandsfähigkeit zu erhöhen, organisiert das Bergwaldprojekt e.V. seit 1991 ökologische Arbeitseinsätze im Wald, Moor und Offenland. Jährlich sind 3.000 Freiwillige beteiligt.

Die Umweltorganisation Yeşil Çember (Türkisch für Grüner Kreis) aktiviert seit vielen Jahren insbesondere türkischsprachige Menschen in Deutschland für den Umweltschutz und verbreitet nachhaltige Lebensstile. Sie setzt sich unter anderem mit niedrighwelligen Aufklärungsmaterialien und Schulungen für eine Umweltbildung ein, die für alle zugänglich ist.

Gülcan Nitsch und Martin Ladach von den beiden Organisationen erzählen über ihre Zusammenarbeit.

taz: Wie umweltbewusst ist die türkische Community?

Gülcan Nitsch: Der Informationsbedarf ist sehr hoch, Klimaschutz wird zu wenig debattiert. Wenn die Menschen aber durch unsere Angebote erfahren, wie stark unsere Zukunft von unserem CO₂-Fußabdruck abhängt und jede*r handeln muss, kommt es oft zu Verhaltensänderungen. Der ökologische Lebensstil wird anderen vorgelebt, und es wird über den Ernst der Lage diskutiert.

Wie ist eure Kooperation entstanden?

Martin Ladach: Das Bergwaldprojekt versteht sich als Plattform für alle, die aktiv Verantwortung für den Schutz der Ökosysteme übernehmen möchten. Manche gesellschaftlichen Gruppen haben es offensichtlich leichter, auf die Plattform zu kommen – am Abbau der Hürden, die es zum Beispiel für Menschen mit Migrationshintergrund gibt, wollen wir arbeiten und benötigen dafür Unterstützung.

Nitsch: Ich wollte interkulturelle Erfahrungen ermöglichen. **Was habt ihr bereits durchgeführt?**

Ladach: 2019 war ich auf einer Führung eingeladen, die Yeşil Çember regelmäßig organisiert. In den brandenburgischen Wäldern haben wir die dramatischen Folgen der Klimakrise deutlich gesehen. Etwas später hat das Bergwaldprojekt in der Nähe mit 200 Freiwilligen einen Pflanztag durchgeführt. Darunter waren auch 20 Personen über Yeşil Çember angemeldet. Gemeinsam wurden an einem Tag 3.000 standortheimische Bäume für einen naturnahen Mischwald gepflanzt.

Nitsch: Außerdem haben wir Infomaterial zum Bergwaldprojekt ins Türkische übersetzt, um die Community aktiv einzuladen.

Wie hat sich das angefühlt?

Nitsch: Alle türkischen Teilnehmer*innen waren sehr angetan und können die nächste Aktion kaum erwarten. Ich fühle mich dadurch gestärkt. Unsere Zusammenarbeit ist eine große Bereicherung und gibt mir Hoffnung für die Zukunft.

Ladach: Solche Aktionen führen uns vor Augen, dass wir nicht alleine sind im Kampf gegen die Klimakatastrophe: Mit so vielen Menschen aktiv zu sein und die Grundlagen für einen stabilen, zukünftigen Wald zu pflanzen, ermöglicht ein Gefühl von Selbstwirksamkeit. Wir budeln zusammen im Waldboden, tauschen uns aus und empfinden große Freude über das gemeinsame Erreichte – ich kann mir kaum Schöneres vorstellen.

Wie wichtig ist es, alle gesellschaftlichen Teile beim Klimaschutz einzubeziehen?

Nitsch: Unser Ziel sollte sein, alle migrantischen Communi-



„Mit so vielen Menschen einen stabilen, zukünftigen Wald zu pflanzen, ermöglicht ein Gefühl von Selbstwirksamkeit“

Martin Ladach, Bergwaldprojekt e.V.

ties in Deutschland zu erreichen – und das sind etwa 20 Prozent der Bevölkerung!

Ladach: Die Klimakrise kennt keine nationalen Grenzen; und sie zu bremsen, ist keine Aufgabe, die eine Gruppe alleine bewältigt. Insofern benötigen wir dringend alle Teile der Gesellschaft.

Gibt es Herausforderungen?

Nitsch: Wenn unterschiedliche Kulturen zusammenkommen, sind Hürden sicherlich normal. Wir lösen sie mit Offenheit und im konstruktiven Dialog.

Wie geht's weiter?

Nitsch: Im Oktober planen wir an einer Pflanzung im Harz teilzunehmen, im nächsten Jahr weitere Aktionen. Auch eine gemeinsame, zweisprachige Publikation zum Thema Wald ist als Wunsch vorhanden. **Wo seht ihr euch in 10 Jahren?**

Ladach: Es bleibt zu hoffen, dass es uns und den vielen anderen Aktiven im Klimaschutz gelingt, Begeisterung und Initiative für die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen zu schaffen und dass die politischen Rahmenbedingungen für die Einhaltung der Klimaziele dann umgesetzt sind – anders ist kein Ende der negativen Entwicklungen bezüglich der Klimakatastrophe und damit auch im Wald abzusehen.

Nitsch: Ich wünsche mir, dass wir noch viele Jahre zusammenarbeiten, weiterhin voneinander lernen und uns unterstützen. Mein Herzenswunsch ist: Klimaschutz soll – spätestens – in 10 Jahren in der Verfassung verankert sein und oberste Priorität auf allen Ebenen haben.

taz shop

Stifthealter Helga und Horst

Ein Aufbewahrungsort für Stifte, Zettel oder Kosmetik. Horst ist aus kräftiger, farbenfroher Kunstfaser, Helga aus etwas weicherer Naturfaser. Beide mit Basis aus Buchenholz und Filz. Von Menschen mit Behinderung gefertigt.

Jeweils

€ 1600

10 % Rabatt für taz-Abonent*innen & taz-Genoss*innen

taz Shop | taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Friedrichstraße 21
10969 Berlin | T (0 30) 25 90 21 38 | tazshop@taz.de | taz.de/shop



Konjunkturprogrammpreis bis zum 31.12.2020

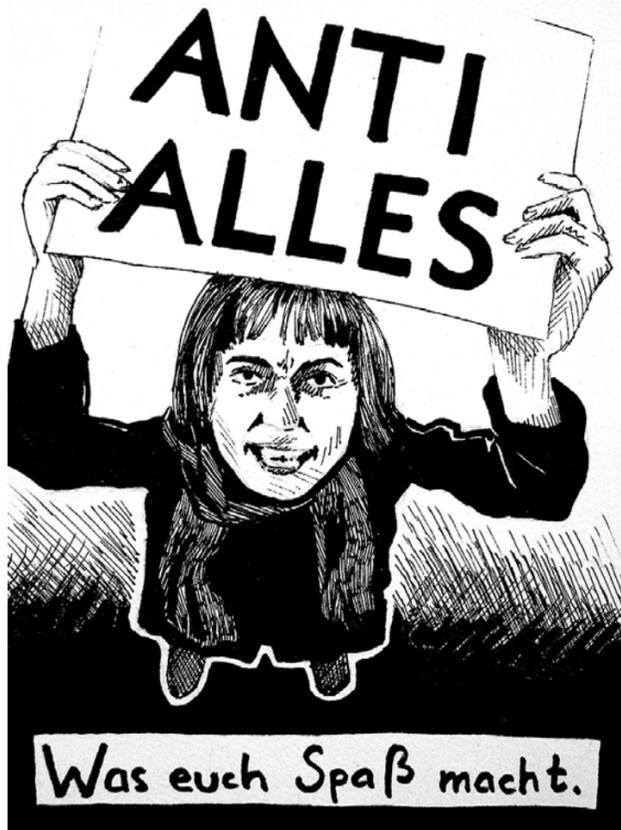
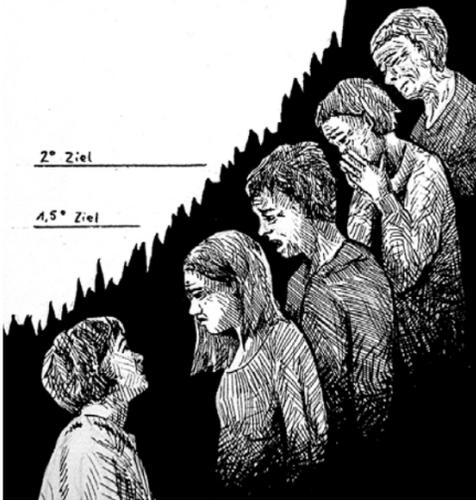


Martin Ladach ist Diplompädagoge im Bergwaldprojekt e.V. und für Bildungsarbeit und dessen Waldschule zuständig.



Gülcan Nitsch ist die geschäftsführende Gesellschafterin der Umweltorganisation Yeşil Çember (Türkisch für „Grüner Kreis“).

Wo sehen Sie sich
in ___ Jahren?



„Ende Gelände hat mir die Augen geöffnet“

Ein Gespräch mit Joanie Lemerrier, der seine Bildkunst in den Kontext des Klimaaktivismus stellt

Klima-taz: Joanie, was war der Auslöser bei dir, dich mit der Klimakrise auseinanderzusetzen?

Joanie Lemerrier: Die jungen Menschen und die Aktivist*innen von Ende Gelände haben im vergangenen Jahr einfach gehandelt. In meinem bisherigen Leben, ich bin jetzt 37, wusste ich nicht, was ich tun kann. Ich habe geglaubt, monatlich Greenpeace einen bestimmten Betrag zu überweisen, wäre schon das Beste. Als ich sah, wie die jungen Menschen hoch motiviert in den Tagebau hinuntergingen und zivilen Ungehorsam leisteten, habe ich gemerkt, dass ich genau das eigentlich schon mein ganzes Leben lang hätte tun sollen. Tatsächlich habe ich aber im Vergleich dazu nichts von Bedeutung gemacht. Ich fühle mich deshalb sehr schuldig. Ehrlich gesagt, ich hatte keine Ahnung, dass der größte Kohletagebau Europas gerade mal zwei Stunden Fahrtzeit von Brüssel entfernt ist und von vier Kohlekraftwerken umringt wird, die so eine zerstörerische Auswirkung durch ihre Emissionen auf die Gesundheit haben. Das ist unglaublich! Ende Gelände hat mir die Augen geöffnet, welches Ausmaß an Zerstörung wir vor den Toren unserer Städte haben.

Glaubst du, deine Kunst kann die Menschen bewegen, sich für den Klimaschutz einzusetzen?

Ich mache Visuals, Bildkunst. Anfangs war der Klimaaktivismus noch getrennt von meiner künstlerischen Arbeit. Aber jetzt glaube ich, beides funktioniert sehr gut zusammen. Ich arbeite gerade an einem experimentellen Film über den Hambacher Forst, der auf dem Climate Camp in Aachen gezeigt wird. Diese Art der künstlerischen Auseinandersetzung bedeutet, in ständigem Austausch zu sein. Ich denke, es ist sehr wichtig, dass wir anfangen, wirklich miteinander zu sprechen. Der Hambacher Tagebau ist auch deshalb interessant, weil du die dystopische Zukunft dort siehst. Du siehst, wie alles verschwunden ist. Im Hambacher Forst gab es 140 Arten. Jetzt stirbt der Wald. Ich denke, die Jugend wird uns Vorhaltungen machen, warum wir nichts dagegen unternommen haben. Ich gestehe, ich war egoistisch in Bezug auf meinen Energiekonsum. Ich habe mich nicht einmal gefragt, woher überhaupt die Energie kommt, die ich verbrauche. Sie kommt aus den zerstörten Orten zwei Stunden von Brüssel entfernt.

Welche Möglichkeiten hat die Kunst, Menschen zum Handeln zu motivieren?

Ich glaube, dass Bild- und Fotokunst etwas sehr Starkes vermitteln können. Mit der Drohentechnologie und Laserprojektion können wir neue Dinge ausprobieren und neue Bilder erschaffen. Mit den Projektionen können wir vielleicht auch ein anderes Publikum erreichen, das die Ästhetik der Projektion mag. Sie lesen dann die Botschaften. Gefühle spielen bei der ganzen Sache eine große Rolle. Kunst vermittelt Gefühle, oft besser als andere Medien. Ich hoffe, meine Kunst kann eine Botschaft, eine Idee vermitteln. Ich fühle Verwüstung oder Zerstörung, wenn ich die Rauchwolken über dem Rheinland aufsteigen sehe. Ich sehe mich selbst jetzt als Klimaaktivist*in und arbeite mit anderen Visuale Künstler*innen oder Aktivist*innen zusammen. Wer sich mir anschließen möchte, kann auf meine Website gehen und sich bei mir melden. Es ist sehr wichtig, Gruppen zu finden, mit denen man gemeinsam aktiv sein kann. So schaffen wir neue Communities. *Interview: Kathy Ziegler*

Wur, Angst und Verzweiflung können einen derzeit überrollen, doch das muss nicht so bleiben
Illustrationen: Anna Wolf



Foto: PR

Joanie Lemerrier ist ein französischer Künstler und vor allem für seine Lichtprojektionen international bekannt. Seit 2015 befindet sich sein kreatives Studio in Brüssel. www.joanielemerrier.com

Raum zum Verzweifeln

Wir brauchen positive Visionen. Von einer Zukunft, die wir gemeinsam gestalten – und wenn alle mitmachen, schaffen wir das. Klar, jede*r mag ein Happy End. Hoffnung mobilisiert, Trauer und Verzweiflung lähmen. Wir müssen eine optimistische Bewegung sein, mit Fokus auf Lösungsmöglichkeiten oder eher noch: auf der Möglichkeit von Lösungen.

Das ist auch gut und wichtig, doch es strengt an und erfordert emotionale Arbeit, diese positiven Impulse wieder und wieder nach außen zu tragen. Und nach innen hin ist selten die Zeit, auch über negative Gefühle zu sprechen. Zu viel ist zu tun, zu planen, zu organisieren, angesichts dessen, was wir gerade verlieren. Wut, Angst und Verzweiflung überrollen mich deshalb im Stil-

len, wenn ich allein bin. Meine Illustrationen sind ein Versuch, dieses Chaos zu entwirren und greifbarer zu machen. Und ein Gesprächsangebot für jene, denen es ähnlich geht.

Denn wir müssen diesen Gefühlen einen kollektiven Raum geben, frei von Scham, wenn wir lernen wollen, als Gesellschaft mit ihnen umzugehen. *Anna Wolf*

Reiner Geulen
Jenseits der Hoffnung
Die unumkehrbare Vernichtung des Lebens und der Abgesang der deutschen Philosophie

Der erfolgreiche Anwalt gegen Atom-Anlagen wie Mühlheim-Kärlich, Kalkar, Gorleben und gegen Kohleverstromer wie Buschhaus, Berlin Oberjägerweg, Voerde oder den Kohleabbau Garzweiler zieht Bilanz: Nach 200 Jahren Industrialisierung haben die nuklearen und thermischen Vernichtungspotentiale die Aussicht auf zukünftiges irdisches Leben beendet.



200 Seiten, Hardcover
EUR 19
ISBN 978-3-947238-14-09
www.vorwerk8.de

VERLAG
VORWERK 8

Anzeige



Die Hamburger Band Helgen
Foto: Joseph Ruben

Eine Welt von morgen

Es geht um Ermutigung: Der Graswurzel-Film „Homo Communis – wir für alle“

Von Jonathan Auer

Solidarische Landwirtschaft in einem uralten Bauernhof in Dortmund, eine gigantische Kooperative in Venezuela, in der Zigtausende ohne Hierarchie füreinander da sind, Geburtsvorbereitung und Sterben in liebevoller Begleitung, ein Denknetzwerk mit Expert*innen der Commons-Bewegung aus aller Welt, eine Waldbesetzung oder der kraftvolle Protest im Rheinland für Klimagerechtigkeit. So verschieden diese Initiativen auch scheinen, sie alle verbindet etwas: eine Vision – und ein Film.

„Homo Communis – wir für alle“ porträtiert in hundert Minuten Initiativen auf der ganzen Welt, die sich einsetzen für eine gerechte, soziale, solidarische und selbstbestimmte Zukunft, für eine Welt jenseits von Markt und Staat. Der Film erzählt von Menschen, die den Mut gefunden haben, aufzustehen, wo andere sitzen bleiben. Sie gehen einen eigenen Weg und schaffen Dinge, die man nicht für möglich gehalten hätte. Sie setzen sich durch und treten gemeinsam für den Wandel und eine solidarische Gemeinschaft ein.

Dennoch ist „Homo Communis“ kein Film, der mit erhobener Zeigefinger die einzig wahren Lösungen predigt oder die Antwort auf alle Fragen bereitzuhalten glaubt. Eher schafft er es, Perspektiven zu eröffnen und den Umschwung in seiner Vielschichtigkeit gut zu visualisieren.

Regisseurin Carmen Eckhardt will mit ihren klaren, ruhigen Bildern dazu anregen, „sich zu trauen, jenseits des eigenen Tellerrandes zu denken und zu schauen, Gleichgesinnte zu finden und einfach mal den eigenen Visionen in diese Richtung zu vertrauen, sich inspirieren zu lassen und Teil eines Gewebes zu sein“. Und fügt hinzu: „Die dringlichste Voraussetzung, um ein solidarisches Miteinander zu schaffen, ist Klimagerechtigkeit.“

Die Menschen im Film gehen einen eigenen Weg und schaffen Dinge, die man nicht für möglich gehalten hätte

Durch Crowdfunding finanziert, soll der Film ab dem 19. November 2020 in den deutschen (und internationalen) Kinos und auf Filmfestivals laufen. Schon im Vorhinein können Initiativen, Organisationen und Bündnisse den Film ausleihen. „Der Film ist graswurzelmäßig von unten entstanden und so soll er auch in der Welt wirken“, sagt Eckhardt.

Weitere Informationen unter homocommunis.de

Der Soundtrack der Klimakrise

Kann Musik es schaffen, die Menschen aus ihrer Lethargie zu reißen? In Hamburg versucht es die Band Helgen mit ihrem Album „Die Bredouille“. Keine einfache Aufgabe

Von Kathy Ziegler

Seit Jahren warnen Forschende vor Klimakrise, massiver Umweltzerstörung und dem Verlust an Biodiversität. Doch Fakten allein scheinen die Menschen, zumindest viele, nicht zum Handeln zu bewegen. Was braucht es, damit wir uns angesprochen fühlen und handeln, unser Bewusstsein und unser Verhalten verändern? Schafft es die Musik, indem sie unsere Emotionen anspricht und unser Herz bewegt?

Anfang August hat die Hamburger Band Helgen ihr Album „Die Bredouille“ veröffentlicht. Die Single-Auskopplung „Die Geigerzähler geigen“ geht scharf und humorvoll auf die Klimakrise ein. „Über die Klimakrise haben wir vorher nicht wirklich Songs gemacht. Es gab schon mal gesellschafts-

kritische Songs. Aber das Thema Klima ist bei uns in den letzten zwei, drei Jahren ziemlich hochgekocht“, sagt Helge, der Songschreiber des Hamburger Trios. Zwar sind die Bandmitglieder regelmäßig bei Klimademos und haben auch bei ver-

Bands wie Coldplay gehen aus Klimaschutzgründen nicht mehr auf Tour

schiedenen Friday-for-Future-Demos in Hamburg gespielt, aber so etwas wie Bands for Future, also eine Bewegung unter Musiker*innen für den Klimaschutz, kennt Helge nicht.

Bislang gibt es eine überschaubare Zahl an Künstler*innen, die in ihrer Musik die Klimakrise

thematisieren. Helge glaubt, es liege daran, dass es gerade in Deutschland eine gewisse Angst gebe, sich zu positionieren. Er findet es wichtig, dass die Künstler*innen zum Beispiel auf Social Media ihren Standpunkt klar machen und zeigen, was sie einkaufen, wie sie reisen und welche Gedanken sie sich dabei machen.

„Wenn wir vorankommen und sinnvolle Veränderungen bewirken wollten, müssen wir die andere Seite unseres Gehirns einbeziehen. Wir müssten das Problem mit unserer Vorstellungskraft angehen. Und die Menschen, die am besten geeignet sind, uns dabei zu helfen, sind die Musikerinnen und Künstler“, sagt 350.org-Gründer Bill McKibben.

Immer wieder haben Musiker*innen versucht mit ihren Songs, die Menschen die Umweltzerstörung fühlen zu lassen wie 1963 Peter La Farge, der

mit dem Album „As Long as the Grass Shall Grow“ Songs über das Leid der indigenen Communities in den USA schrieb, oder Joni Mitchell, die 1970 von den Vögeln, Bienen und dem Unkrautvernichter DDT in „Big Yellow Taxi“ singt.

2007 fand ein weltweites Konzert fürs Klima statt, das nacheinander auf jedem Kontinent auf zentralen Bühnen mit vielen Musiker*innen veranstaltet wurde. Schnell folgte Kritik an dem Ressourcenverbrauch durch den Konzertmarathon, Bands wurden wegen ihrer Flugreisen angeprangert. Heute würde sich niemand mehr trauen, für den Klimaschutz so ein Event zu machen. Bands wie Coldplay gehen aus Klimaschutzgründen nicht mehr auf Tour.

Einen Soundtrack der Klimabewegung oder den Klimasong, der die Menschheit aus ihrer Lethargie reißen würde, gibt es bis heute nicht. „Hurra, die Welt geht unter“ von K.I.Z. hätte zumindest in Deutschland das Zeug dafür, denkt Helge. Es scheint für viele Künstler*innen schwer zu sein, die Klimakrise in die Musik umzusetzen: „Niemand mag den Kerl auf der Party, der die ganze Zeit nur über schreckliche Sachen redet. Aber das bin ich“, sagt Amelia Meath vom Duo Sylvan Esso. Sie macht coole Musik zum Hardcore-Thema wie 2018 mit „PARAD(w/m)E“.

Schaut man sich die Klimasongs verschiedener Bands an, fällt eines auf: alles keine Nummer-One-Hits. Selbst Billie Eilish, international ein Star, hatte mit ihrem im September 2019 veröffentlichten Song „All the Good Girls Go to Hell“ mäßigen Erfolg.

Musik und Klimakrise nennt Helge einen „Spagat zwischen der Kunst, die man macht, und dem gesellschaftlichen Thema.“ Ihn hat letztlich die Klimakrise so beschäftigt, dass er diese Kluft in die Musik übersetzt hat.

„Wenn die Geigerzähler geigen“

Heut ist das Ende der Welt, das Wasser läuft über und die Luft ist weg. Es sind 90 Grad im Schatten aus Staub, der die Sonne verdeckt. Und der Flug zum Mars, der geht heute nicht ab. Die Raketen-Akkus sind alle, jetzt sitzen alle in der Falle.

Und die Geigerzähler geigen auf dem Gipfel der Atommüllkippe. Sag mal, musst du etwa weinen, oder ist das saurer Regen auf deiner Oberlippe?

Heut ist das Ende der Welt, der Ausredenvorrat ist fast verbraucht. Es sind noch drei Sätze übrig, die kannst du dir einreden, bist du sie glaubst: Ich war das nicht. Ich kann da nichts für. Schuld sind die anderen, garantiert.

Und die Geigerzähler geigen auf dem Gipfel der Atommüllkippe. Sag mal, musst du etwa weinen, oder ist das saurer Regen auf deiner Oberlippe?“

Anzeige



Bruno Kern entlarvt die Illusion, dass die bloße Umstellung auf erneuerbare Energien ausreicht. Stattdessen plädiert er für einen konsequenten Rückbau unserer Industriegesellschaft und zeigt, wie man diesen gestalten kann.

Rotpunktverlag.

www.rotpunktverlag.ch

240 Seiten, Broschur, 2. Auflage 2020, 978-3-85869-847-6



„Die Jugend hat ein Recht auf Mitsprache“

Die Zukunftskommission Landwirtschaft soll eine Vision für ein künftiges Agrarsystem erarbeiten. Der BUNDjugend-Sprecherin Myriam Rapior ist es dabei wichtig, wettbewerbsfähig zu bleiben und gleichzeitig Umweltziele zu erreichen

Interview **Felix Domke**

Klima-taz: Frau Rapior, Sie sind Teil der Zukunftskommission Landwirtschaft. Was sind Ihre Erwartungen an die ZKL und wo für werden Sie sich einsetzen?

Myriam Rapior: Ich erwarte, dass die Kommission mutig und visionär denkt, statt nur kosmetische Veränderungen zu diskutieren. Unter wissenschaftlicher Begleitung müssen die gesellschaftlichen Akteure eine Zukunftsvision für ein Agrarsystem erarbeiten, das strukturelle Probleme löst. Ich werde mich für eine sozial und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft einsetzen, denn das Wirtschaften innerhalb planetarer Grenzen ist möglich.

Warum haben Sie sich zur Teilnahme entschieden?

Wir als Jugendorganisation empfinden die Partizipation der Jugend als unheimlich wichtig. Junge Meinungen kommen häufig in politischen Prozessen zu kurz. Die Gefahren des Klimawandels und des Biodiversitätsverlusts betreffen meine und zukünftige Generationen am meisten, daher haben wir auch ein Recht auf Mitsprache.

Was sind aus Sicht der jungen Generation die größten Herausforderungen in der Landwirtschaft?

Angesichts des bestehenden Wachstumszwangs im internationalen Handel wettbewerbsfähig zu bleiben und gleichzeitig Umweltziele zu erreichen. Wir müssen in allen wirtschaftlichen Bereichen, auch in der Landwirtschaft, zu einer verantwortungsvollen Nutzung natürlicher Ressourcen kommen.

Die ZKL

Die Zukunftskommission Landwirtschaft wurde vom Bundeskabinett eingesetzt und soll gesellschaftlichen Konsens über den zukünftigen Kurs der Landwirtschaft erreichen. Ihr gehören 32 Vertreter*innen aus Landwirtschaft, Wirtschaft, Verbraucher- und Tierschutz, Umwelt und Wissenschaft an.

Das erreichen wir nicht, wenn wir auf immer mehr Produktion, immer mehr Konsum setzen.

Die Akteure der ZKL reichen vom Bauernverband bis hin zu Umweltverbänden und verfolgen unterschiedliche Interessen. Wie ist in einer solchen Konstellation eine konstruktive Diskussion und Einigung möglich?

Eigentlich müssten wir doch alle das gleiche Ziel haben. Auch der Bauernverband möchte in Zukunft noch Erträge erzielen – das ist nur in einer intakten Umwelt möglich.

„Wir fordern seit Jahrzehnten eine artgerechte Tierhaltung und eine Verringerung des Fleischkonsums“

Ich möchte in der ZKL einen Konsens finden. Aber wenn wir dort bei Dingen, die für mich essenziell sind, wie das Bekenntnis zu den Pariser Klimazielen, nicht auf einen gemeinsamen Nenner kommen, dann brauche ich nicht weiterzudiskutieren.

Zivilgesellschaft und Wissenschaft fordern eine Verringerung der Tierbestände und einen geringeren Fleischkonsum, um Klima- und Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. Ministerin Julia Klöckner verschließt davor bislang die Ohren. Werden Sie den „Elefanten im Raum“ zum Thema machen?

Wir fordern seit Jahrzehnten eine artgerechte Tierhaltung und eine Verringerung des Fleischkonsums. Wer über nachhaltige Landwirtschaft spricht, kommt an dem Thema sicher nicht einfach vorbei.

Rapior setzt sich für eine sozial und ökologisch nachhaltige Landwirtschaft ein. Foto: Jens Büttner/dpa



Myriam Rapior ist Sprecherin und Mitglied im Bundesvorstand der BUNDjugend. Für diesen sitzt sie im ZKL.

Heilt Wasserstoff das Klima?

Wasserstoff ist derzeit als angebliches Klimaschutz-Wundermittel in aller Munde. Doch ähnlich wie bei Medikamenten darf zu den Risiken und Nebenwirkungen nicht geschwiegen werden

Von **Christiane Averbeck** und **Verena Graichen**

in Mittel gegen alles Übel gibt es weder in der Medizin noch beim Klimaschutz. Dennoch wird häufig der Eindruck erweckt, Wasserstoff könnte die Lösung für alle klimapolitischen Probleme sein. Doch so einfach ist es nicht. Die Liste an Risiken und Nebenwirkungen ist lang.

Die Herstellung und Nutzung von Wasserstoff sind sehr ineffizient: Es werden gigantische Mengen erneuerbaren Stroms benötigt ebenso wie Wasser und seltene Rohstoffe, etwa Iridium für den Bau von Elek-

trolyseuren. Zudem gibt es für viele Anwendungsbereiche deutlich bessere, weil ausgereifere und effizientere Alternativen. Darum ist Wasserstoff vielmehr ein Antibiotikum, das nur bei spezifischen Symptomen, hier der klimapolitischen Alternativlosigkeit, eingesetzt werden darf. Dies gilt für die Stahl- und Grundstoffchemie-Herstellung sowie im Schiffs- und Flugverkehr.

Klimapolitisch ist klar, dass von Beginn an das richtige Mittel eingesetzt werden muss und nicht Übergangsweise auf ein weniger wirksames mit chronischen Langzeitfolgen zurückgegriffen werden sollte. Nur grüner Wasserstoff auf Basis

100 Prozent zusätzlicher erneuerbarer Energien ist zielführend. Übergangsweise auf CO₂-reduzierten Wasserstoff auf Erdgasbasis zu setzen, verzögert die Genesung (Klimaneutralität) nur unnötig. Die Wasserstoffstrategie muss sich an klimapolitischen Fortschritten messen lassen.

Zu guter Letzt ist es essenziell, die benötigte Menge des Wundermittels zu kennen und den Konsum gesundheitsschädigender Produkte möglichst zu unterlassen. Leider liefert die Nationale Wasserstoffstrategie hierzu nur grobe Eckpfeiler statt eine genaue Dosierung und Empfehlungen für einen suffizienten Le-

bensstil. Für erneuerbare Energien nennt die Strategie unambitionierte Ausbauziele. Der aktuelle Entwurf zur Überarbeitung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes unterminiert diese noch. Dies öffnet die Pforten für blauen Wasserstoff und erhöht die Importabhängigkeit einer zukünftigen Wasserstoffwirtschaft.

Unsere Unfähigkeit, den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen, darf nicht dazu führen, dass im Kongo ein Riesenstaudamm ganze Dörfer und Ökosysteme zerstört, um Wasserstoff für den deutschen Markt zu produzieren.

Gerade durch die Coronapandemie haben wir gelernt,

wie anfällig globale Lieferketten und eine hohe Importabhängigkeit sein können. Insoweit Wasserstoff ein globales Handelsgut wird, ist es vordringlich, ambitionierte Nachhaltigkeitsstandards und Herkunftsnachweise zu etablieren. Dafür werden wir uns im nationalen Wasserstoffrat einsetzen.

Die Autorinnen wurden von der Bundesregierung in den nationalen Wasserstoffrat berufen.

Christiane Averbeck ist Geschäftsführerin der Klima-Allianz Deutschland **Verena Graichen** ist stellvertretende Vorsitzende des BUND

Wen schützt eigentlich der Verfassungsschutz?

Die Interessen der Industrie gelten in unserer kapitalistischen Welt mehr als Klimaschutz und Klimagerechtigkeit. Gruppen wie Ende Gelände in Berlin werden vom Verfassungsschutz kriminalisiert. Auf dem rechten Auge aber ist er blind

Von **Ronja Weil**

Im Mai 2020 hat der Verfassungsschutz Berlin die lokale Ortsgruppe von Ende Gelände als linksextrem eingestuft. Daraufhin brach eine Debatte über Sinn und Unsinn der Behörde los. Macht der Verfassungsschutz, was der Name verspricht?

Die kurze Antwort darauf lautet: nein. Die lange auch, aber mit deutlich mehr schockierenden Details.

Der Verfassungsschutz (VS) schreibt sich auf die Fahne, die freiheitlich demokratische Grundordnung (fdGO) zu schützen. Dass Schutz gute Gründe haben kann, leuchtet wahrscheinlich recht schnell ein, wenn man an rechte Ver-

netzungen innerhalb der Bundeswehr denkt, die sich bewaffnet auf einen (politischen) Tag X vorbereiten. Allerdings sieht der VS die Bedrohung für die fdGO nicht (nur) bei Nazis, sondern eben auch in Klimagerechtigkeitsgruppen wie Ende Gelände.

Das liegt an der theoretischen Basis des Verfassungsschutzes: der Extremismustheorie, von der die Hufeisen-theorie eine der bekanntesten Ausarbeitungen ist. Hufeisen deswegen, weil der Theorie zufolge politische Meinungen in links, Mitte und rechts einzuteilen sind, wobei die Mitte als klarer Orientierungspunkt gilt, und die äußeren Ränder nicht mehr inhaltlich zu sehen sind, sondern nur noch in ihren Extremen – wodurch sie sich annähern. Da-

durch entsteht die Form eines Hufeisens und auch eine große Dummheit.

Mit der Hufeisen-theorie wird gesagt, dass eine Ideologie, in der Menschen nach Hautfarbe hierarchisiert werden und die nationale Abgrenzung als Lösung aller Probleme ansieht, Ähnlichkeiten mit einer Ideologie hat, die Gleichheit, Freiheit und ein gutes Leben für alle anstrebt.

In der Praxis sieht das Ganze noch erschreckender aus. Man kann nur mutmaßen, ob die Morde des NSU erst ermöglicht wurden durch die Zuschüttung der rechten Szene mit Geldern durch V-Männer.

Nur mutmaßen auch, weil der VS in manchen Bundesländern im Rahmen der Ermittlun-

gen die „Aktion Konfetti“ durchführte und den Großteil der Unterlagen zum NSU schredderte.

Der Kampf für Klimagerechtigkeit, der durch die Einstufung als „linksextrem“ kriminalisiert wurde, ist notwendig

Die Geschehnisse rund um den NSU sind wahrscheinlich das schockierendste Beispiel von der Bedrohung, die der VS selbst für unsere Demokratie darstellt, allerdings zeigen Personen wie Hans-Georg Maaßen,

der ehemalige Präsident des VS, dass der VS immer wieder durch rechte Strukturen und Meinungen auffällt.

Der Kampf für Klimagerechtigkeit, der durch die Einstufung als „linksextrem“ kriminalisiert wurde, und somit delegitimiert werden sollte, ist nicht extrem, sondern notwendig. In einer Zeit, in der täglich Hitzerekorde und neue Dürren verkündet werden und in der der globale Norden systematisch seinen klimaschädlichen Lebensstil auf Kosten des globalen Südens auslebt, muss dafür gekämpft werden, dass genau dieses System überwunden wird.

Ganz einfach deshalb, weil das wirtschaftliche System, in dem wir leben, auf Ausbeutung und unendlichen Wachstum be-

ruht, was mit unseren endlichen Ressourcen nicht möglich ist.

Diesen *System Change*, den die Bewegung fordert, als un-demokratisch darzustellen, unterstellt nicht nur, dass Antikapitalismus auch antidemokratisch wäre; sondern es ignoriert die zutiefst antidemokratischen Strukturen unserer kapitalistischen Gesellschaft, in der Interessen von Konzernen (zum Beispiel in der Kohleindustrie) über die der Bevölkerung gestellt werden.

Diese intendierte Vermischung von Kapitalismus und Demokratie kriminalisiert den Kampf für ein gutes Leben für alle, für ein solidarisches, nachhaltiges und eben auch zutiefst demokratisches Zusammenleben.



Aktivist*innen von Ende Gelände stürmen auf das Gelände des Braunkohle-tagebaus Garzweiler
Foto: Christian Mang

Wie wir über das Klima reden können

Die Sprache und wie in den Medien über die Klimakatastrophe kommuniziert wird, haben sich in den letzten Jahren sehr verändert

Wer einen sozialökologischen Wandel will, muss über das Klima reden können. Wir haben eine Klimawissenschaftlerin und eine Psychologin gefragt, welche Strategien hilfreich sind, welche Themen fehlen und wie sich die Klimakommunikation verändert hat.

„Die Klimakrise ist eine soziale Krise“

Die Menschheit wird nicht aussterben. Das wirkliche Problem der Klimakrise ist die Verschärfung von sozialen Ungleichheiten. Bei einem Grad Erhitzung haben wir jetzt schon große Probleme. Deshalb ist das eine echte Krise und darum müssen wir sie so behandeln. Es ist nicht, weil die Welt untergeht. Die Klimakrise ist eine soziale Krise, das fehlt mir in den Medien.

Trotzdem finde ich, dass sich die Berichterstattung in Print und Online enorm verbessert hat. Es wurde früher überhaupt nie über die Klima-

krise gesprochen. Alles war immer Wetter und hatte nichts mit dem Klima zu tun. Das hat sich sehr dramatisch verändert.

Jetzt wird die Frage gestellt, ob und auf welche Art Katastrophen wie die Feuer in Australien etwas mit der Klimakrise zu tun haben. Das ist ein erster wichtiger Schritt.

Mich stimmt optimistisch, dass die Klimakrise „Krise“ genannt wird. Außerdem muss heutzutage jedes Unternehmen, jede politische Partei einen Standpunkt zu ihr haben.

Ja, die Standpunkte sind in vielen Unternehmen und Parteien ziemlich unsinnig. Aber immerhin geht es nicht, dass sie gar keine Meinung dazu haben. Niemand kommt mehr um die Klimakrise drum rum. *Protokoll: Jakob Lochner*

Friederike Otto ist Physikerin, Philosophin und Klimawissenschaftlerin.

„Schuld, Wut und Angst sind aktivierende Emotionen“

Ich behaupte: Rein rationale Wissenschaftskommunikation funktioniert nicht. Menschen sind nun mal emotionale Wesen. Das ist aber nicht schlimm, denn Emotionen sind Bedürfnisanzeiger und liefern die Handlungsenergie, um uns um diese Bedürfnisse zu kümmern.

In der Klimakommunikation können wir versuchen, bestimmte Emotionen eher auszulösen als andere. Trauer zum Beispiel ist eine sehr häufig in Bezug auf die Klimakrise empfundene Emotion. Doch wenn wir traurig sind, ziehen wir uns zurück und wollen am liebsten im Bett liegen und weinen. Es handelt sich um eine inaktivierende Emotion.

Aktivierende Emotionen sind Schuld, Wut oder Angst. Manche Menschen werden sehr davon motiviert, dass sie Katastrophenmeldungen sehen

und denken: Das will ich nicht. Wenn wir also ehrlich kommunizieren, wie schlimm es schon ist, wird die Dringlichkeit der Klimakrise klar. Das halten die Menschen aber nur aus, wenn sie eine Perspektive haben. Deshalb sind auch positive Emotionen, wie Hoffnung und Zuversicht hilfreich: Sie verhindern, dass die Menschen in die Verdrängung gehen.

Um ihre Handlungsenergie dann in eine Richtung leiten zu können, brauchen sie eine Vorstellung davon, wo wir hin wollen. Diese Vision nicht mitzukommunizieren, ist ein bisschen so, wie in ein Taxi zu steigen und zu sagen: „Fahren Sie mich nicht zum Hauptbahnhof.“ Dann weiß der Taxifahrer leider immer noch nicht, wo er hinfahren soll.

Katharina van Bronswijk ist Sprecherin der Psychologists/Psychotherapists for Future.

Eine Polemik von **Christopher Laumanns** und **Charlotte Niekamp** über Bezeichnungen und ihre Wirkung

Hören wir auf, uns „Aktivist*innen“ zu nennen!

Aktivist*innen sind Menschen mit reinem Gewissen und dreckigen Füßen. Verbissen widmen sie ihr Leben „der Sache“, statt einer richtigen Arbeit nachzugehen. Ihre Krätze bekämpfen sie mit veganem Teebaumöl, weshalb die Milben weiter im Wollpulli aus der Umsonstkiste kleben. Die Steigerungsform von *Aktivist*innen* lautet neuerdings *Aktivisti*, wobei unklar ist, ob das süß klingen oder ein italienischer Plural sein soll. Eins sind *Aktivisti* jedenfalls nicht: ernstzunehmen.

Keine Sorge – wir wissen, wir sind mehr als eine Selbstbezeichnung und die ihr anhaftenden Klischees. Wir wissen auch, dass manche von uns sich gut überlegt haben, warum sie sich „Aktivist*innen“ nennen. Trotzdem stellen wir uns die Frage: Welche Wirkung hat dieses Wort, und was sagt es darüber aus, wie wir als Bewegung agieren? In der Presse sind Aktivist*innen diejenigen, die zwar etwas Wichtiges zu sagen haben, aber auch stark übertreiben. Die mediale Rolle, die wir über die Selbstbezeichnung annehmen, entwertet, was wir sagen.

Und: „Aktivismus“ klingt nach etwas, das Menschen nicht mal eben tun können, sondern nach einer Lebensentscheidung. *Aktiv sein*, sich in politische Prozesse einbringen, können hingegen alle. Deshalb suchen wir keine coole neue Selbstbezeichnung. Weil wir so wieder ein „Wir“ und „die anderen“ schaffen.

Wenn wir uns permanent als vom Rest der Gesellschaft verschieden und irgendwie *krasser* markieren, bleiben „wir“ auch wenige. Statt eine Massenbewegung zu werden, in der sich unterschiedliche Menschen wiederfinden, um großen politischen Druck aufzubauen.

Benennen wir lieber Gemeinsamkeiten, auf denen neue Kontakte und breitere Bündnisse entstehen können – wo wir leben oder was wir (doch) arbeiten – und vor allem: sagen wir, was genau wir tun, wenn wir von „Aktivismus“ reden. Benennen wir, wofür wir kämpfen und warum wir das tun. „Ich bin Landwirtin und setze mich gegen Braunkohle ein, weil die Klimakrise unser aller Zugang zu Nahrung gefährdet“, schafft so viel mehr Beziehung als „Ich bin Klimaaktivistin“.

Hoffnung für die Anwohner*innen des Tagebaus Garzweiler: Verfassungsbeschwerde gegen das Kohlegesetz
Foto: Barbara Schnell



Robe statt Transparent

Sich mit juristischen Mitteln und Möglichkeiten auszukennen, ist ein Pfund für die Bewegung. Mit Paragrafenreiterei haben Umwelthanwält*innen schon viel erreicht

Von **Lea Thin**

Eine neue, junge Klimabewegung feiert große mediale Erfolge und bestimmt die politische Agenda weltweit mit. Doch noch viel zu oft werden Aktivist*innen ignoriert, diffamiert oder ihre Taten sogar geahndet. Wenn ziviler Ungehorsam an seine Grenzen stößt, hilft immer häufiger die Justiz – denn vor den Entscheidungen eines Gerichts kann sich der Staat nicht wegduckeln.

David gegen Goliath

Umweltjurist*innen sitzen heute mit am Tisch, wenn die Industrie ihre Interessen vertritt, und setzen sich für den Schutz des Planeten ein. Dabei zwingen sie die ganz Großen in die Knie: Sie haben der Greenwashing-Kampagne des Ölriesen BP die Stirn geboten. Sie haben den letzten europäischen Urwald, den Białowieża-Nationalpark, gerettet. Und auch das

Verbot von Plastikstrohhalm in der EU ist ihnen zuzuschreiben.

Mit ihrem Knowhow helfen Umwelthanwält*innen vor allem denjenigen, ihr Recht durchzusetzen, die sonst keine Chance gegen Großkonzerne und Regierungen hätten. Etwa „Menschenrecht vor Bergrecht“, ein Zusammenschluss von Anwohner*innen des Tagebaus Garzweiler: Die Landesregierung NRW erlaubt RWE trotz des „Kohleausstiegs“, ihre Häuser für Braunkohle abzureißen. Statt sich so lange zu widersetzen, bis sie aus ihren Häusern getragen werden, haben die Anwohner*innen eine Verfassungsbeschwerde gegen das Kohlegesetz eingereicht – und sie haben damit gute Chancen, ihr Zuhause zu behalten.

Next-Level-Umweltaktivismus

Eine Organisation, die bei Umwelthanwält*innen ganz genau hinsieht, ist ClientEarth. Was sich nach dröger Paragrafenreiterei anhört, kann schnell zum juristischen Krimi wer-

den. Um den Bau eines neuen Kohlekraftwerks zu verhindern, kauften die Umwelthanwält*innen Aktien des polnischen Konzerns Enea und schickten damit ein trojanisches Pferd in dessen Aktionärsversammlung. Als frisch gebackene

Jurist*innen haben dem Greenwashing des Ölriesen BP die Stirn geboten. Sie haben den letzten europäischen Urwald, Białowieża, gerettet

Anleger argumentierten sie vor Gericht, dass ein Investment in Kohlekräften in Zeiten steigender CO₂-Preise und zunehmender Konkurrenz durch erneuerbare Energien für sie als Aktionäre zu hohe finan-

zielle Risiken berge. Das Gericht erklärte daraufhin die Baupläne des Unternehmens für ungültig – und Enea entschied sich, Ostrołęka C nicht als Kohlekraftwerk zu errichten. Das ist nicht nur ein enormer Erfolg für die Umwelt, sondern auch „Next-Level-Umweltaktivismus“. Die Umwelthanwält*innen haben das System von innen heraus geändert und geben mit dem Urteil Aktivist*innen ein effektives Mittel für ihren Widerstand an die Hand.

Law in Progress

Doch nicht immer ist der offizielle Gang vor Gericht von Erfolg gekrönt. Der BUND etwa kämpft seit zehn Jahren gegen das neue Steinkohlekraftwerk Datteln IV – und gewinnt einen Prozess nach dem anderen. Dennoch ging das Kraftwerk dieses Jahr in Betrieb. Das zeigt: Noch reichen unsere Umweltgesetze allein nicht aus, um eine drohende Klimakatastrophe zu stoppen. Und dann bleibt am Ende nur der Griff zum Transparent.

(Fast) beste Freundinnen

Autofahren verbieten, Fliegen verbieten: So lauten Vorurteile gegenüber Fridays for Future. Trotzdem machen Gewerkschaften mit ihnen gemeinsame Aktionen

Von **Kathy Ziegler**

Wir waren in Köln einer der ersten DGB-Bezirke, die die Fridays eingeladen haben. Sie haben auf der 1. Mai-Kundgebung 2019 zu den Gewerkschaftern gesprochen“, erinnert sich Witich Rossmann, „auch wenn die Industriegewerkschaft Bergbau und Chemie (IG BCE) darüber nicht erfreut war“. Rossmann, der Kölner DGB-Vorsitzende und IG Metall, hat auch vor gut einem Jahr den großen Klimastreiktag mit unterstützt. Die Fridays for Future wollen genau diese Kontakte zur Gewerkschaft, sagt Katharina. Sie ist eine der zehn bundesweiten Gewerkschaftskoordinatoren von Fridays for Future. „Wir fanden das von Anfang an

total gut und wichtig, mit den Gewerkschaften zu sprechen.“

Vielleicht weil diese ersten Gespräche gut anliefen, wurden von anderen Gruppen und in rechtsgerichteten Medien Spaltungslinien aufgemacht zwischen Schüler*innen und Arbeiter*innen oder jung und alt. Leider reproduzieren Gewerkschafter*innen diese Vorurteile immer wieder. „Wir wollen niemandem den Job wegnehmen“, betont Katharina. Ganz im Gegenteil suchten Fridays for Future das Gespräch mit den Menschen, deren Jobs für die Zukunft wichtig sind.

Mit der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi setzen sich Fridays for Future in der aktuellen Tarifrunde Nahverkehr zusammen für „Gute Arbeit und Verkehrswende“ ein. Bundesweit laufen

dafür Aktionen von Fridays for Future und den Beschäftigten. Denn nur mit verbesserten Arbeitsbedingungen im Nahverkehr kann die Verkehrswende klappen, heißt es von beiden.

„Aber es gibt auch Leute, die sagen, ich stehe nicht direkt für die Kohle, sondern für gute Arbeit“

Dominique Kühl, IG BCE

Die Solidaritätsbekundungen der Fridays für die Beschäftigten in der Kohleindustrie stoßen aber auch an

Grenzen. Wie können diese Gräben überwunden werden?

Dominique Kühl, für die Jugend im IG BCE-Landesbezirksvorstand Nordrhein, hat sich im Mai genau dieser Herausforderung gestellt. Sie hat beim Webinar „Kohle, Zuhause und die Zukunft der Arbeit“ mit David Dresen von „Alle Dörfer bleiben“ über den Strukturwandel im Rheinischen Revier diskutiert.

„Es gibt unterschiedliche Gruppen in der IG BCE wie die Beschäftigten in den Tagebauen, die auch ständig in der Konfrontation mit Klimaaktivisten sind und nicht verstehen, wenn man in den Austausch mit der Klimabewegung geht. Aber es gibt auch Leute, die sagen, ich stehe nicht direkt für die Kohle, sondern für gute Arbeit. Auf der Basis gehe ich in den Austausch“, sagt die Gewerk-

schafterin. In einer, wie sie selbst sagt, sehr wertschätzenden Diskussion ging es darum, wie der Strukturwandel im Rheinischen Revier sozial und ökologisch gut gelingen kann.

Gemeinsamkeiten sieht Kühl bei der Frage: Wie können wir anders wirtschaften? Die Gewerkschaften würden auch daran arbeiten, den Kapitalismus zu überwinden. Bei dem Thema könnten Gewerkschaften und Klimabewegung voneinander profitieren.

„Ich würde mir wünschen, dass wir gemeinsam an einer demokratisierten Wirtschaft arbeiten und auch im Verständnis für gegenseitige Positionen Kompromisse schließen, an die wir uns anschließend auch halten“, sagt Dominique Kühl in ihrem Schlussstatement des Webinars.

taz am wochenende

Freundschaftsband

Eine enge Freundin erkrankt an Krebs. Was das bedeutet, was das verändert, hält unsere Redakteurin in Fotos fest - und zeigt sie in einem Buch. Ein Einblick in der taz am wochenende.

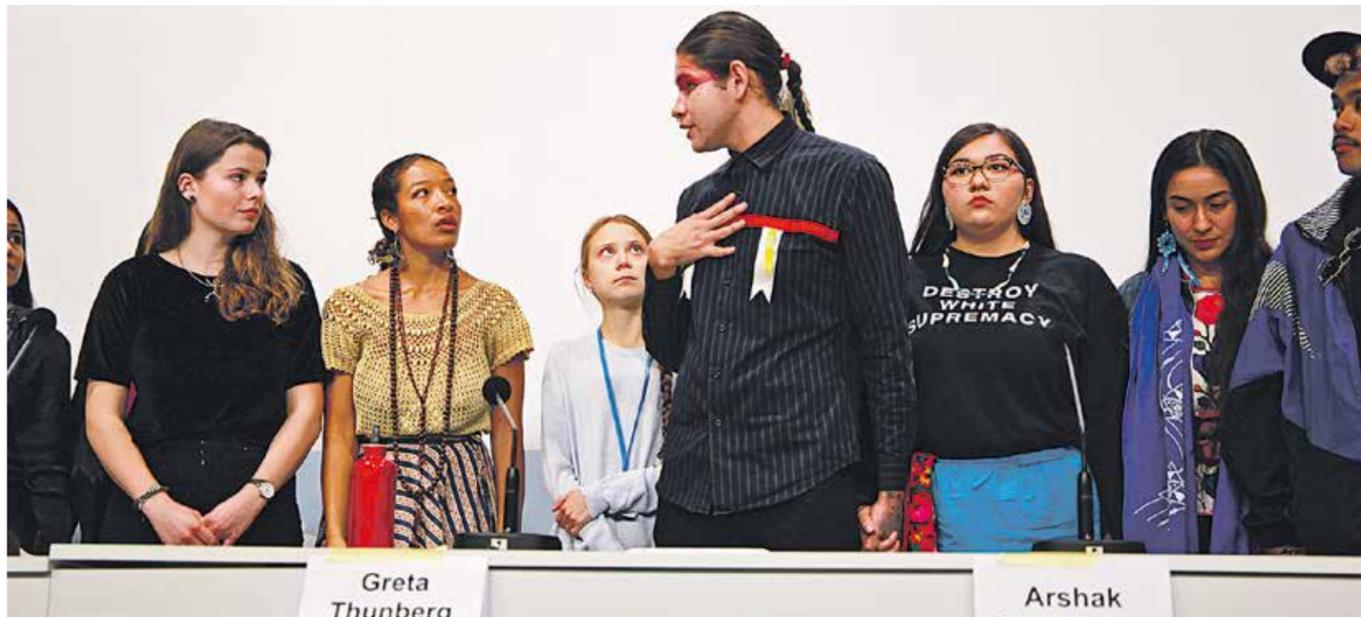
Morgen am Kiosk oder in Ihrem Briefkasten.

taz.de/we



FOTO: FOTO. SONJA TRABANDT

Warum weiße Aktivist*innen niemandem eine Stimme geben müssen



Pressekonferenz auf der COP 25: Wer redet hier eigentlich für wen? Foto: UNFCCC

Ein Teil der Auflage enthält eine Beilage von Ökworld AG

taz die tageszeitung

ersch. tägl. Montag bis Samstag, Herausgeb.: taz die tageszeitung, Verlagsgenossenschaft eG

Hausanschrift: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Postanschrift: Postf. 610229, 10923 Berlin
Telefon: 030 | 25 902-0 | www.taz.de
Chefredaktion: Barbara Junge, Ulrike Winkelmann, Katrin Gottschalk (stellv.)
Chefreporter: Peter Unfried

Lokalredaktionen:
Nord-Hamburg: Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg, 040 | 38 90 17-0
Bremen: Pieperstraße 7, 28195 Bremen, 0421 | 96026 0
Berlin: Friedrichstraße 21, 10969 Berlin, 030 | 2 5 902 0

Verantwortlich i.S. des Pressegesetzes: Ulrike Winkelmann
LeserInnenbriefseite: Gaby Sohl
Anzeigen Gesamtausgabe: Margit Jöhnk
Berliner Lokalteil: Bert Schulz | alle Berlin
Regionaleil Nord: Jan Kahleke | Hamburg
Anzeigen: Andrea Bodirsky | Bremen
Manfred Frenz | Hamburg
LeserInnenbriefe E-Mail: briefe@taz.de
Fax: 030 | 25 902 516

Die Redaktion übernimmt keine Haftung für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos und Illustrationen. Die taz und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung in den taz-Ausgaben im Internet, auf DVD sowie in Datenbanken zu.

Kleinanzeigen: Überregional und Berlin taz-Kleinanzeigen, Friedrichstraße 21
Telefon: Mo. + Mi. 9-13 Uhr 030 | 25 902 222
Fax: 030 | 2 59 02 444
E-Mail: kleinan@taz.de
taz Shop | Tel.: 030 | 25 902 138

Anzeigenverkauf: Überregional und Berlin taz-Anzeigenabteilung, Friedrichstraße 21
Telefon: 030 | 25 902 314
E-Mail: anzeigen@taz.de
Lokalteil Hamburg: taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Stresemannstraße 23, 22769 Hamburg. Tel.: 040 | 38 90 17 452
Lokalteil Bremen: taz Verlags- und Vertriebs GmbH | Pieperstraße 7, 28195 Bremen, Tel.: 0421 | 96 02 64 42

Verlag: taz Verlags- und Vertriebs GmbH
Friedrichstraße 21, 10969 Berlin
Geschäftsführerinnen: Aline Lüllmann, Andreas Marggraf
Gesellschafter: taz Verlagsgenossenschaft eG, Berlin

Vorstand: Pascal Beucker, Redakteur
Andreas Bull, Kaufmann
Isabel Lott, Fotoredaкторin
Andreas Marggraf, Kaufmann
Anja Mierel, Verlagskauffrau | alle Berlin

Aufsichtsrat: Jens Pohlmann, Wirtschaftsprüfer/
Steuerberater, Bielefeld | Hermann-Josef Tenhagen, Journalist, Berlin | Stefanie Urbach, Kommunikationsberaterin, Berlin
Druck auf PALM Recyclingpapier: A. Beig Druckerei und Verlag GmbH & Co. KG, 25421 Pinneberg | prima Rotationsdruck Nord GmbH & Co. KG, 19243 Wittenburg | MDV GmbH & Co. KG, 35390 Gießen

Abo-Service: 030 | 25 902 590
9.00 - 16.00 Uhr | Mo. - Fr.
Fax: 2 59 02-680
E-Mail: abo@taz.de
Abo-Nummer nicht vergessen!
Mtl. Mindestpreis regulär 35,80 €



Viele klimaaktivistische Gruppen haben verstanden, dass es wichtig ist, Menschen aus dem Globalen Süden bei Klimagerechtigkeit in den Fokus zu nehmen. Entscheidend ist aber, wer dabei die Deutungshoheit hat

Von Shayli Kartal

Geht es um Klimagerechtigkeit, wird häufig hervorgehoben, dass der Globale Süden mehr unter den Folgen der Klimakrise leide als der Globale Norden. Es ist wichtig und notwendig, dieses Ungleichgewicht zu betonen, um der Klimakrise angemessen und gerecht zu begegnen. Dennoch verfängt sich eine solche Darstellung des Globalen Südens oft in dem historisch gewachsenen Stereotyp der passiven und hilflosen „Dritten Welt“. Neben den Ländern bekommen auch die Menschen dieser Regionen eine passive Rolle ohne Handlungsmacht zugeschrieben, aus der sie sich nur mit Hilfe von außen befreien können. Und wer käme dafür besser in Frage als weiße Retter*innen aus dem Globalen Norden.

Weiße Retter*innen im Zentrum des Geschehens

Ein leichter Weg sich als weiße* Retter*in darzustellen, ist das vermeintliche „Geben einer Stimme“. Es wird angenommen, Menschen des Globalen Sü-

dens hätten ihre Geschichten noch nicht erzählt. Deshalb sei es ein ehrenhafter Schritt auf Veranstaltungen, bei Interviews oder an anderen öffentlichen Orten nicht selbst zu sprechen, sondern die Stimme an Menschen des Globalen Südens zu „verleihen“. So leitete auch Greta Thunberg letztes Jahr auf der COP 25, der

Gretas koloniales Wohlwollen bringt die zum Schweigen, denen sie eine Stimme geben möchte

Weltklimakonferenz 2019, die Pressekonferenz von Fridays for Future mit folgenden Worten ein: „Luisa und ich wollen unsere Plattform nutzen, um unsere Stimmen an diejenigen zu verleihen, die ihre Geschichten (noch) erzählen müssen.“ Die Intention war sicherlich gut. Sie wollten ihre Reichweite nutzen, um sechs Aktivist*innen aus dem Globalen Süden Gehör zu verschaffen.

Dass dieses Konzept jedoch nicht aufgegangen ist, macht das Medienecho am besten deutlich: Die *Süddeutsche Zeitung* titelte „Hartes Ringen bei UN-Klimagipfel – Thunberg nutzt Medienhype“ und in den Artikeln der *SZ*, *Zeit* und *Welt* wurde Greta mit ihrer kurzen Einleitung mehr zitiert, als die darauffolgenden Reden der sechs Aktivist*innen aus dem Globalen Süden. Der Fokus der Berichte verrutschte – und so handelten sie mehr von der Gutmütigkeit Gretas als von den Erfahrungen und Geschichten der Aktivist*innen. Gretas koloniales Wohlwollen bringt somit letztendlich die Menschen zum Schweigen, denen sie eigentlich eine Stimme geben möchte.

Stimme verleihen als Manifest der Macht

Die ewige Geschichte des „Stimme verleihens“ hebt besonders eins hervor: Macht. Man leiht etwas immer nur für eine gewisse Zeit. Die Kontrolle darüber, was wie gesagt und wann es zu viel wird, liegt immer bei der Person, die ihre Stimme verleiht. Bei der Pressekonferenz hat Greta die Kontrolle und gibt den Aktivist*innen einen inhaltlichen Rahmen vor, in dem

sie ihre Geschichte zu erzählen haben. So bleibt die Kontrolle bei einer Aktivistin des Globalen Nordens.

Diese unsichtbare Macht wird auch durch Luisas Moderation deutlich. Die Aussagen der sechs Aktivist*innen können nicht für sich selbst stehen, sondern werden durch Sätze wie „Das ist so wichtig zu hören“ Oder „Bitte denkt über ihre Worte nach“ bewertet. Damit beansprucht Luisa eine Deutungshoheit. Es entsteht das Gefühl, die Worte der sechs Aktivist*innen würden erst in dem Moment an Bedeutung gewinnen, in dem Luisa sie auch als wichtig bewertet.

Aber es braucht keine Absegnung *Weißer*, um zu betonen, dass die Anliegen von Menschen des Globalen Südens wichtig sind! Genauso wenig nützt es, marginalisierten Gruppen eine Stimme geben zu wollen. Sie haben schon eine Stimme, sie reden seit Jahrzehnten – es geht darum zuzuhören und Strukturen wirklich zu verändern. Eine klimagerechte Welt und ein gutes Leben für alle erreichen wir nur, wenn wir dekolonial kämpfen. In diesem Sinne endete auch Rose Whipples Rede auf der Pressekonferenz mit: „Destroy White Supremacy!“

Anzeige

Titanic In jedem Bastelbedarf weltweit!

KANN DIESES MÄNNCHEN KANZLER?

Hans Eichel meint jedenfalls: »Ja! Meine Stimme hat er!« **FAKT** ist, dass sich die **BEGEISTERUNG** für Norbert Röttgen in der Bevölkerung aktuell entzündet wie ein Streichholz. Doch **BRENNT** der charmante Dressman zu schnell ab? TITANIC gibt keine Antworten.

IM HEFT Deutsche Promis wetten auf die US-Wahl. Große Rettungsaktion für Jugendherbergen. Supersex mit Robert Habeck. Doro »Doof« Bär im Insta-Check. Alle Crime-Magazine im Test. Die besten Corona-Impfstoffe rund um den Globus. Das Steuer-Tutorial für Influencer. Und Ihre Chance auf das TITANIC-Grundeinkommen!

Titanic

GEMEINSAM GEGEN PILZSAMMLER

SÜDWIND

Für eine gerechte Weltwirtschaft!



Liebe Leserinnen und Leser,



die Afrikanische Union (AU) hat sich zum Ziel gesetzt, sich bis zum Jahr 2063 zu einer globalen Wirtschaftsmacht

zu entwickeln. Herzstück dieser Agenda 2063 ist eine kontinentale Freihandelszone. SÜDWIND sieht hierin große Chancen aber auch nicht unerhebliche Herausforderungen.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Hälfte 2020 bietet eine Möglichkeit, die Ziele der Agenda 2063 aktiv zu unterstützen und damit ein Zeichen für die aus der Kolonialzeit erwachsene historische Verantwortung der EU zu setzen. Dazu zählt auch eine Migrationspolitik, welche nicht vornehmlich auf Grenzmanagement und Abwehr sog. irregulärer Migration setzt.

Ein wichtiger Meilenstein dürfte auch ein neues Abkommen zwischen der EU und den Staaten Afrikas, Asiens und des Pazifik (AKP) sein. Dieses soll während der deutschen EU Ratspräsidentschaft unterzeichnet werden. Ebenso steht der EU-Haushalt 2021-2027 auf der Agenda, darunter auch die neuen Instrumente der EU-Entwicklungszusammenarbeit und deren finanzielle Ausstattung.

Eine faire Handels- und Investitionspolitik der EU wird maßgeblich für die Erreichung der gesteckten Ziele sein: der Agenda 2063 in Afrika, der Agenda 2030 oder des Klimaschutzabkommens. Deutschland kann die Ratspräsidentschaft nutzen und neue Impulse für die Partnerschaft zwischen der EU und Afrika geben.

Unser Blog greift zentrale Fragen der EU-Afrika-Beziehungen auf: www.eu-afrika-blog.de.

Dr. Ulrike Dufner,
Geschäftsführerin SÜDWIND e.V.

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Zeit zum Handeln

Foto: ©Jack Zalium

Zwischen Juli und Dezember 2020 hat Deutschland die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union (EU) inne. In dieser Zeit müssen wegweisende Entscheidungen für Länder des Globalen Südens getroffen werden. Bereits vor der Covid-19 Pandemie, die derzeit Vieles überlagert, standen neben dem Brexit wichtige globale Herausforderungen wie Klimawandel, Handel und Protektionismus, Krieg und regionale Konflikte auf der Tagesordnung der EU-Außenpolitik. Gleichzeitig muss das Verhältnis zum Nachbarkontinent Afrika neu geordnet werden. Der EU-Afrika Gipfel ist wegen Covid-19 vorerst vertagt worden. Die Zeit sollte genutzt werden, um die gemeinsame EU-Afrika Strategie, die hier verschiedentlich werden sollte, in den Bereichen Klima, Handel, Migration und Digitalisierung nachzubessern.

Was ist von dieser Strategie zu erwarten? Die Unentschlossenheit, die allzu oft durch den Boykott einzelner Mitgliedsländer der EU entsteht, ist derzeit nicht angebracht. Die bestehenden Krisen sind zu ernst, um sie nur mit Sonntagsreden zu bedenken. Bislang ist aus den frommen Absichten jedoch wenig Greifbares für den Nachbarkontinent herausgesprungen. Es reicht nicht, das Engagement für Afrika und die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen als schöne Utopie des Multilateralismus hervorzuheben. Nun muss es konkret werden, wenn nötig

„im Alleingang“. Neben der Klimapolitik muss die EU endlich auch in Fragen der Handels- bzw. Investitionspolitik und der Digitalisierung konkrete und verbesserte Angebote machen.

Im Vergleich zu den anderen Weltregionen ist Afrika schlecht in globale Wertschöpfungsketten integriert, oft nur als Lieferant billiger Rohstoffe. Hinzu kommen Probleme wie Korruption, Konflikte und schwache Regierungsinstitutionen. Grundlegende Strukturprobleme stehen allerdings mit der Handels- und Investitionspolitik der EU in Verbindung, die bis heute an den eigenen Interessen ausgerichtet sind und diese internen Probleme durch ungerechte Handelsbeziehungen zementiert haben. Das hat die Chancen für Afrikas Industrialisierung an vielen Stellen zunichte gemacht.

Dabei sehen sich afrikanische Länder mit der Notwendigkeit konfrontiert, eine eigene Verarbeitungsindustrie aufzubauen, um kleine und mittelständische Unternehmen zu fördern, Arbeitsplätze für die junge Bevölkerung zu schaffen und Armut und Ungleichheit zu überwinden. Das geht nicht ohne ausländische Direktinvestitionen in den Bereichen, in denen technologische Entwicklung mit neuen Beschäftigungsmöglichkeiten Hand in Hand gehen. Wertschöpfungsketten müssen daher ökonomisch, sozial und ökologisch aufgewertet werden. Hier muss die europäische Handels- und Investitionspolitik ansetzen. Digitali-

sierung kann dabei gerade für kleine und mittlere, aber auch für größere Unternehmen eine große Chance bieten, Dienstleistungen und Know How zu entwickeln, die notwendig sind, um globale Wertschöpfungsketten ökonomisch aufzuwerten.

Noch nie waren die Chancen für Deutschland so groß, die Entwicklungszusammenarbeit der EU mit den Ländern Afrikas positiv zu beeinflussen. Jetzt muss dringend gehandelt werden um die langfristigen Interessen beider Regionen in den Mittelpunkt zu stellen. Um eine solche Chance zu nutzen, müssen jetzt die Interessen Afrikas als die

wichtigste Nachbarregion der EU ganz oben auf der Agenda stehen und nicht die kurzfristigen Interessen der Milchbäuerinnen und -bauern in Europa. Die Bundesregierung sollte die Ratspräsidentschaft nutzen, um gerade jetzt, da der Gipfel vertagt wurde, konkrete Maßnahmen und Ziele zu verhandeln, die die Agenda 2063 der AU wie den Aufbau des innerafrikanischen Handels unterstützen.



Dr. Pedro Morazán

Global Player in Afrika

Neben der EU sind auch weitere Global Player in Afrika aktiv: Zu ihnen zählen die USA, die mit dem Handelsabkommen AGOA für viele Staaten Sub-Sahara-Afrikas wichtige Exportchancen eröffnen, Indien, dessen Handel vor allem mit dem südlichen und östlichen Afrika seit Jahren im zweistelligen Prozentbereich wächst und zunehmend vom Rohstoffhunger Indiens getrieben wird, und natürlich China, das unter anderem mit dem Mammutprojekt der Neuen Seidenstraße auch afrikanische Staaten in seine Einflussphäre und viele von ihnen in eine neue Schuldenspirale zieht. Die Konkurrenz um afrikanische Märkte, Rohstoffe und Produkte ist also groß. Geopolitische und ökonomische Interessen der Global Player lassen sich nicht immer auseinanderhalten. Das zum Teil menschenrechtlich und ökologisch bedenkliche Engagement anderer Global Player in Afrika kann allerdings keine Entschuldigung für ein ebensolches Verhalten der EU sein. Die europäische Zivilgesellschaft erwartet von der EU eine anti-rassistische, anti-kolonialistische, zukunftsorientierte und nachhaltige Partnerschaft mit den Ländern Afrikas.

Migration und Flucht – vom Monolog zum Dialog

Migration und Flucht sind große Herausforderungen für die Zusammenarbeit zwischen der EU und den afrikanischen Staaten. Die Europäische Union ist eine wichtige Zielregion internationaler Migration. Viele Länder Afrikas sind dabei wichtige Herkunftsstaaten, einige zugleich aber auch Transitländer oder Zielstaaten. Hervorzuheben ist die besondere Situation in Bezug auf Flüchtlinge: Sub-Sahara-Afrika beherbergt 26% der weltweiten Flüchtlinge. Das sind ca. 18 Mio. Menschen, die zum Teil innerhalb des eigenen Landes oder innerhalb der Region geflohen sind.

Die interkontinentale Migration aus Afrika findet primär regulär statt, das heißt, die meisten afrikanischen Migrant*innen verfügen über gültige Papiere und Visa und migrieren legal aus familiären, arbeitsbezogenen oder Studiengründen. Neben der regulären Migration finden auch irreguläre Einreisen auf dem Land- und auf dem Seeweg statt. Die Zahlen der

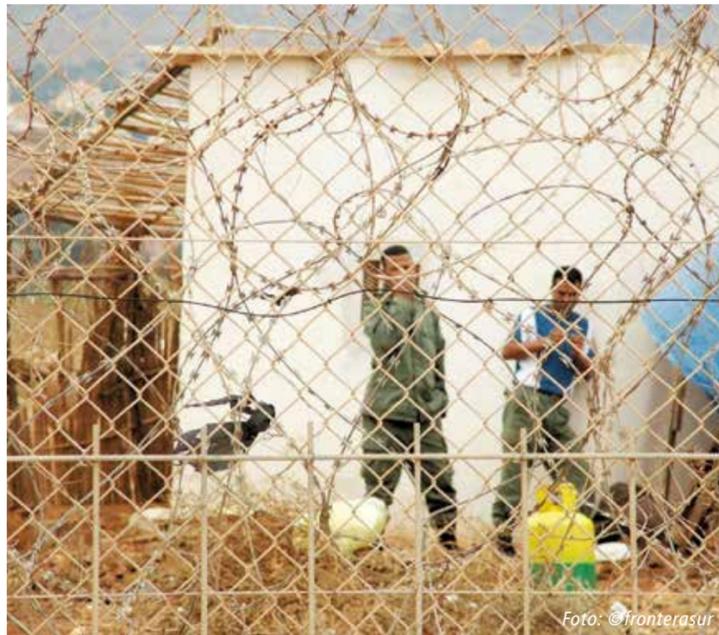


Foto: ©fronterasur

irregulären Einreiseversuche in die EU schwanken von Jahr zu Jahr, die beiden Hauptmotive bleiben aber gleich:

Flucht vor Konflikten und Suche nach Perspektiven. Konzepte zum Schutz vor Krieg und Verfolgung und zum Aufbau

wirtschaftlicher Perspektiven sind deshalb die primären Antworten, die die Europäisch-Afrikanische Agenda geben müsste.

Der im Frühjahr 2020 vorgelegte Vorschlag der Europäischen Kommission für diese Agenda formuliert fünf Säulen der Zusammenarbeit zwischen der EU und Afrika für die Zukunft, unter ihnen eine „Partnerschaft für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung“, eine „Partnerschaft für Frieden und gute Regierungsführung“ und eine „Partnerschaft im Bereich Migration und Mobilität“. Ob aber die Betonung auf Förderung nachhaltiger Investitionen und menschenwürdiger Arbeitsplätze – wobei letzteres sehr allgemein bleibt – der Größe der Herausforderung gerecht wird, bleibt offen: In den nächsten 15 Jahren werden schätzungsweise 375 Mio. junge Afrikaner*innen das Erwerbsalter erreichen. Ihnen vor Ort eine berufliche Perspektive zu bieten, erfordert enorme, auch finanzielle Anstrengungen. Eine wirkliche Alternative zur irregulären Migration nach Europa sucht man im Vorschlag der EU-Kommission für die neue EU-Afrika-Agenda vergebens.

Der Kommissionsvorschlag für die neue Agenda behält außerdem die bisherige Ausrichtung der EU-Migrationspolitik gegenüber Afrika explizit bei: Die neue Agenda soll eine wirksame

Migrationssteuerung und ein wirksames Grenzmanagement unterstützen. Sie knüpft auch explizit an die langjährigen regionalen Dialogprozesse (Rabat- und Karthum-Prozess) zwischen der EU und den afrikanischen Staaten entlang der westlichen bzw. der östlichen Migrationsroute an. Diese konzentrierten sich bisher auf die Verhinderung irregulärer Migration durch Grenzmanagement und Kontrollmaßnahmen.

Mit ihrer Fokussierung auf Grenzmanagement und Abwehr irregulärer Migration droht die Agenda der EU, die Interessen der Afrikanischen Union und afrikanischer Regionalgemeinschaften wie der ECOWAS zu unterlaufen: Diese stellen Aspekte wie die Förderung von sicherer und geregelter Migration, das sozial-ökonomische Wohlergehen von Migrant*innen und Gemeinschaften, die Sicherung der Rechte von Migrant*innen, regionale Integration und Personenfreizügigkeit in den Vordergrund. Sollte Europa diese Aspekte nicht ebenfalls prioritär behandeln, wird aus dem EU-Afrika-Dialog eher ein einseitiger, vom Geldgeber EU dominierter Monolog.



Dr. Sabine Ferenschild



Foto: © UNIDO

Schafft Leder Wert?

Einige afrikanische Länder sehen in der Leder- und Schuhindustrie eine Chance, die großen Viehbestände in ihrem Land für wirtschaftliche Entwicklungen nutzbar zu machen. Insbesondere in Äthiopien ist der Ledersektor so zu einem der wirtschaftspolitischen Schwerpunktssektoren geworden. Eine Reihe politischer Maßnahmen zielt darauf ab, die Qualität des in Äthiopien gefertigten Leders zu verbessern und nachfolgende Produktionsschritte auszubauen. Ausfuhren von Rohhäuten und nicht-fertigem Leder wurden von 2008 bis Anfang dieses Jahres sehr stark besteuert, um den Export höherwertiger Lederware zu fördern. Um möglichst viel Wertschöpfung im Land zu erwirken und dafür Investor*innen aus dem Ausland anzuziehen, wurden Industrieparks und Sonderwirtschaftszonen eingerichtet. Für Arbeiter*innen wur-

den Schulungen für die Produktion beispielsweise von Handschuhen, Taschen oder Schuhen in Fabriken organisiert. Äthiopische Exporte von Rohhäuten und halbfertigem Leder gingen im Zuge dieser Maßnahmen sehr stark zurück, während die Ausfuhr von Lederwaren und Schuhen deutlich stieg und mehr Menschen in den verarbeitenden Fabriken Arbeit fanden. Die Löhne sind insbesondere in Industrieparks allerdings oft sehr schlecht, die Lebenshaltungskosten hoch. Einen Mindestlohn gibt es für die Branche nicht.

Trotz politischer Bemühungen machten afrikanische Schuhe 2018 nur 0,8 % aller Schuhexporte weltweit aus, mit Tunesien, Marokko, Südafrika und Äthiopien als größten Schuhexporteuren des Kontinents. Auch in Äthiopien bleibt der Exporterlös hinter den Erwartungen der Regierung weit zurück. Der internationale Wettbewerb,

Produktionsstandort für ausländische Firmen zu sein, wurde lange vor allem durch niedrige Lohn- und Produktionskosten entschieden, ergänzt durch staatliche Förderungen und steuerliche Begünstigungen. In der Folge sind schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen für den Sektor sowohl in Asien als auch in Afrika die Regel. Auch einige Fabriken in Europa stehen in der Kritik. Weltweit gibt es Berichte von Arbeitsrechtsverletzungen wie der Unterdrückung von Kollektivverhandlungen und Gewerkschaften sowie Umweltverschmutzung durch die Verwendung giftiger Chemikalien bei schlechtem Abwassermanagement. So bleibt ungewiss, inwieweit die Exporte der Bevölkerung wirklich helfen.

Der größte Mehrwert – also der Wertzuwachs eines Produkts durch einen Arbeitsschritt – wird nicht bei der Produktion von Konsumgütern erwirt-

schaftet, sondern bei deren Vertrieb. So fließt bei dem Verkauf eines Lederschuhs ein großer Anteil des Gewinns zumeist in wohlhabende Länder, in denen modische Modelle entworfen, Marken beworben und die Schuhe verkauft werden. Deutlich weniger fließt in die Länder, in denen durch Gerbprozesse mit giftigen Chemikalien Rohhäute zu Leder verarbeitet, die Oberteile der Schuhe in mühsamer Handarbeit genäht oder die Sohlen mit stinkendem Kleber angebracht werden.

Zukünftig könnten afrikanische Produktionsstandorte davon profitieren, dass als Folge der COVID-19-Pandemie einige international tätige Unternehmen ihre Lieferketten umstrukturieren und das Risiko von Engpässen durch eine Diversifizierung der Standorte zu vermeiden versuchen. Dabei sollte dringend berücksichtigt werden, dass Geschäftsbeziehungen etabliert werden, bei denen Sozial- und Umweltstandards eingehalten und existenzsichernde Löhne gezahlt werden.

Auch die Regierung Kenias benennt in der KenyaVision2030 Leder und Lederverarbeitung als einen von drei Schwerpunkten der Industriepolitik. Ein neuer ‚Lederpark‘ soll beispielsweise 35.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Der Kariakor Markt in Nairobi

soll 9.000 Menschen zusätzlich in der Schuhherstellung beschäftigen. Die Bemühungen Kenias können dabei auch als Wiederbelebung eines immer kleiner werdenden Industriezweigs interpretiert werden: Schuhherstellende aus Kenia litten in den vergangenen Jahrzehnten stark unter dem Preisdruck durch Importe, vor allem aus China, und durch Second-Hand-Ware, besonders aus Europa.

Einige afrikanische Länder haben komparative Vorteile wie vorhandene Viehbestände, Standard setzende Institutionen und politische Maßnahmen zur Exportförderung und Umweltschutz, die zu einer erfolgreichen Schuhproduktion beitragen könnten. Notwendig sind allerdings die Verbesserung der Infrastruktur und der Schutz einheimischer Märkte. Damit Wertschöpfung im Schuh- und Ledersektor afrikanischer Staaten gelingt, bedarf es aber auch Veränderungen der Einkaufspraktiken und Geschäftsmodelle von Unternehmen in Europa.



Jiska Gojowczyk

Zeit für ein starkes Lieferkettengesetz

Nicht existenzsichernde Einkommen und damit verbundene Kinderarbeit z.B. auf Kakaoplantagen Westafrikas, verheerende Arbeits- und Lebensbedingungen im Rohstoffabbau, Landnahme und Vertreibung für Agrarprojekte: Menschenrechtsverstöße sind keine Ausnahmen in weltweiten Lieferkettengesetzen – auch in den Geschäftsbeziehungen hiesiger Unternehmen auf dem afrikanischen Kontinent. Auf freiwilliger Basis – das zeigten zuletzt auch Befragungen durch die Bundesregierung – kommen deutsche Unternehmen ihrer menschenrechtlichen Verantwortung nicht ausreichend nach. Ein Lieferkettengesetz, das aktuell in der Bundesregierung diskutiert wird, würde Unternehmen zur Achtung von Menschenrechten in ihren Auslandsgeschäften verpflichten. SÜDWIND engagiert sich in der Initiative Lieferkettengesetz (lieferkettengesetz.de) gemeinsam mit über 100 Partnern für eine umfassende gesetzliche Regulierung mit klaren Sanktionen – für eine gerechtere Weltwirtschaft. Machen Sie mit! (<https://www.suedwind-institut.de/aktionen.html>).

Wie weiter nach Covid-19?

Covid-19 wird uns sicher noch eine ganze Weile begleiten. Selbst wenn bald ein Impfstoff breit zugänglich sein sollte, wird sich die Pandemie langfristig auf die globale Wirtschaft, auf die Produktion und vor allem auch auf globale Wertschöpfungsketten und Arbeitswelten auswirken. Ob der Verlauf in vielen Ländern Afrikas aufgrund verschiedener Faktoren, wie z.B. der vergleichsweise jungen Bevölkerung, des Klimas oder der Erfahrungen in der Pandemiebekämpfung (Stichwort Ebola) tatsächlich nicht so schwerwiegend wird, ist noch nicht ausgemacht. Fest steht aber schon heute, dass die bislang vergleichsweise guten Zahlen in vielen Ländern auch auf teils zügige und weitreichende Corona-Maßnahmen zurückzuführen sind. Und dass dies wiederum massive Auswirkungen auf die Volkswirtschaften und die wirtschaftliche Situation vieler Menschen hat, da staatliche Abfederungsmaßnahmen oft nicht finanzierbar sind.

Viele kleine und mittlere Unternehmen laufen Gefahr, ihre Existenzgrundlage zu verlieren. Unter den Beschäftigten sind es insbesondere Frauen, die meist ohnehin schon in prekären Verhältnissen beschäftigt waren, die nun unverhältnismäßig stark betroffen sind. Ein Großteil der Beschäftigten in Afrika ist im informellen Sektor tätig,



Foto: ©World Bank Photo Collection

Kleinstunternehmen, die auf den direkten Kontakt mit den Kund*innen angewiesen sind. Social distancing bedeutet hier oft existenzbedrohende Einnahmeverluste. Die Auswirkungen in Afrika sind umfassend: Länder, die von Rohstoffexporten abhängig sind, leiden sowohl unter sinkenden Preisen als auch unter dem Nachfragerückgang. Aber auch andere Exportmärkte sind eingebrochen, das gilt für die

Blumenindustrie in Kenia ebenso wie für industrielle Vorprodukte in der Automobilindustrie. Viele Länder leiden auch stark unter dem Einbruch der Tourismusbranche. Aber Wertschöpfungsketten waren auch in die andere Richtung unterbrochen: Viele Länder sind von Nahrungsmittelimporten abhängig. Reimporte aus Vietnam, von denen Ghana beispielsweise abhängig ist, kamen teilweise zum Erliegen.

Ein boomender Markt war demgegenüber eigentlich der Kautschuksektor, denn medizinische Produkte wie Handschuhe waren lange Mangelware und sind bis heute gefragt. Insbesondere in Westafrika gibt es einen wachsenden Kautschukanbau, aber wie so oft endet die Wertschöpfung hier. Naturkautschuk wird in einer ersten Verarbeitungsstufe exportiert, medizinische Handschuhe beziehen Europa und die USA aber eher aus China oder Malaysia. Damit hat die Pandemie ein weiteres Problem vieler afrikanischer Volkswirtschaften aufgezeigt – der geringe Grad an Industrialisierung und Wertschöpfung im Land, an Integration in globale und der Existenz regionaler Wertschöpfungsketten.

Wünschenswert wäre daher, dass die Erfahrungen aus der Pandemie-Krise einer Entwicklung Vorschub leisten, die schon zuvor eine Herzensangelegenheit der Afrikanischen Union (AU) war: die Stärkung des innerafrikanischen Handels durch vermehrte wirtschaftliche Integration, wie sie im Rahmen der Afrikanischen Kontinentalen Freihandelszone (AfCFTA) angedacht ist. Die Pandemie mit ihren dramatischen wirtschaftlichen Auswirkungen, ebenso wie die Schließung vieler innerafrikanischer Grenzen hat diesem Großprojekt zwar vorerst einen Dämpfer erteilt, mittelfristig aber sollte das Projekt mehr denn je vorangebracht werden.

Europa ist und bleibt der wichtigste Handelspartner für Afrika. Die EU sollte solche Strategien daher unter-

stützen. Auch die EU hat ihre Lehren aus der Krise gezogen. Als gleich zu Beginn des Ausbruchs zentrale Lieferketten unterbrochen waren, kam auch in Deutschland die Diskussion auf, wie globale Abhängigkeiten verringert werden können. Ein Gedanke war dabei, dass Afrika von einer Umstrukturierung globaler Wertschöpfungsketten profitieren könnte, wenn Europa auch aufgrund der räumlichen Nähe Produktionsketten über Afrika statt über Asien lenkt. Produktionskosten sind hier zwar oft höher als in den asiatischen Billiglöhnländern, aber Covid-19 hat auch gezeigt, dass der Kostenfaktor nicht die einzige Kenngröße sein sollte und dass Risikostreuung auf der Angebotsseite ein wichtiges Instrument für europäische Unternehmen sein kann, um Wertschöpfungsketten resilienter zu machen.

Asymmetrische Machtverhältnisse in den (Handels-)Beziehungen müssen dabei abgebaut werden. Das erfordert auch ein Überdenken der gegenwärtigen Ausrichtung der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und regionalen Wirtschaftszone in Afrika, die eine weitreichende Marktöffnung für europäische Produkte in Afrika fordern und so lokale Produzent*innen zerstören könnte.



Irene Knoke

„Die Frage ist für mich, wie die EU die Pläne der AU für einen gemeinsamen Markt unterstützen kann.“

Ein Interview mit Vitalice Meja

SÜDWIND: Hat die EU angemessen und schnell genug auf die Probleme reagiert, denen Afrika durch Covid 19 ausgesetzt ist?

Vitalice Meja: Covid-19 hat uns alle kalt erwischt, daher war es vielleicht eine logische Konsequenz, dass zunächst alle damit beschäftigt waren, die eigenen Probleme zu lösen. Der fiskalische Spielraum zur Bekämpfung

der Pandemie in Afrika aber auch zur Abfederung der Auswirkungen auf Wirtschaft Bevölkerung ist noch immer sehr begrenzt. Ein großes Problem sind auch die immensen Schulden, die viele Länder machen, um Unternehmen und Bevölkerung vor der Pandemie zu schützen. Viel Geld erreicht uns über den IWF, die Weltbank oder die Afrikanische Entwicklungsbank, das sind aber Darlehen, es

gibt nur sehr wenige Zuschüsse. Wir brauchen auch genügend Ressourcen, um kommunales Gesundheitspersonal einzustellen. Einen speziellen Fonds, in dem ausreichend zusätzliche Mittel als Zuschüsse zur Bekämpfung der Pandemie in Afrika bereitgestellt werden, haben wir noch nicht gesehen.

SW: Wie sollten die Handelsbeziehungen nach der Pandemie aussehen?

VM: In Handelsfragen sehen wir durchaus unterschiedliche Interessen, für die EU geht es vor allem ums Geldverdienen, für Afrika steht beim Handel noch stark das Entwicklungsinteresse im Vordergrund. Die Frage ist für mich, wie die EU die Pläne der AU für einen gemeinsamen Markt unterstützen kann. Die EU muss auch heute noch anerkennen, dass sie mit einem schwächeren Partner handelt, der immer noch hauptsächlich Rohstoffe exportiert und nur einen geringen Mehrwert selbst erwirtschaftet. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Afrika greifen hier zu kurz, um die Ziele der Partnerschaft zu verwirklichen und Entwicklungsfragen in den Mittelpunkt zu stellen.

SW: Siehst Du in der Digitalisierung eine Chance?

VM: Nach der Pandemie wird die Digitalisierung vielleicht sogar noch relevanter, weil sie Möglichkeiten für



Vitalice Meja ist der geschäftsführende Direktor der afrikanischen Nicht-Regierungsorganisation Reality of Aid Africa Network.

Transaktionen sowohl mit Waren und Dienstleistungen aber auch mit Geld verbessert. Um das besser nutzbar zu machen, müssen wir aber den Zugang für die Armen deutlich ausweiten und sicherstellen, dass wir so viele Gemeinden wie möglich erreichen. Auch im Blick auf die Schule, zum Beispiel, sind Online-Unterricht und ein digitaler Zugang zu Informationen und Bildung essentiell. Die EU sollte dabei unterstützen, den Zugang zur digitalen Technologie zu verbessern und die Kosten hierfür zu senken. Durch eine derart verbesserte Innovationsfähigkeit haben auch Volkswirtschaften eine Chance für eine zukunftsfähige Transformation. Selbst jetzt in der Pandemie und ihrer Prävention geht es ja auch viel mehr um Bewusstseinsbildung und um soziale Intervention als nur um medizinische Intervention.

SW: Wie schätzt Du gegenwärtig die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Vorbereitung des EU-Afrika Gipfels ein?

VM: Gegenwärtig sind zivilgesellschaftliche Gruppen aus Afrika nicht

wirklich an den Diskussionen für den Gipfel beteiligt. Es gibt eigentlich gute Beispiele für Multistakeholder-Prozesse auf lokaler Ebene, bei denen gerade die deutsche Regierung die Prozesse eingeleitet hat. Sie sollten im Rahmen ihrer Ratspräsidentschaft jetzt einen ähnlichen Ansatz verfolgen und viel stärker darauf drängen, dass NRO gehört werden. Gerade mit Blick auf das Ziel der guten Regierungsführung und der Transparenz ist es wichtig, dass das Bürgerengagement gestärkt und Teil des Regierungssystems wird. Nur so ist es möglich, die Regierungen zur Rechenschaft zu ziehen. Während des letzten Gipfels, der in Westafrika stattfand, gab es Kritik daran, dass Stimmen der zivilgesellschaftlichen Organisationen in den offiziellen Prozessen gefehlt haben. Diese Präsidentschaft könnte Geschichte schreiben, wenn sie im Rahmen der Partnerschaft dafür sorgt, dass die Stimmen der Zivilgesellschaft viel stärker in den Dialog einbezogen werden.

Das macht SÜDWIND

SÜDWIND tritt fast 30 Jahren wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit ein. Aus diesem Grund arbeiten wir zu einem breiten Spektrum von Nord-Süd-Themen mit dem Ziel, ungerechte Strukturen aufzudecken, öffentlich zu machen, Handlungsalternativen zu bieten und so zu Veränderungen beizutragen.

SÜDWIND ist dabei inhaltlich und finanziell unabhängig. Um gemeinsam mehr zu erreichen, kooperieren wir mit Akteur*innen auf lokaler, europäischer und globaler Ebene, mit Gewerkschaften, Kirchen, Nichtregierungsorganisationen und Kampagnen.

Wir forschen zu Themen wie Entwicklungszusammenarbeit, Frauen und Weltwirtschaft, Klimagerechtigkeit,

Nachhaltigkeit auf Finanzmärkten, zu Rohstoffen und Wertschöpfungsketten sowie zu Sozialstandards im Welthandel. In Deutschland verbinden wir unsere Recherchen mit entwicklungspolitischer Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit.

Wir sind überzeugt: Dort, wo Menschen unter den Auswirkungen des globalen Wirtschaftssystems leiden, besteht ein direkter Zusammenhang zwischen dem Reichtum einiger weniger und der Armut vieler Menschen. Hierfür sind ungerechte wirtschaftliche und politische Strukturen verantwortlich und wir wollen dazu beitragen, diese zu ändern.



Besuchen Sie uns:

www.suedwind-institut.de

www.facebook.com/suedwindinstitut

https://twitter.com/Suedwind_eV

https://www.instagram.com/suedwind_ev/

Mitmachen!

Ihre Spende macht unsere Arbeit erst möglich!

Jetzt spenden!

Ja, ich möchte Mitglied bei SÜDWIND e.V. werden!

Vorname, Name

E-Mail

Lastschriftzug Überweisung Rechnung

Die Abbuchung soll erfolgen

vierteljährlich halbjährlich jährlich

Der Mindestbeitrag beträgt für Privatpersonen jährlich 70 €.

70 100 140 210 anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag beträgt für Institutionen jährlich 250 €.

250 500 anderer Beitrag

Der Mindestbeitrag beträgt für Fördermitglieder jährlich 25 €.

anderer Beitrag

Sie erhalten in Kürze eine schriftliche Bestätigung Ihrer Mitgliedschaft. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Ort, Datum

Unterschrift(en)

SEPA-Lastschriftmandat (SEPA Direct Debit Mandate)
für SEPA-Basis-Lastschriftverfahren/for SEPA Core Direct Debit Scheme

Name und Anschrift des Zahlungsempfängers (Gläubiger)
SÜDWIND e.V. · Kaiserstraße 201 · 53113 Bonn

Gläubiger-Identifikationsnummer (CI/Creditor Identifier)
DE27ZZ00000033336

Mandatsreferenz
wird nachgereicht

SEPA-Lastschriftmandat

Ich/Wir ermächtige(n) SÜDWIND e.V. Zahlungen von meinem/unserem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise(n) ich/wir mein/unser Kreditinstitut an, die von SÜDWIND e.V. auf mein/unser Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann/Wir können innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem/unserem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kontoinhaber (Vorname, Name)

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Kreditinstitut

BIC

IBAN

Ort, Datum

Unterschrift(en)

SÜDWIND e.V.
KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODE1DKD

Der Blick in die Zukunft



Foto: © EU Civil Protection and Humanitarian Aid

Die Herausforderungen für eine zukunftsfähige Partnerschaft zwischen den beiden Nachbarkontinenten sind groß, aber beide Regionen könnten auch von der gegenwärtigen geopolitischen Situation nach Covid-19 profitieren. Europa könnte durch die Förderung einer verarbeitenden Industrie bestehende Potenziale in Afrika aus- und damit auch die Abhängigkeit von China abbauen. Hierfür müssen regionale Wertschöpfungsketten in Afrika unterstützt werden. So könnten Beschäftigungsmöglichkeiten für gut ausgebildete Arbeitskräfte in Afrika geschaffen werden. Die Schuhproduktion ist hierfür ein Beispiel. Auch in der Verarbeitung von Nahrungsmitteln sind Potenziale vorhanden. Solche Strategien müssen jedoch gepaart werden mit dem Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten.

Die gegenwärtigen Handelsstrukturen und die Agrarpolitik der EU müssten dafür aber reformiert werden. Subventionierte Agrarprodukte sind derzeit eher eine Gefahr für afrikanische Bäuerinnen und Bauern. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind nicht der Weg, um regionale Integration zu fördern, und verlangen zudem eine Markttöffnung von den afrikanischen Partnern, die für viele Länder zu früh und zu schnell kommt. Für die Förderung heimischer Industrien und regionaler Integration bedarf es der Möglichkeit für die Wirtschaftsgemeinschaften in Afrika, ihre Märkte zu schützen.

Wirtschaftliche Entwicklung in Afrika wird auch notwendig sein, um den Migrationsdiskurs der EU mit Afrika unter Einhaltung von Menschenrechten voranzutreiben. Die AU braucht die Unterstützung der EU, um ihre Anliegen der sicheren und geregelten Migration, regionaler Integration und Personenfreizügigkeit vorzubringen und dabei die Rechte von Migrant*innen zu sichern. Mehr als jedes andere Thema wird der Umgang mit Migration der Lackmuster für die EU sein, wie ernst sie es mit der Partnerschaft mit Afrika meint.

Auch Frieden und Sicherheit sind für die EU und die AU wichtige gemeinsame Handlungsfelder. Insbesondere in der Sahelzone sind die Herausforderungen für die AU sehr groß, wie das Beispiel Mali derzeit zeigt. Um Konflikte zu bewältigen und die Sicherheit der Menschen zu garantieren, sind langfristige Lösungen notwendig. Ethnische Konflikte sind nur ein Teil des Problems. Gute Regierungsführung, Demo-



Foto: © EU NAVFOR Somalia



Foto: © Chris Kirchhoff

kratie und Menschenrechte sind auch in Afrika Voraussetzungen für mehr Frieden und Sicherheit. Sicherheitspolitische Interessen der EU dürfen nicht auf Kosten von Entwicklungszusammenarbeit finanziert werden.

Wer eine Partnerschaft auf Augenhöhe anstrebt, muss auch die Logik der gegenwärtigen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) gründlich überdenken: Öffentliche Mittel aus der EZ werden zunehmend für die Mobilisierung europäischer privater Investitionen eingesetzt und fehlen in anderen wichtigen Bereichen wie beispielsweise beim Aufbau einer krisenfesten Gesundheitsinfrastruktur. Oft werden über solche Mittel Investitionen subventioniert, die ohnehin stattgefunden hätten, weil das Investitionsobjekt interessant genug ist. Neben Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, zur Förderung von Frieden und Stabilität oder zur Anpassung an den Klimawandel, ist die EZ auch gefordert, kleine und mittlere Unternehmen aus Afrika und den Transfer von Technologie und Know how zu unterstützen, um mehr Wertschöpfung in Afrika zu erreichen.

Für viele Menschen in Afrika sind die Auswirkungen des Klimawandels schon heute eine existentielle Bedrohung. Daher ist es zentral, dass Europa auch im Kampf gegen den Klimawandel entschieden vorschreitet. Der europäische Green Deal ist hierfür ein erster Schritt. Doch auch für Maßnahmen zur Minderung des Treibhausgasausstoßes in Afrika bieten sich große Möglichkeiten, insbesondere im Energiebereich. Hierfür sollte allerdings der Europäische Investitionsplan erheblich nachgebessert werden, um stärker bestehende Potenziale in Afrika zu fördern. Investitionen in Infrastruktur, nachhaltige Energie und Digitalisierung haben eine größere Wirkung als die Subventionierung von europäischen Unternehmen.

Europa braucht ein starkes Afrika als Nachbar, um die Energiewende und die Klimaziele zu erreichen. Länder, in denen auch landwirtschaftliche Produzent*innen in der Lage sind, umweltgerecht ihre Nahrungsmittel selbst zu produzieren. Afrika braucht Europa nicht so sehr als "Geber", sondern eher als einen fairen Handelspartner, der nicht die gegenwärtige Asymmetrie nutzt, um kurzfristig Geschäfte zu machen. Bis zum Jahr 2063 sind immer noch mehr als 40 Jahre Zeit, gemeinsame Ziele zum Wohl der Menschen auf beiden Kontinenten zu verwirklichen.

Impressum



Herausgeber:
SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201 · 53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

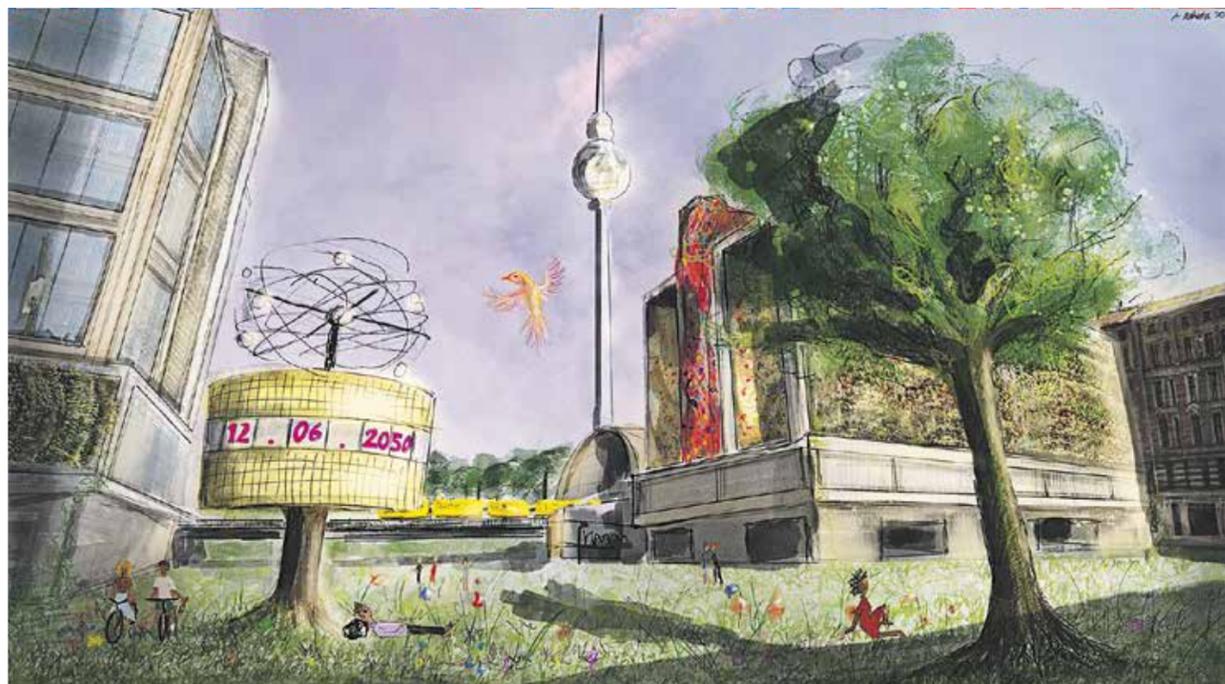
V.i.S.d.P.:
Dr. Ulrike Dufner
Gestaltung und Satz:
www.pinger-ednen.de

September 2020

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein SÜDWIND e.V. verantwortlich, die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert durch





AISHA MUTHESIUS: „Allesandersplatz“

Übermorgen ist es soweit, denn 2050 ist wieder Jahr der großen Ausschüttung. Seit Anfang des Frühjahrs blinkt die Anzeige auf der Neuen Weltzeituhr am Allesandersplatz in pinken Lettern und verkündet das genaue Datum, an dem überschüssiger Besitz wieder an den Staat zurückgeht und in die Töpfe fließt, aus denen Geld für Bildung, Naturschutz, Politik und Soziales geschöpft wird. Alle 5 Jahre geschieht dies, die

Menschen haben sich gut damit arrangiert. Langsam strecken sich die ersten Sonnenstrahlen über den Allesandersplatz, es summt, zwitschert und brummt auf und über der Wiese. Ein Mensch beobachtet einen der bunten Paradiesvögel, die in Berlin nach dem unumkehrbaren Anstieg der Erderwärmung auf 1,5 Grad heimisch geworden sind. Es ist warm für Anfang Juni, doch wie in den

letzten Jahren hat es auch in diesem viel geregnet, denn die Weltgemeinschaft kriegte 2022 doch noch die Kurve: verringerte Emissionen, Wirtschaft und Politik wurden umgestülpt. In der ganzen Stadt gibt es viele Konzepte für Ressourcen (Aus)-Tausch, doch im Moment ist es ruhig, der Arbeitstag hat noch nicht begonnen. Nur ein Paar Nachstreuner radeln nach Hause.

„Eine Frage des Tempos“

Berlin kann es schaffen, bis 2050 klimaneutral zu werden, sagt Fritz Reusswig vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Aber der Senat muss sich mehr anstrengen – etwa im Gebäudesektor

Interview **Enno Schöningh**

taz: Herr Reusswig, Sie haben an der Machbarkeitsstudie „Klimaneutrales Berlin 2050“ mitgewirkt. Warum wurde die Studie angesetzt?

Fritz Reusswig: Nach längeren Jahren relativen Stillstands hat sich der Berliner Senat 2011 auf das Klimaneutralitätsziel bis 2050 festgelegt und uns – das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) – und Partnerinstitute damit beauftragt herauszufinden, ob dieses Ziel tatsächlich erreichbar ist. 2014 haben wir diese Machbarkeitsstudie vorgelegt und 2015 – wieder mit Partnern – dargelegt, mit welchen Maßnahmen man dabei beginnen muss.

Wie genau sind Sie vorgegangen?

Wir haben uns Vergangenheit und die Ausgangssituation angeschaut und dann den Beitrag der verschiedenen Sektoren zur CO₂-Gesamtbilanz ausgerechnet. Das war nicht ganz leicht, weil die offizielle CO₂-Statistik in Berlin den Gebäudesektor nicht gesondert ausweist und auch beim Flugverkehr die Realität nicht vollständig abbildet. Wir haben bei der Maßnahmenentwicklung eng mit Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft zusammengearbeitet und für jede Maßnahme den CO₂-Minderungsbeitrag sowie die Kosten abgeschätzt.

Und welche Sektoren sind für die meisten CO₂-Emissionen verantwortlich?

Das wiedervereinigte Berlin hat im Basisjahr 1990 rund 30 Millionen Tonnen CO₂ emittiert und lag 2015 bei etwa 20 Millionen Tonnen. Ein Teil dieses Rückgangs geht auf das Konto der „Sanierung“ von DDR-Altlasten im Gebäude-, Verkehrs- und Erzeugungsbereich. Von den 20 Millionen Tonnen gehen 47 Prozent auf das Konto des Gebäudesektors (Heizung, Warmwasser), 23 Prozent erzeugt der Verkehr (speziell der Autoverkehr), 21 Prozent werden in der Wirtschaft erzeugt, und für 9 Prozent sind die privaten Haushalte verantwortlich.

Wie können die Emissionen in den verschiedenen Sektoren gesenkt werden?

Das ist sehr unterschiedlich – und auch unterschiedlich schwierig. Der dickste „Brocken“ – der Gebäudesektor – umfasst Wirt-

schafts- und Wohngebäude, die meisten davon sind Mietwohnungen. Die aktuelle Sanierungsrate liegt bei unter 1 Prozent, sie muss dringend angehoben werden. Nach gegenwärtiger Rechts- und Finanzlage belastet das aber die Kaltmieten und führt zu sozialen Schiefen. Hier müssen wir dringend an der Gesetzeslage etwas ändern. Solvente Privateigentümer und die Wirtschaft müssen aber schon heute mehr gefordert werden. Der Verkehrsbereich ist ein bundesweites Sorgenkind, doch in Berlin ist der ÖPNV heute schon überdurchschnittlich gut. Hier braucht es noch Netzverdichtungen, Taktverdichtungen und Anschlussangebote, wie Restmobilität über Elektro. Fuß- und Radverkehr müssen gestärkt werden. Private Haushalte brauchen mehr Beratung und bessere Rahmenbedingungen.

Klimaschutz sollte zur Chefsache gemacht werden

Was bedeutet Klimaneutralität im Kontext Ihrer Studie?

Machbarkeitsstudie und das Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm (BEK) sind noch vor den Vereinbarungen des Pariser Klimaabkommens geschrieben worden. Wir haben uns damals am 2-Grad-Ziel orientiert und einen Zielwert von 4 Millionen Tonnen CO₂ als Obergrenze bis 2050 ausgegeben – und das bei wachsender Bevölkerung. Nachdem in Paris das 1,5-Grad-Ziel beschlossen wurde, müssen wir ehrgeiziger werden. Der Berliner Senat lässt derzeit prüfen, was das genau bedeutet.

Ist ein klimaneutrales Berlin 2050 möglich?

Unsere damaligen Berechnungen zufolge: ja. Die neue Studie müssen wir abwarten.

Ist es notwendig?

Auf jeden Fall. Natürlich müssen wir

das weltweit erreichen, nicht nur in Berlin. Aber wenn die Hauptstadt einer der reichsten Volkswirtschaften auf diesem Planeten nicht vorangeht, sendet das das falsche Signal aus.

Was ist seit Ihrer Studie an Klimaschutzmaßnahmen in Berlin geschehen?

Die meisten der von uns vorgeschlagenen rund 100 Maßnahmen befinden sich laut Monitoringbericht des Senats von 2019 in Vorbereitung. Einige sind in Umsetzung, einzelne sind beschlossen. Der Senat hat alles in allem knapp 100 Millionen Euro in die Hand genommen, um die Maßnahmen des BEK finanziell zu unterstützen. Die Gelder sind noch nicht ausgeschöpft worden und werden zukünftig hoffentlich aufgestockt – auch im Lichte der Paris-Anpassung wird das nötig sein. Die Umweltverwaltung hat ein Verkehrsgesetz auf den Weg gebracht, das letzte Braunkohlekraftwerk wurde 2017 stillgelegt, die Steinkohle soll folgen. Es gibt eine Solardachinitiative und vieles mehr.

Wie bewerten Sie die Maßnahmen?

Als gut, aber noch nicht ausreichend. Es ist auch eine Frage des Tempos.

Sind wir auf einem guten Weg das Ziel klimaneutrales Berlin 2050 zu erreichen?

Nach meiner Einschätzung haben die energie- und klimapolitischen Akteure aus SPD, Grünen und der Linken gut zusammengearbeitet und sind mit Engagement bei der Sache. Ich kenne einige Landes- und Stadtregierungen, und nicht überall ist das gegenseitige Verständnis und der gemeinsame Wille zur Veränderung so deutlich wie in Berlin. Auf der Ebene der Regierung insgesamt und der anderen Senatsverwaltungen – auch bei einigen Bezirken – hakt es dagegen noch. Es sind auch Anzeichen der Verzettelung erkennbar. Ich würde mir wünschen, dass der oder die zukünftige Regierende Bürgermeisterin das Thema Klimaschutz wirklich zur Chefsache machen würde.

Enno Schöningh ist Mitgründer des Unimagazins „COTR“ und forscht zu Klimamigration.



Fritz Reusswig geb. 1958, studierte Soziologie und Philosophie in Frankfurt am Main. Seine Habilitation an der Universität Potsdam mit dem Thema „Consuming Nature: Modern Lifestyles and their Environment“ vollendete er 2006. Heute ist er Leiter der Forscher beim Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung

Pia Paust-Lassen über Klima-Extreme, die Umwelt-Un-Gerechtigkeit verschärfen

Die Veränderung des Klimas hat direkte Auswirkungen auf die Gesundheit

Extremwetterereignisse wie z. B. Hitzewellen sind direkt verknüpft mit teilweise neuen Gesundheitsgefahren. Krankheiten, die durch so genannte Vektoren übertragen werden, etwa Zecken oder eingeschleppte exotische Mückenarten, breiten sich aus. Auch allergische Atemwegserkrankungen durch invasive Pflanzenarten, klimabedingte psychische Erkrankungen sowie die Zunahme von Hautkrebsarten und vermehrt vorzeitige Todesfälle durch Luftschadstoffe sind Folgen von Klimaveränderungen. Wie sich bestehende Unterschiede für die Lebensqualität der Gesellschaft verschärfen, kann durch Umweltgerechtigkeitskonzepte veranschaulicht werden.

Für Berlin wurde in den Jahren 2010 bis 2013 – bundesweit erstmalig – ein zweistufiges Umweltgerechtigkeitsmonitoring entwickelt. Dieses Stadtbeobachtungssystem besteht aus einem umweltbezogenen „Kernindikatorenset“, der durch gesundheitsorientierte, soziale und städtebaulich-stadtplanerische „Ergänzungsdikatoren“ fachlich-inhaltlich unteretzt wird.

Die Berliner Umweltgerechtigkeitskarte 2014 zeigt an, dass der größte Teil der drei-, vier- und fünffach belasteten Quartiere im hochverdichteten „erweiterten Innenstadtbereich“ liegt. Die kleinräumigen kartografischen Darstellungen und die dahinterstehenden raumbezogenen Daten machen die quartiersbezogene Betroffenheit besonders deutlich. Sie zeigen den politischen Entscheidungsträgern, wo der Handlungsbedarf besonders groß ist.

„Wichtig ist, dass die Ergebnisse in die strategischen Konzepte sowie informellen und formellen Instrumente der Stadtentwicklung und der Umweltplanung eingehen“, betonte Heinz-Josef Klimeczek 2019 beim Forum Nachhaltigkeit von Berlin 21. „Für eine erfolgreiche Strategie zu mehr Umweltgerechtigkeit ist die Entwicklung integrativer Planungsinstrumente und geeigneter Rahmenvorgaben und -bedingungen erforderlich“, sagte er.

Auch mit Blick auf das Ziel „Klimaneutralität Berlin 2050“ müssen die Ergebnisse dieser Datenerfassung größere Bedeutung erlangen, denn die Gebiete mit Mehrfachbelastungen sind gleichzeitig die vulnerablen Gebiete im Hinblick auf den Klimawandel.

Wie wäre es, wenn die Menschen in ihrem Kiez sich selbst um ihre Umweltbelastungen kümmern könnten, indem sie sich gegen Veränderungen ihrer unmittelbaren Umwelt zur Wehr setzen könnten? Welche Verfahren müssten etabliert werden, damit vor Ort erfasste Messergebnisse – etwa aus dem BLUME-Messnetz – allen Bewohner*innen zugänglich werden, und nicht nur Expert*innen zur Verfügung gestellt werden?

Es gibt auch eine relativ aktive Szene von Bastlern, die sich selbst Geräte für die Luftwertmessung basteln; im Internet gibt es dafür Anleitungen, was belegt, wie groß das Wissensbedürfnis in der Bevölkerung ist und dass das eine ganz wichtige Ebene politischer Mitbestimmung ist.

Könnte die Regierung in Berlin deutlich mehr machen und zum Beispiel solche Geräte beziehungsweise Bastelanleitungen zur Verfügung stellen – oder zumindest Orte schaffen, an denen man so etwas basteln oder ausleihen kann?

Das Thema Umweltgerechtigkeit muss also weiter entwickelt und vor allem auch dringend aktualisiert werden. Die Modellbezirke haben ihre Arbeit begonnen, daher fand im Januar 2020 eine bezirkliche Konferenz in Tempelhof-Schöneberg zur Umweltgerechtigkeit statt, in der Staatssekretär Stefan Tidow betonte, „an der Schnittstelle von Stadtentwicklungs-, Umwelt-, Gesundheits- und Sozialpolitik liefert das Thema Umweltgerechtigkeit einen aktiven Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. Die Herausforderungen, denen sich Berlin in diesem Zusammenhang stellen muss, erfordern integriertes Handeln von Politik und Verwaltung unter Einbindung aller gesellschaftlichen Akteure.“

Es gibt berechtigte Zweifel daran, dass die „Smart-City-Strategie“ (siehe taz vom 12./13. 9.) einen konstruktiven Beitrag zu diesen dringlichen Problemen wird liefern können.

Pia Paust-Lassen von Berlin21-RENNmitte lehrt an der ASH im Masterstudiengang Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Analyse von **Sarah Grzondziel**
zur Verkehrswende

Von pop-up zu stay there

Der Berliner Verkehr ist gefährlich. Vor allem für diejenigen, die nicht in einem Metallkäfig mit Knautschzone sitzen. Täglich befinden sich Radfahrer*innen in gefährlichen Situationen und Konflikten. Zum einen, weil sie nicht als gleichwertige Verkehrsteilnehmer*innen anerkannt werden, aber auch, weil die Stadt nach wie vor auf Autos ausgelegt ist. Berlin ist vieles – fahrradfreundlich ist es nicht.

Die Initiative „Volksentscheid Fahrrad“ will das ändern und hat 2017 einen ersten Entwurf für ein Mobilitätsgesetz verfasst. Das Gesetz wurde nach einem Volksbegehren vom Senat verabschiedet. Die Politiker*innen beschloss, dass Fuß-, Rad- und öffentlicher Personennahverkehr bei allen Planungen Vorrang erhält. „Einen Meilenstein in der Berliner Verkehrspolitik“ nennt Changing Cities, der Verein, der aus dem Volksentscheid entstanden ist, diesen Schritt.

Seitdem sind zwei Jahre vergangen. Genügend Zeit, erste Veränderungen in die Wege zu leiten und die Straßen für Fußgänger*innen

„So bleibt Vision Zero, das Ziel, keine Verkehrstoten und Schwerverletzten mehr zu haben, genau das – eine Vision.“

und Radfahrer*innen sicherer zu gestalten. Viel ist allerdings nicht passiert. Laut Changing Cities ist ein Radverkehrsplan der erste Schritt, um das Mobilitätsgesetz vom Papier auf die Straßen zu bringen. Der Verein hat einen Vorschlag eingereicht, der Senat hat ihn bisher aber nicht angenommen. Radfahrer*innen haben also nach wie vor mit fehlenden oder schlecht ausgebauten Radwegen, gefährlichen Kreuzungen und parkenden Autos auf den Fahrradstreifen zu kämpfen.

2020 sind bereits 15 Radfahrer*innen im Verkehr getötet worden – die meisten von ihnen aufgrund der Infrastruktur. Die betreffenden Kreuzungen und Straßenabschnitte wurden danach nicht verändert oder gesperrt, der Verkehr fließt wie zuvor. „In einem Betrieb würde man auch keine gefährliche Maschine oder Gerüst weiter einsetzen, wenn Menschen zu Schaden gekommen sind – das ist schlichtweg verboten!“, kritisiert Ragnild Sørensen, Sprecherin von Changing Cities, die fehlende Reaktion des Senats. So ist und bleibt Vision Zero, das Ziel, keine Verkehrstoten und Schwerverletzten mehr zu haben, genau das – eine Vision.

Das Mobilitätsgesetz fordert breite, gut ausgebaut und vor allem geschützte Radwege. Sie sollen es Radfahrer*innen ermöglichen, schnell und sicher durch die Stadt zu kommen und Fahrradfahren attraktiver zu gestalten. Bisher gibt es einige hundert Meter Radwege, die den Kriterien entsprechen. Sie sind etwa durch Poller von der Straße abgegrenzt und breit genug, um einen fließenden Radverkehr zu ermöglichen.

Tatsächliche Veränderungen kamen erst mit der Coronapandemie: Pop-up-Radwege wurden eingerichtet, um Abstandsregelungen einzuhalten, den öffentlichen Nahverkehr zu entlasten und Menschen zur körperlichen Bewegung einzuladen. Sie stießen bei Radfahrer*innen auf große Zustimmung, denn sie verringern Unfälle.

Doch es wurde wieder einmal klar, dass die Bereitschaft für die Verkehrswende bei einigen Parteien – wenn überhaupt – nur so lange vorhanden ist, bis der Autoverkehr eingeschränkt wird: Die AfD klagte gegen die Pop-up-Radwege und bezeichnete sie als „rechtswidrig“ – CDU und FDP stimmten zu. Das Verwaltungsgericht hat dem Antrag gegen die Radwege stattgegeben. Wenn das Urteil bestätigt wird, ist das, laut Sørensen, ein großer Rückschlag für die deutschlandweite Verkehrswende. Es liegt nun an der Senatsverwaltung, sich für die Radwege einzusetzen.

Der rot-rot-grüne Senat hat mit dem Mobilitätsgesetz die Möglichkeit, die Verkehrswende – und damit nicht nur die Sicherheit der Radfahrer*innen, sondern auch den Klimaschutz – deutlich voranzutreiben. Dafür müssen klare Zielvorgaben und ein Ablaufplan für die Umsetzung des Gesetzes her. Der Aufstieg hat geklappt, jetzt muss weiter in die Pedale getreten werden.

Sarah Grzondziel, 22, ist bei der BUNDjugend Berlin im Landesvorstand und im Arbeitskreis Umweltjournalismus aktiv. Alle Infos unter <https://www.bundjugend-berlin.de>

„Der nächste Schritt: ziviler Ungehorsam“

Wenn die Politik keine sicheren Radwege baut, dann machen wir das selbst, sagen Laila, 24, und Kim, 51, von der Gruppe „Sand im Getriebe Berlin“

Interview **Lara Eckstein**

Das Bündnis „Sand im Getriebe“ hat im vergangenen Jahr die internationale Automesse IAA in Frankfurt/M. mit zivilem Ungehorsam blockiert. Jetzt wollt ihr als „Sand im Getriebe Berlin“ die Verkehrswende nach Berlin tragen – warum das?

Kim: Verkehrswende beginnt im Lokalen: Eine Stadt wie Berlin ist komplett vom Autoverkehr dominiert – das können wir nur hier vor Ort ändern: mit Fahrradwegen, mehr Bus- und Bahnverkehr und eben dadurch, dass wir Autos systematisch Platz wegnehmen. Das wollen wir mit unseren Aktionen erreichen, hier in Berlin.

Laila: Das ist dann nicht nur gut fürs Klima, sondern auch für alle Menschen, die hier leben und dem Autolärm, den Abgasen und den Gefahren ausgesetzt sind.

Aber Berlin hat doch schon ein Mobilitätsgesetz, Pop-up-Bikelanes und sogar ein Stück autofreie Straße in Mitte ...

Kim: Die Umsetzung des Mobilitätsgesetzes kommt überhaupt nicht voran: In elf von zwölf Bezirken tut sich so gut wie nichts – und die Pop-up-Radwege in Kreuzberg will die AfD uns jetzt mit rechtlichen Tricks wieder wegnehmen. Die Klimakrise hat aber jetzt schon schreckliche Ausmaße angenommen – da können wir nicht länger warten. Weil die Regierung und die Verwaltungen versagen, nehmen wir jetzt die Verkehrswende selbst in die Hand.

Laila: Viele Menschen können sich die Stadt ohne Autos einfach gar nicht vorstellen. Wir wollen mit kreativen, ungehorsamen Aktionsformen schon mal zeigen und erlebbar machen, wie schön Berlin ohne Autos sein kann.

Ist das euer Ziel: eine Stadt ganz ohne Autos? Wie soll das funktionieren?

Laila: Wir wollen vor allem eine Stadt für Menschen: In der alle sicher von A nach B kommen können. Das heißt: mehr Platz fürs Radfahren, Zu-Fuß-Gehen und für den ÖPNV. Und natürlich keine Autos mehr, klar! Aber das kann nur ein erster Schritt sein. Um die Klimakrise zu stoppen, brauchen wir ein generelles Verbot von Verbrennungsmotoren und den consequenten Rückbau der Autoindustrie. Das wird nicht leicht, denn die Lobby der kriminellen Autoindustrie von VW und Co. ist in Deutschland unglaublich stark. Aber spätestens der Dieselskandal hat ja gezeigt, dass es mit diesen Konzernmanagern keine Lösung für Klimaschutz geben kann – sondern nur gegen sie.

Kim: Auch Elektroautos sind keine Lösung. Wir müssen weg vom motorisierten Individualverkehr, der unsere Städte verstopft und die Privilegien der Reichen sichert. Wir wollen, dass

in der Giga-Fabrik von Tesla in Grünheide nur noch Elektrobusse und -lieferwagen gebaut werden – also, nach der Vergesellschaftung natürlich (*lacht*).

Was für Aktionen habt ihr schon gemacht? Und was sind weitere Pläne?

Laila: Es gab Aktionen von Sand im Getriebe hier in Berlin, bei denen wir nachts Pop-up-Radwege selbst aufgebaut haben, in Neukölln und im Wedding. Das geht wirklich ziemlich einfach – man darf sich nur nicht erwischen lassen.

Kim: Weil wir solche ungehorsamen Aktionen hier in Berlin verstetigen wollen, haben wir dann vor Kurzem den Gründungsprozess für die Berliner Ortsgruppe von Sand im Getriebe gestartet. Unsere erste Aktion war ein „Noise Ride“: eine Fahrraddemo gegen den Autogipfel, um dagegen zu protestieren, wie Kanzlerin Merkel die Autolobby hofiert.

Illegal aufgebaute Radwege verschwinden meist am nächsten Tag wieder – wie wollt ihr mit euren Aktionen langfristig etwas verändern?

Laila: Mit Beharrlichkeit (*lacht*). Wenn wir immer wieder Aktionen machen und zeigen, wie leicht es gehen kann mit der Verkehrswende, dann können wir den Senat und die Bezirke unter Druck setzen. Unser Ziel ist es, lauter und nerviger zu sein als die ewiggestrigen Autofans, die die Verkehrswende immer noch blockieren.

Kim: Es geht auch um Selbst-Empowerment: Wir wollen zeigen, dass wir keine Lust mehr haben, giftige Luft zu atmen und beim Radfahren unser Leben zu riskieren. Mit unseren direkten Aktionen zeigen wir: Wenn ihr keine sicheren Radwege baut, dann machen wir das selbst. Und wenn ihr denkt, ihr könnt weiter mit eurem Auto die

Stadt blockieren, dann nehmen wir euch den Platz dafür weg.

Nun gibt es ja schon viele Fahrrad- und autofrei-Initiativen in Berlin – braucht es euch da überhaupt noch?

Laila: Es ist toll, dass es so viele Initiativen für Radwege und autofreie Kieze gibt – aber den großen Wurf haben die bisher nicht gebracht. Das Mobilitätsgesetz war ein guter Ansatz, aber es wird nicht umgesetzt. Jetzt sind viele ratlos, weil sie mit Unterschriften und angemeldeten Demos allein nicht weiterkommen. Wir gehen da einfach den logischen nächsten Schritt: Wir leisten zivilen Ungehorsam, um den Druck zu erhöhen.

Kim: Wir haben schon Erfahrung mit Aktionen des zivilen Ungehorsams – mit Ende Gelände gegen Kohle oder vergangenes Jahr bei der IAA-Blockade in Frankfurt (a. M., Anmerkung der Redaktion). Jetzt zeigen wir in Berlin, wie das mit Verkehrswende geht.

Die nächste IAA-Messe findet nächstes Jahr im September in München statt, kurz vor der Bundestagswahl – gibt es dazu beim bundesweiten Bündnis von „Sand im Getriebe“ schon Pläne?

Kim: Fast ein bisschen schade, dass die Automesse nicht nach Berlin kommt (*lacht*). Aber klar, dann fahren wir halt nach München. Inmitten der Klimakrise noch eine Messe zu veranstalten, bei der Verbrennermotoren vergöttert werden und eine kriminelle Klimakiller-Industrie den roten Teppich ausgelegt bekommt – das geht wirklich gar nicht!

Lara Eckstein organisiert Kampagnen zu Klimagerechtigkeit und fährt Fahrrad in Berlin. Sand im Getriebe Berlin erreicht man über Twitter: @BerlinSig

Protest gegen den „Autogipfel“ am 8. September: AktivistInnen von „Sand im Getriebe“ fahren mit Fahrrädern am Kanzleramt vorbei
Foto: Annette Riedl/dpa



Um die Klimakrise zu stoppen, brauchen wir ein Verbot von Verbrennungsmotoren und den Rückbau der Autoindustrie

Laila





Julia Strauss mit ihrer Berliner Lyra, angefertigt ohne den traditionellen Schildkrötenpanzer. Wie der Rest der Ausstellung wird der Raum nur durch Tageslicht beleuchtet
Foto: Yann Schmidt

Klima lokalisieren

Einen Monat lang spürte die Ausstellung „Down to Earth“ im Gropius-Bau dem Terrestrischen nach. Joulia Strauss inszenierte indigenes Wissen als Schlüssel zu einer neuen Beziehung zur Erde

Von Yann Schmidt

„Europa ist der Ort, den die EU nicht kennt.“ Joulia Strauss sitzt auf einer gigantischen Schlange aus gemusterten Stoffen und spricht von ihrem eigenen Volk, den Mari. Die Mari leben in den Wäldern am östlichen Teil des europäischen Russlands, wo sie ihre Kultur und ihre Götter gegen die Monotheisierung verteidigt haben.

Im Gropius-Bau redet Joulia Strauss als Indigene über indigene Kosmologien. Sie zündet ein Räucherstäbchen an. Es ist ein 30-tägiges Ritual, das an diejenigen Menschen erinnert, die an den Frontlinien der Klimakrise gestorben sind, im Kampf um ihre Mitwelt. In die Schlange sind sieben kleine Altäre eingelassen, in denen kunstvolle Papierfiguren aufgestellt sind.

Joulia Strauss zeigt sie den Besucher*innen, die der Trans-indigenous Assembly beiwohnen. Sie nimmt sie auf eine Reise mit, erzählt von den Menschen in den Altären und ihren Kämpfen. Von Peru nach Indien und Australien, wo auf den Tiwi-Inseln die Sistergirls leben, indigene Transfrauen, die sich den patriarchalen Strukturen ihrer Communities widersetzen. Vom indischen Assam nach Kambodscha, Russland und Kolumbien,

wo die indigene Gemeinschaft in Cauca europäische und traditionelle Therapieansätze vereint und die Behandlung von Traumata zur politischen Aktion macht. Dazwischen singt Joulia Strauss Lieder aus den verschiedenen Kulturen in der Originalsprache und begleitet sich auf ihrer Berliner Lyra.

Die Veranstaltung ist Teil der Avtonomi Akadimia, die sich normalerweise im Garten der Akadimia Platonos in Athen ereignet. Für die Ausstellung

Indigenes Wissen als Kraft der Transformation

Down to Earth ist sie zum ersten Mal nach Berlin gekommen. Sie begreift marginalisiertes Wissen als eine Kraft der Transformation, ganz im Sinne des Essays von Bruno Latour, der namensgebend für die Ausstellung ist.

Dabei ist Down to Earth gar keine Ausstellung, folgt man dem Programmheft. Es ist eine Situation. Immersion lässt hier nicht nur die Barriere zwischen Erlebenden und Erlebtem verschwinden, sondern richtet

sich in derselben Geste gegen die Grenze zwischen Kultur und Natur.

Ein Raum wurde von Asad Raza mit unfruchtbarer Erde gefüllt, die von „Kultivator*innen“ mithilfe von Alltagsmaterialien und Abfällen wiederaufbereitet wird. Die Besucher*innen können ein Stück des Kunstwerks mit nach Hause nehmen und etwas darin anbauen. Mit dem Jutebeutel voller Erde in der Hand gehen sie in den nächsten Raum, vorbei an einem zersägten Porsche, der sein Innenleben offenbart. An anderer Stelle schillert auf dem Boden eine große Berliner Pflanze, von Kirsten Pieroth aus Neukölln hierhergebracht, wo Menschen sie zu schätzen wissen.

Die Ausstellung spürt dem Terrestrischen nach, das Bruno Latour in seinem großen Essay als Neuausrichtung der alten politischen Positionierungen zum Globalen und zum Lokalen ausmacht. Es geht ihm darum, eine neue Beziehung zu dem Ort herzustellen, an dem wir leben. Die Ausstellung bezieht das auf die eigene Praxis. Alles ist unplugged, ohne Elektrizität. Am Ende des Tages geht die Sonne unter und es wird dunkel.

Yann Schmidt ist bei Fridays for Climate Justice an der FU Berlin.

Die Straße als Reallabor

In was für einer Welt wollen wir leben? Wie ein friedliches, demokratisches und klimafreundliches Zusammenleben aussehen kann, wird beim „Tag des guten Lebens“ in drei Berliner Kiezen erprobt

Von Lena Horlemann und Davide Brocchi

Ob der Gesellschaft ein radikaler Wandel bevorsteht, diese Frage stellt sich heute nicht mehr. Es geht nur noch um das Wie: by design or by disaster. Wenn wir den Wandel selbst gestalten wollen, dann ist der Weg das eigentliche Ziel. Wie unsere Gesellschaft mit der eigenen ökologischen und gesellschaftlichen Umwelt umgeht, das hat viel mit den sozialen und kulturellen Verhältnissen innerhalb der Gesellschaft selbst zu tun.

Der „Tag des guten Lebens“ ist der Katalysator für eine Transformation, die eine Umwandlung der sozialen Beziehungen und der Herrschaftsverhältnisse aus dem Lokalen heraus voraussetzt. Wie würden unsere Kieze aussehen, wenn sie von den Bewohner*innen als Gemeingut selbstverwaltet und nach eigenen Entwürfen des guten Lebens umgestaltet werden könnten? Weil wir diese Möglichkeit nicht das ganze Jahr lang haben, beginnen wir mit einem Tag, dem „Tag des guten Lebens“.

Vor rund drei Jahren fand sich im Brüsseler Kiez in Wedding eine Gruppe Menschen zusammen, die diese Idee umsetzen wollten. Zwei weitere Kieze in Lichtenberg und Neukölln folgten. Hinter dem Prozess hat sich ein Bündnis von 50 Organisationen mit Akteuren aus Umwelt, Kultur, lokalem Gewerbe und Sozialem formiert, das vom Verein Berlin 21 formell getragen wird und von RENN.mitte unterstützt wurde.

Im Dezember 2019 stimmte das Berliner Abgeordnetenhaus einer zweijährigen Finanzierung des Reallabors zu, die jetzt über die Bezirksämter realisiert wird. Aufgrund der Coronakrise musste der erste „Tag des guten Lebens“ in Berlin zwar ausfallen, dennoch geht die Arbeit in den Kiezen weiter. Zum Beispiel gibt es am 25. September sowie am 2. Oktober zwei „Wohnzimmer der Nachbarschaft“ auf der dann autofreien Antwerpener Straße im Wedding. In „Online-Talks“ berichten Praktiker, wie

man die Gestaltung des eigenen Kiezes in die Hand nehmen kann.

Zu oft bleiben die Mobilitäts- und Klimawende, die Förderung einer gelebten Demokratie, der Toleranz und des Zusammenhalts im Stadium einer verbalen Debatte hängen. Solche Diskurse werden nebeneinander geführt, oft in einer Nische oder gar Blase, wobei diese Parzellierung der Transformation keinen großen Schub liefern kann. Der Transformationsansatz hinter dem „Tag des guten Lebens“ verbindet viele Diskurse und Ziele, indem sie den Kiez zum Reallabor macht.

In Köln, wo dieser Tag seit 2013 jährlich in wechselnden Quartieren stattfindet, betrifft

Am „Tag des guten Lebens“ sind nur Teilen und Schenken erlaubt

dies jeweils 15.000 bis 35.000 Bewohner*innen, die dann das eigene „Veedel“ aus einer ganz anderen Perspektive erleben. Sie machen selbst die Erfahrung, dass große Freiflächen viel sinnvoller und kreativer genutzt werden können, als nicht genutzte Fahrzeuge darauf zu parken.

Die Nachbarschaft erlebt diesen enormen Eingriff nicht als Fremdbestimmung, sondern als einen Beitrag zur Selbstbestimmung, vorausgesetzt, der partizipative und demokratische Prozess im Kiez beginnt lange im Voraus und wird sorgfältig gefördert, zum Beispiel durch regelmäßige Nachbarschaftstreffen, Arbeitsgruppen oder gemeinsame Kunstaktionen. Idealerweise bestimmt jede Nachbarschaft, was auf der eigenen Straße am „Tag des guten Lebens“ passiert. Genau dabei macht die Bewohnerschaft die Erfahrung, dass schon im engen Raum ganz unterschiedliche Vorstellungen vom guten Leben herrschen: Kinder wollen spielen, die Jugend tanzen und die Älteren die Ruhe genießen.

Manche wollen freie Fahrt für das Rad, andere lieber gemeinsam essen.

Wie kommt man zu einer gemeinsamen Vorstellung, die die Vielfalt zur Geltung kommen lässt statt unterdrückt? Wie ist die Nachbarschaft als weltweite Wohngemeinschaft möglich? Sicher braucht sie unentgeltliche Rituale, genau wie in jeder Familie und jedem Freundeskreis. Am „Tag des guten Lebens“ sind das Verkaufen und Kaufen im öffentlichen Raum untersagt, nur Teilen und Schenken sind erlaubt.

Wenn die Krise der Demokratie und die Finanzkrise Ausdruck einer Vertrauenskrise sind, dann stellt sich die Frage, wo das Vertrauen, das eine gesunde Demokratie und eine faire Ökonomie benötigen, wieder entstehen kann. Die Antwort lautet: im Lokalen, dort wo Menschen persönlich miteinander interagieren und sich mit überschaubaren Räumen als Gemeingut identifizieren können.

Ohne die Zustimmung der politischen und administrativen Institutionen kann jedoch kein echter Freiraum für die partizipative Transformation entstehen. Dafür ist ein paralleler Prozess notwendig, der zur nötigen *public citizen partnership* führt. Es braucht eine breite, bunte Bewegung hinter der Initiative, die für die nötige Augenhöhe mit der Verwaltung sorgt, damit das gute Leben und die Transformation in den Städten nach und nach gemeinsam erreicht werden.

Lena Horlemann ist Projektkoordinatorin des „Tag des guten Lebens“ bei Berlin 21 e. V. Davide Brocchi ist Soziologe und Initiator des Tags des guten Lebens in Köln und Berlin.

Am 25. September und 2. Oktober verwandelt sich die Antwerpener Straße in Wedding in das „Wohnzimmer der Nachbarschaft“ für Groß und Klein. Von 14 bis 18 Uhr wird präsentiert, diskutiert, getauscht, gespielt, kurzum: die autofreie Straße kreativ genutzt. Infos: tagdesgutenlebens.berlin

Anzeige



KLI MA STREIK 25.9.

Mit #FridaysForFuture auf die Straßen! ALLE INFOS & ORTE klima-streik.org

BRANDENBURGER TOR • 11 UHR

V.i.S.d.P.: NaturFreunde Deutschlands e.V., Uwe Hilsch, Warschauer Str. 59a, 10243 Berlin copyright Ercoe: freepic

Direktflug in die Klimakrise?

Eine Gruppe von Pinguinen namens „Am Boden bleiben“ plant eine Massenaktion des zivilen Ungehorsams um die Eröffnung des Flughafens BER am 31. Oktober zu blockieren

Von **Lena Goldschopf**

Corona holte die Luftfahrt auf den Boden. Davor befand sie sich auf einem Höhenflug auf Kosten des Klimas. Der zivile Flugverkehr ist schon jetzt laut Umweltbundesamt für fünf bis acht Prozent der menschengemachten Klimaerwärmung verantwortlich. 2,4 Prozent gehen auf die Kappe des CO₂, den Rest verursachen Stickoxide, Wasserstoff und weitere Effekte. Die Industrie plant für die nächsten zwei Jahrzehnte eine Verdopplung der Flugkilometer und Flugzeuge, inklusive über tausend erweiterte oder neue Flughäfen.

Darunter der Flughafen Berlin Brandenburg. Die ursprünglich für den 30. Oktober 2011 geplante Eröffnung des BER ist – nach kleineren Zwischenfällen und circa siebenmaliger Verschiebung – für den 31. Oktober 2020 angesetzt. Im letzten Jahr verbreitete sich das Bekennervideo einer Gruppe von Pinguinen namens „Am Boden bleiben“. Sie zeichneten sich für die jahrelang verhinderte Eröffnung des Flughafens verantwortlich. Im Namen des Klimas sabotierten die „coolsten Vögel, die am Boden bleiben“, mehrmals die Baumaßnahmen, um eine Zunahme der Emissionen zu verhindern ...

In Wahrheit mussten die Pinguine für die zu kurzen Rolltreppen, die planlose Kabelverlegung, marode Elektronik, die sich nicht öffnenden Brandschutztüren und die täglich versenkten Steuergelder keinen Finger rühren.

Was aber spätestens jetzt aktiv verhindert werden muss: eine reibungslose Eröffnung des Flughafens. Die Pinguine planen eine Massenaktion zivilen Ungehorsams, um „den BER auf Eis zu legen“.

Dabei geht es nicht darum, einzelne Passagiere zu blockie-

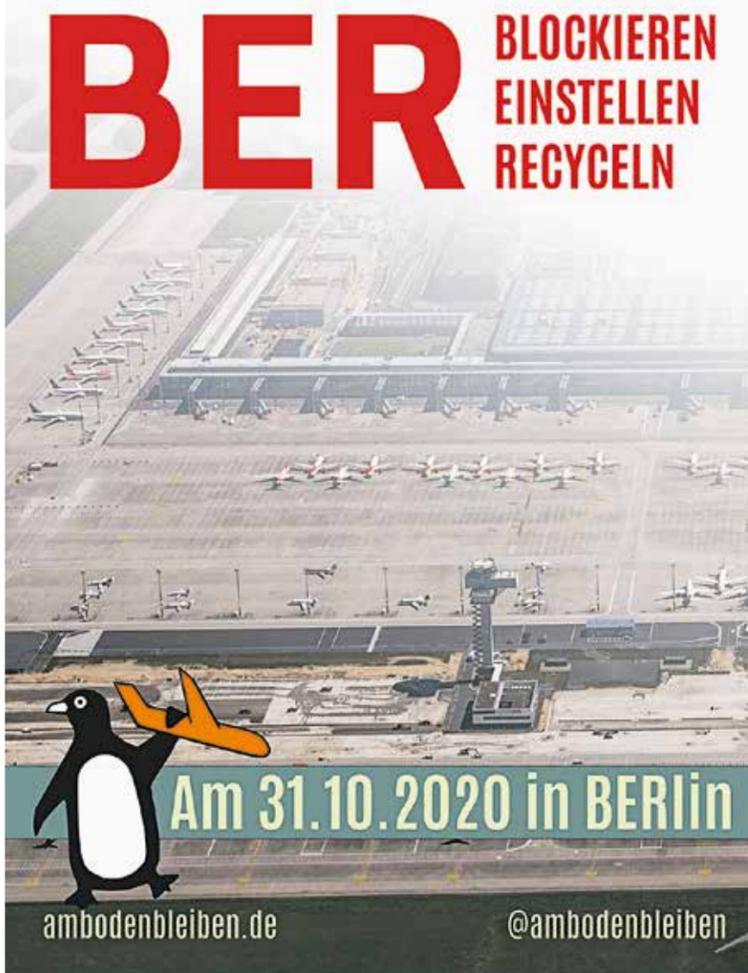
ren. Der Klimagerechtigkeitsgruppe geht es mit der Aktion vielmehr darum, öffentlichkeitswirksam einer ungerechten und klimaschädlichen Industrie die Absage zu erteilen. Das „Flug-Shaming“ sehen sie als wenig zielführend. Dass scheinbar gut gebildete, umweltbewusste Grünwähler*innen die sind, die am meisten fliegen, zeigt: Fliegen ist eine Frage von Klasse und „race“, und eine imperiale Lebensweise gäbe es nicht ohne die dahinterliegenden Strukturen, die Infrastruk-

Dass Grünwähler*innen am meisten fliegen zeigt: Fliegen ist eine Frage von Klasse und „race“

turen und Gesetze, die den Flugverkehr stabilisieren.

In Deutschland erhalten die Fluglinien circa 13 Milliarden Euro Steuergelder jährlich durch eine fehlende Kerosin- und Mehrwertsteuer. Neun Milliarden bekam erst kürzlich die Lufthansa, und über sechs Milliarden verschluckt der BER bis zur Eröffnung. Profitieren tun davon wenige Konzerne und Vielflieger*innen. In Deutschland fliegen sieben Prozent der Menschen zehnmal oder häufiger pro Jahr. Die Mehrheit fliegt selten bis gar nicht: Weltweit saßen bisher über 80 Prozent der Menschen noch nie im Flieger.

Um den Flugverkehr effektiv reduzieren zu können, braucht es vor allem im globalen Norden eine andere Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsweise. Flugverkehr ist zentral für den globalisierten hypermobilen Kapitalismus. Zu ihm gehören Businessflüge ebenso wie Waren aus aller Welt, Massentou-



rismus zur schnellen Entspannung vom stressigen Alltag und Militärluftfahrt zur Verteidigung einer neokolonialen Weltordnung.

„Wenn wir es nicht schaffen, den Kapitalismus mit seinem Wachstumszwang und seiner Hypermobilität zu überwinden, sind weder die Verhinderung der Klimakrise noch soziale Gerechtigkeit und Bewegungsfreiheit weltweit möglich“, heißt es in dem Aufruf von Am Boden bleiben. Ziel der Gruppe ist es, mit der Blockade des Flug-

hafen BER die Absurdität neuer Fluginfrastruktur in Zeiten der Klimakrise und die damit verbundenen Ungerechtigkeiten sichtbar zu machen und dazu beizutragen, dass die unbeabsichtigte Pause im Flugverkehr genutzt wird, einen Umbau hin zu einer klimagerechten Mobilität und Bewegungsfreiheit für alle zu gestalten.

Lena Goldschopf freut sich auf die nächste Aktion von „Am Boden bleiben“. Infos: www.ambodenbleiben.de

Plakat von: „Am Boden“

Ein Bürger*innenrat muss her!

Die Gesetze müssen verschärft werden, um die Pariser Klimaziele zu erreichen

Von **Initiative Klimaneustart Berlin**

Die Berliner Regierung – der Senat – peilt weiterhin Klimaneutralität bis 2050 an. Das reicht bei Weitem nicht aus, um dem 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens gerecht zu werden. Wir wollen Berlin so schnell wie möglich klimaneutral umbauen und nutzen dafür die Mittel der direkten Demokratie:

Mit der Volksinitiative Klimanotstand Berlin haben wir im letzten Jahr maßgeblich dazu beigetragen, dass der Senat im Dezember 2019 die Klimanotlage ausgerufen hat. Seitdem ist nichts geschehen, das darauf hinweist, dass diese Notlage auch anerkannt wird – von „dringendem Handeln“ kann keine Rede sein (Hier unsere ausführliche Zusammenfassung und Bewertung der Berliner Klimapolitik).

Es gibt von Seiten der Regierung keine regelmäßige Kommunikation und Transparenz im Bezug auf ihre Klimapolitik: Was bedeutet die Klimanotlage für uns? Was plant die Stadtverwaltung? Was muss für frühestmögliche Klimaneutralität geschehen? Worauf müssen sich die Bürger:innen einstellen? Wie werden Klima- und Coronakrise gemeinsam angegangen?

Wir fordern daher die Einberufung eines Klima-Bürger:innenrates! Berliner Bürger:innen aus allen Bevölkerungsschichten sollen zusammenkommen, fundiert informiert werden und zu konkreten Maßnahmen beraten, um dann Empfehlungen an die Politik auszusprechen. Wie kann unsere Stadt im Einklang mit dem 1,5-Grad-Ziel von Paris klimaneutral werden?

Warum ein Bürger:innenrat?

Ein repräsentativ ausgeloster Rat von Bürger:innen kann bei gesamtgesellschaftlichen, schwierigen politischen Entscheidungen die parlamentarische Demokratie sinnvoll ergänzen. Aufgrund der weitreichenden Konsequenzen der Klimapolitik halten sich Politiker:innen mit konkreten Maßnahmen zurück. Die Teilnehmenden des Rates werden ausgewogen informiert und erarbeiten gemeinsam Handlungs-Empfehlungen für die Politik.

Parallel dazu erarbeiten wir derzeit eine Gesetzesvorlage zur Verschärfung der Berliner Klimaschutzziele. So wollen wir den Senat zwingen, die Transformation unserer Stadt wesentlich schneller anzugehen. Dazu werden wir ab 2021 Unterschriften für einen Volksentscheid sammeln, damit die Bevölkerung über pariskonforme Klimaziele selbst abstimmen kann.

Infos: klimaneustart.berlin

lokalprarie

bekanntmachung

KFZ Pfandversteigerung am 02.10.2020 in Berlin 08:30 Uhr Pfando's cash & drive GmbH - Bismarckstraße 24 - 10625 Berlin

suche

Nette Familie aus Berlin sucht einen schönen Kleingarten in Berlin oder Brandenburg, der mit Bus/Bahn erreichbar ist, familienruen@posteo.de.

transporte

zapf umzüge, ☎ 030 61 0 61, www.zapf.de, Umzugsberatung, Einlagerungen, Umzugsmaterial, Beiladungen, Materiallieferungen, Akten- und Inventarlagerung

wohnen biete

Möblierte Einliegerwohnung am Rande der Schorfheide zu vermieten. Ideal für stadtmüde Familie mit Kindern als Zweitwohnsitz im restaurierten Landhaus. Großer Grünbereich im Hof. ÖPNV-Anschluss, Internet. **Details unter ebay-kleinanzeigen Stichwort „Wohnung“ Ort „Liebenwalde“ Warmmiete 750,- carloforte@easy-lift.de**

wohnen suche

Krankenpflegerschüler, 21 Jahre alt / seit 5 Jahren in Deutschland sucht dringend kleine Wohnung bis 500 € Warmmiete. ☎ 017632220059 oder ahmadpiyesh1999@gmail.com

Geschmack der Zukunft

Der Berliner Ernährungsrat setzt sich für gutes und klimafreundliches Essen für alle ein – und nutzt dafür die Kollektivintelligenz in der Stadt und wissenschaftliche Erkenntnisse

Von **Annette Jensen**

„Berlin ernährt sich klima- und sozial gerecht im Jahr 2030“ – unter diesem Motto veranstaltet der Berliner Ernährungsrat eine Aktionskonferenz. Gegenwärtig finden Ideenküchen statt, in denen vielfältige Menschen ihre Kompetenzen als Zutaten liefern. Vom 19. bis 21. November sollen die Projekte fertig gebacken und serviert werden.

„Der globale Lebensmittelsektor ist für bis zu einem Drittel der Treibhausgasemissionen weltweit verantwortlich“, schreibt Johan Rockström, Leiter des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Landwirtschaft, Transport, Verarbeitung, ein Drittel des Essens landet im Müll, hoher Fleischkonsum – all das trägt dazu bei. Doch auch aus anderen Gründen kann es nicht so weitergehen: Unsere Art der Ernährung ist Hauptursache für den rasanten Artenchwund, Adipositas als Volkskrankheit, katastrophale Arbeitsbedingungen auf Feldern und in Schlachthöfen sowie die Abholzung der Regenwälder. Einzelne Problemfelder isoliert zu betrachten, macht keinen Sinn – in den Fokus gehören Lösungen. Rockström hat einen Speiseplan zusam-

mengestellt, wie jeder Mensch auf der Welt klimafreundlich satt werden kann. Das Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung in Müncheberg hat ausgerechnet, dass Berlin mit Lebensmitteln aus einem Radius von etwa 100 Kilometern rund um die Stadt zu versorgen wäre. Der Kompass zeigt die Richtung: Überwiegend regional und saisonal, wenig Fleisch und Verzicht auf gefährliche Agrochemikalien.

Zugleich müssen die Lösungen anständige Arbeitsbedingungen ermöglichen und gute Lebensmittel für alle – nicht nur für Wohlhabende. Bei näherer Betrachtung erweisen sich Billiganbieter auch für ärmere Konsumentengruppen als Teil des Problems. Die Aldi-Erben führen die Liste der reichen Deutschen an, Schlachter Tönnies belegt Platz 85. Dass viele Haushalte immer weniger Geld für Lebensmittel haben, liegt auch an steigenden Mieten – und die werden teurer, weil Reiche Immobilien als Investitionsobjekte suchen.

Berlin hat sich als eine der ersten Städte verpflichtet, ein gerechtes, dauerhaft tragfähiges Ernährungssystem einzurichten. Seit verganginem Dezember gilt die Klimanotlage. Doch bei der Umsetzung hapert es. Zum Startschuss soll nun die Ak-

tionskonferenz werden, die von Berlin 21/RENN mitte und der Verbraucherschutzabteilung im Justizsenat unterstützt wird.

Nötig sind außerdem Orte in jedem Bezirk, wo Lebensmittel gelagert, gehandelt und verarbeitet werden und wo Ernährungsbildung stattfindet. Das Baumhaus im Wedding entwickelt gerade die Grundlagen für LebensMittelPunkte (LMP). Außerdem setzen sich Berliner Ernährungsrat und thf.vision für einen Ernährungscampus im Tempelhofer Flughafen ein, damit sich Praxis, Forschung und Bildung gegenseitig vorantreiben können.

Ein Konzept gibt es bereits, die für Ernährung zuständige Staatssekretärin Margit Gottstein hat den Raumbedarf angemeldet – doch die Verwaltung will zehn Jahre ohne Bürgerbeteiligung sanieren. So lange kann Berlin nicht warten. Deshalb wird der Ernährungscampus jetzt „im Exil“ weiterentwickelt.

Annette Jensen ist Sprecherin des Berliner Ernährungsrats und Mitgründerin von thf.vision. Aktionskonferenz des Berliner Ernährungsrats: 19.–21. 11. Infos: ernaehrungsrat-berlin.de

Anzeige



Die Fakten

Klimawandel ist real.
Der Klimawandel ist da. Seit dem Beginn der Industrialisierung ist die globale Mitteltemperatur um etwa 1 °C gestiegen. Die Auswirkungen dieser Erwärmung sehen wir jetzt – im Schwinden des Eises auf dem Nordpolarmeer. In der Häufigkeit heißer Sommer. Im Ansteigen des Meeresspiegels. In der zunehmenden Trockenheit in vielen Regionen der Erde. In extrem hohen Temperaturen in Sibirien. Im Schwinden der Gletscher in den Alpen. Im Sterben der Bäume.

Wir sind die Ursache.
Für jede Tonne Kohlendioxid, die ein Mensch irgendwo in die Atmosphäre freisetzt, schmelzen im Arktischen Ozean drei Quadratmeter Packeis. Das liegt daran, dass durch mehr Kohlendioxid die Atmosphäre mehr Wärme in Richtung der Erdoberfläche abstrahlt. Diese Wärmeabstrahlung der Atmosphäre merkt man zum Beispiel nachts, wenn die Sonne untergegangen ist, und wir trotzdem nicht in der Kälte des Weltraums stehen. Alle anderen Faktoren, die das Klima der Erde beeinflussen, haben sich in den letzten Jahrzehnten kaum geändert. Sie können die Erwärmung nicht erklären.

Klimawandel ist gefährlich.
Das Klima der Erde war in den 10.000 Jahren vor dem Beginn der Industrialisierung ungewöhnlich stabil. Die Entwicklung unserer Zivilisation von der Steinzeit bis zur Gegenwart fand in diesen 10.000 Jahren statt. Unsere gesamte Infrastruktur ist an diesen stabilen Klimazustand angepasst. Und genau das macht den Klimawandel so gefährlich: Unsere gesamte Zivilisation ist von ihm betroffen. Er entwickelt sich unheimlich schnell. Und wenn die einschneidenden Folgen da sind, wird es zu spät sein, um sie noch zu verhindern.

Fachleute sind sich einig.
Der Fortschritt der Wissenschaft lebt vom ständigen Hinterfragen früherer Erkenntnisse. Das ist unser täglich Brot als Wissenschaftler*innen. Der größte Erfolg eines Klimaforschers wäre es herauszufinden, dass fundamentale Erkenntnisse zum Klimawandel falsch sind. Aber wir finden keine fundamentalen Fehler. Die Messdaten geben uns immer wieder recht. Die Modelle stimmen im Großen und Ganzen mit den Messungen überein. Der Klimawandel ist da.

Wir können noch etwas tun.
Eigentlich ist es gut, dass wir Wissenschaftler*innen so sicher sind, dass der größte Teil der Erwärmung in den vergangenen Jahrzehnten von uns Menschen verursacht ist. Das bedeutet nämlich, dass wir Menschen es zum allergrößten Teil selbst in der Hand haben, wie sich das Klima in Zukunft entwickeln wird. Die Zukunft des Planeten liegt wortwörtlich in unseren Händen.

Dirk Notz ist Professor an der Uni Hamburg und Forschungsgruppenleiter am Max-Planck-Institut für Meteorologie.

Wo Klimawandel sichtbar wird: Die lange Trockenheit in den Sommermonaten bringt Landwirte schon jetzt an ihre Grenzen
Foto: Julian Stratenschulte/dpa



„Die Bewahrung der Schöpfung“

Bernd Althusmann ist niedersächsischer Wirtschaftsminister und hat damit den nötigen Einfluss, um sich für Klimaschutz einzusetzen. Er glaubt, die Ziele müssten realistisch bleiben. Klimaneutralität 2035 sei zu ambitioniert

Interview **Annika Kruse**

taz: Herr Althusmann, würden Sie Ihren Kindern erlauben, freitags die Schule zu schwänzen, um zu demonstrieren?

Bernd Althusmann: Bei meinen schulpflichtigen Kindern lege ich da sehr viel Wert drauf, dass sie auch am Unterricht teilnehmen. Meine heute 13-jährige Tochter hatte einmal den Wunsch, an einer Freitagsdemonstration teilzunehmen. Das habe ich ihr dann unter der Bedingung erlaubt, dass das Thema später auch im Unterricht erörtert wird. Jeden Freitag fände ich problematisch. Das geht auch nach der Schule.

Würde Ihre Tochter dann nicht gegen Ihre eigene Politik auf die Straße gehen?

Nein, weil unsere Politik schon seit Jahren von der Bewahrung der Schöpfung geprägt ist. Die Bundesregierung war auch maßgeblich an der Entstehung des Pariser Abkommens beteiligt. Außerdem haben wir zahlreiche Klimaschutzgesetze verabschiedet und setzen uns bereits seit den 70er-Jahren mit dem Treibhausgasereffekt auseinander. Mir war immer ein guter Ausgleich von Ökonomie und Ökologie wichtig, weshalb ich stark den Ausbau der Windkraft vorangetrieben habe.

Laut Pariser Abkommen benötigen wir Klimaneutralität bis 2050. Warum strebt Niedersachsen eine Emissionsreduktion von 80 bis 95 Prozent bis 2050 lediglich an?

Wir versuchen Schritt für Schritt mehr Klimaschutz zu betreiben und möchten in Niedersachsen größtmögliche Klimaneutralität 2050 erreichen. Wir wollen mit einer klugen Wirtschaftspolitik, die auf Innovationen setzt, den Klimawandel bekämpfen, denn wir wissen natürlich, dass eine Erderwärmung von über 1,5 Grad irreversible Schäden an unserem Planeten hinterlässt.

Wie genau ist es mit Gerechtigkeit vereinbar, dass Niedersachsen als wohlhabendes Bundesland mit historischer Verantwortung zum gleichen Zeitpunkt klimaneutral werden soll, wie jede andere Gegend dieser Erde? Müsste das nicht früher sein?

Wir haben in Niedersachsen einen Ökostromanteil von etwa 50 Prozent, da sind wir eines der führenden Länder. Die Klimaziele, die wir uns vorgenommen haben, sind erreichbar und mit Innovationen zu erzielen. Klimaneutralität bis 2035 – Ihr erklärtes Ziel bei Fridays for Future – ist sehr ambitioniert. Ich stimme Ihnen zu, dass wir im Klimaschutz mehr tun müssen, aber nicht in der Zeitplanung, da ich glaube, dass wir den Strukturwandel, den wir brauchen, nur Schritt für Schritt vornehmen können.

Die Erderwärmung wird irreversible Schäden hinterlassen

Mit Klimaneutralität 2050 können wir den schlimmsten Folgen der Klimakrise nicht mehr entgegenwirken. Wo merkt man sie schon?

Sie ist bereits in Extremwetterereignissen und hohen Temperaturen sichtbar, auch in Niedersachsen. Es ist spürbar, dass wir etwas tun müssen. Deshalb haben wir das Klimaschutzgesetz eingebracht. Es ist gerade im parlamentarischen Verfahren.

Sie selbst sitzen im VW-Aufsichtsrat. Was wird dort fürs Klima getan?

VW treibt gerade mit viel Power die Elektromobilität voran.

Damit sich E-Mobilität lohnt, brauchen wir Erneuerbare. Wie ist es zu erklären, dass der Windkraftanbieter Enercon Tausende Stellen streicht?

Der Windkraftausbau ist in den vergangenen Jahren ins Stocken gekommen. Das liegt an der bundesweiten Deckelung der Windkraft, gegen die wir uns schon öfter eingesetzt haben. Gerade haben wir Tausende von Windkraftanlagen, die darauf warten, genehmigt zu werden und dann an Bürgerinitiativen scheitern. Wir könnten und müssten den Ausbau der Windenergie stark beschleunigen, gerade im Offshore-Bereich.

Wie planen Sie, die Emissionen im Verkehrssektor zu senken, die seit 1990 immer weiter gestiegen sind?

Die größten Emittenten der Welt, dazu gehören die USA, China, Russland und die EU, haben sich verpflichtet, die Emissionen stark zu reduzieren. Ich bin sicher, dass wir es mit technischen Lösungen schaffen können, sie auch im Verkehrssektor zu senken. Die Ankündigung von Airbus zur Entwicklung klimaneutraler Wasserstoff-Flugzeuge wird den Luftfahrtbereich revolutionieren.

Wie können Deutschland und Niedersachsen Vorreiter im Klimaschutz werden?

In Deutschland beginnen wir zum Beispiel ab 2021 mit der Einführung der CO₂-Steuer mit dem Einstiegspreis von 25 Euro pro Tonne CO₂. Danach wird der Preis schrittweise auf bis zu 55 Euro im Jahr 2025 ansteigen.

Die Tonne CO₂ kostet folgende Generationen laut Umweltbundesamt 180 Euro.

Deutschland tut bereits viel fürs Klima, beispielsweise beim Kohleausstieg. Aber Deutschland ist auch nicht das einzige Land im Kyoto-Protokoll.

Mit einem Kohleausstieg 2038 wäre Deutschland jedoch das letzte europäische Land mit Kohleausstiegsplan, das aus der Kohle aussteigen würde.

Wir müssen neben dem Kohleausstieg auch den Ausstieg aus der Kernkraft organisieren und dabei die Energiesicherheit nicht

gefährden. Dieser Herausforderung stellt sich kein anderes Land. Die Rettung des Klimas ist ein Thema, dem wir uns stellen müssen. Wir brauchen eine Strategie mit realistischen Zielen.

Wir müssen uns immer bewusst machen, dass das Klima mehr als nur ein politisches Thema ist, sondern die Rettung unserer Lebensgrundlage.

Annika ist 18 und studiert Politikwissenschaft.



Foto: Peter Steffen/dpa

Bernd Althusmann 53, ist in Niedersachsen Wirtschaftsminister und der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes, von 2010 bis 2013 war er Kultusminister.

Anzeige

FÜR MEHR KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ BEIM ESSEN IN KITAS UND SCHULEN!

Gutes Essen macht Schule

Aktuelle Online-Infoabende und Unterstützung:
agrarkoordination.de/projekte/gutes-essen-macht-schule

AGRAR KOORDINATION

Anzeige

HÖFLADEN mit Wind- und Wetter-Café LIEFERSERVICE

23860 Groß Schenkenberg

GUT ROTENHAUSEN

www.gutrothenhausen.de

WIR STREIKEN, B

„Viel drastischer ausbauen“

Die Bundesregierung investiere zu wenig in die Energiewende, sagt Werner Beba. Er erprobt in einem Projekt, wie der Norden zu 100 Prozent auf Erneuerbare umgestellt werden kann



Steht für die Form der Energieerzeugung, die uns das ganze eingebracht hat: Kohlekraftwerk Moorburg
Foto: Jannis Große/imago

Interview **Florian König**

Herr Beba, wie stoppen wir die Klimakrise?

Werner Beba: 87 Prozent der Treibhausgasemissionen werden durch Verbrennungsprozesse verursacht. Die Energiewende muss der zentrale Ausgangspunkt sein, denn erneuerbarer Strom ist die Grundlage für Klimaneutralität in den Sektoren Wärme, Verkehr und Industrie. Das Kernproblem ist, dass wir es mit trägen Systemen zu tun haben, aber jetzt handeln müssen.

Wie hilft Ihr Projekt „Norddeutsche Energiewende 4.0“ dabei?

Ziel ist es zu erproben, wie in der Modellregion Hamburg/Schleswig-Holstein ein Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare, zunächst im Stromsektor gelingen kann. Auch an einem dunklen, windarmen Tag oder in der Nacht muss die Stromversorgung gewährleistet sein. Das können wir einerseits, indem wir die Energie umwandeln, speichern und später nutzen, andererseits, indem wir Verbraucher dazu animieren, Strom dann abzunehmen, wenn er im Überschuss vorhanden ist. Steuern kann man das dann etwa über den Preis.

Wie weiß ich als Verbraucher, wann ich Strom beziehen muss?

Dazu müssen wir beispielsweise in Echtzeit wissen, wann wir wie viel Strom im Netz haben und zeitgleich die nächsten 24 Stunden pro-

gnostizieren. Das ist eine enorme Leistung, die im Rahmen der Digitalisierung zu bewältigen ist. Abhängig von den gemessenen Werten senden wir Signale direkt an den Verbraucher. Wir haben beispielsweise gerade ein „Smart Meter“-Projekt mit 1.000 Haushalten in Norderstedt. Jede Wohnung ist mit einer Stromampel ausgestattet, die anzeigt, wenn ein Überschuss vorhanden ist. Springt die Ampel auf grün, zahle ich zum Beispiel nur 5 ct/kWh. Ich starte also meine Waschmaschine oder lade mein Elektroauto genau dann, wenn wir viel grünen Strom im Netz haben. So können die Verbraucherinnen zu Hause zur Netzstabilität beitragen.

Schreitet die Energiewende denn schnell genug voran?

Nein, zunächst mal müssen wir die Kapazitäten der Erneuerbaren noch viel drastischer ausbauen. Wir sprechen da von einem Faktor 3 in der nächsten Dekade, Faktor 6–7 bis 2050, um klimaneutral zu werden. Doch auch die technische Umsetzung dauert. Es fehlt die Zeit.

Woran scheitert es?

Das Problem ist, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen noch nicht zu unseren Zielvorgaben, CO₂-Emissionen letztlich auf null zu senken, passen – weder in Hamburg noch bundesweit. Erdgas ist momentan preiswerter als grüner Strom. Das liegt nicht daran, dass

letzterer grundsätzlich teuer ist. Die Belastung durch EEG-Umlagen, Stromsteuer und Netzentgelte und so weiter macht am Ende 75 Prozent des Preises aus. Die gibt es bei Kohle und Gas nicht. Wir haben ein wettbewerbsverzerrendes System.

Warum agiert die Politik so träge?

Uns blockiert unter anderem das föderalistische System. Die Bundesländer ziehen in Sachen Energiewende leider nicht alle an einem Strang. Doch wir brauchen da eine gemeinsame Strategie. Gleichzeitig wird nicht gesehen, dass wir nicht mehr warten können, sondern die Weichen jetzt stellen müssen. Die Energiewende gibt es nicht zum Nulltarif und sie wird nicht funktionieren, wenn die Investitionen ausbleiben. Denn die Kosten können weder von Verbraucherinnen noch von Unternehmen alleine getragen werden.

Haben Sie einen Schlussappell?

Zusammen mit unseren 60 Partnern zeigen wir, die Energiewende ist technologisch machbar. Die Politik arbeitet bemüht, aber nicht schnell genug, um die Reduktionsziele zu erreichen. Wenn wir als wohlhabender Staat nicht vorangehen, wer soll uns dann folgen? Wenn wir es ernst meinen, müssen wir in einer ganzheitlichen Transformation des Energiesystems die Vorreiterrolle übernehmen.

Florian, 21, studiert im Masterstudiengang Physik.

Dschungel statt Punsch

Die letzte Chance der Stadt – wie Architektur vom Problem zur Lösung werden muss

Von **Maximilian Herzog**

Erkennen Sie auf dem Foto den Rathausmarkt wieder? Hamburgs Wahrzeichen als grünes Biotop, umringt vom Einheitsgrau der Innenstadt: Ein Paradies für Vögel und Insekten und ein Ruheort für gestresste Stadtbürger? Die meisten von Ihnen würden auf ein solches Vorhaben wohl reagieren mit: „Wie könnt ihr es wagen, den Ort meines letzten Glühweinrausches anzurühren?! Irrendwann ist mal gut!“

Aber sind es nicht genau diese Denkbarrieren, die uns als (Stadt-)Gesellschaft daran hindern, Hamburg endlich konsequent so weiterzuentwickeln, dass unser Handeln der 1,5-°C-Grenze globaler Erhitzung gerecht wird? Die Klimakrise stellt uns vor immense Herausforderungen. Wir müssen deshalb viel schneller handeln – und die Stadtplanung spielt hierbei eine herausragende Rolle. Jede/r von uns weiß um die Hitzewellen, den Starkregen und das Verschwinden der Insekten. Um also auf unseren neuen Rathausdschungel zurückzukommen: Warum denn eigentlich nicht?

Ein Blick auf die blanken Fakten verdeutlicht uns unsere Verantwortung als Hafenstadt. Denn die globale Klimaerhitzung wird maßgeblich durch Städte und ihren Ressourcenverbrauch verursacht. Bis zu 80 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen sind urbanen Ballungsräumen und ihren Bevölkerungen zuzurechnen. Deshalb müssen auch lokale Antworten zur Bekämpfung der Klimakrise und des Artensterbens gefunden werden.

Unterdessen heizt das wachsende Hamburg die Klimakrise weiter an. Die Sektoren Bauen und Wohnen sind für einen großen Teil der Treibhausgase verantwortlich. Dem will der Senat unter anderem mit einer Solarpflicht entgegenwirken, die aber viel früher wirken müsste als erst 2023. Gleichzeitig ist es zwingend notwendig, ab sofort den gesamten Gebäudebestand bis zum Jahr 2035 energetisch zu sanieren. Weiter fordert Fridays For Future (FFF), dass die Politik nachhaltige Heizsysteme und Bauweisen fördert und den Bestandsschutz gegenüber Neubauten stärkt. Auch müssen energetische Standards vorgeschrieben werden, unter denen die Klimaneutralität 2035 erst ermöglicht wird.

Zudem müssen wir uns auf immer drastischere Klimafolgen einstellen. Und auch hier muss eine mutigere Stadtplanung ihren Beitrag leisten. Städte erhitzen sich angesichts ihrer versiegelten Flächen und dichter Bebauung deutlich stärker als das Land. Hierbei spricht man vom sogenannten Wärmeinseleffekt. Denn auch

nachts wirkt die Sommerhitze, wenn Gebäude und Straßen die gespeicherte Wärme des Tages wieder abgeben. In Hamburg liegt der mittlere Temperaturunterschied zwischen Stadt und Umland zwischen Mai und Oktober bei bis zu 3 °C. Wenn schon heute das Problem eklatant ist, was wird uns die sich verschärfende Klimakrise bescheren?

Klar ist bereits: Die Tage mit einer Durchschnittstemperatur von über 30 °C werden sich bis 2050 voraussichtlich verdoppeln, von sechs auf zwölf Tage. Für viele Menschen sind diese Hitzewellen tödlich. Umso wichtiger ist das konsequente Herunterkühlen der Stadt. Nur durch eine neue großflächige Begrünung von Gebäuden und Plätzen kann auch dem Insektensterben Einhalt geboten werden.

Diese Gedanken sind nicht neu: Schon seit 2014 gibt es eine Gründachstrategie, die innerhalb von zehn Jahren 100 Hektar Dachfläche begrünen möchte. Geschafft sind erst 30 Hektar. Und das ist ein Problem.

Eigentlich müssten StadtplanerInnen, ArchitektInnen und die öffentliche Verwaltung eine Stadtentwicklung gemäß des Paris-Abkommens zum Leitbild ihrer Arbeit machen und bei jeder Entscheidung die CO₂-Vermeidung und die Anpassung an die Klimafolgen bedenken. Hierbei müsste unbedingt fachübergreifend und kooperativ gedacht werden. Doch warum ist es dann im Jahr 2020 noch immer eine Besonderheit, wenn ein Haus mit nachhaltigen Ma-

Warum bepflanzen wir nicht das Heiligengeistfeld mit Apfelbäumen?

terialien gebaut wird, wie nun bei einem ausgezeichneten Projekt im Baakenhafen? Warum ist es heute noch neuartig, es für die Artenvielfalt zu begrünen? Aus dieser Besonderheit muss endlich eine Notwendigkeit und Pflicht werden! Stattdessen wird verdichtet, versiegelt und klimaschädlich gebaut, um der sich immer weiter drehenden Mietpreisspirale etwas entgegenzusetzen.

Doch warum bepflanzen wir nicht das Heiligengeistfeld mit Apfelbäumen? Warum bauen wir nicht zwingend klimaneutral? Warum verlaufen in den Colonnaden keine Pflanzstreifen? Warum verlegen wir unsere Parks nicht auf miteinander verbundene Dächer? Warum pflanzen wir nicht blütenreiche Wildwiesen an der Alster? Warum ranken sich keine Schlingpflanzen um die tanzenden Türme? Die Klimakrise wartet nicht. Wir müssen handeln. Jetzt.

Max, 23, ist Politikstudent und seit 1,5 Jahren Klimaaktivist.

Anzeige

KLIMAWANDEL UND LANDWIRTSCHAFT

HITZEWELLE, STARKREGEN UND STURMBÖEN – UND WAS HAT DAS MIT MIR ZU TUN?



Dies ist eines der entwicklungs-politischen Themen, die die Agrar Koordination in ihrem **bundesweiten Bildungsprojekt BIOPOLI** anbietet. Der gemeinnützige Verein entsendet Fachkräfte aus den Bereichen Landwirtschaft und Ernährung an Schulen, Hochschulen und andere Bildungseinrichtungen, um interaktive und erlebnisreiche Workshops zu gestalten, die man nicht so schnell vergisst.

BIOPOLI bietet Schüler*innen ab Klasse 9 und jungen Erwachsenen die Möglichkeit, sich kritisch mit globalen Themen wie Klimawandel und Ernährung, Gentechnik in der Landwirtschaft, Lebensmittelverschwendung, ökologischer Fußabdruck, biologische Vielfalt und Ernährungssicherung auseinanderzusetzen.

Der Eigenanteil beträgt für eine Doppelstunde 40 €, für 3 Zeitstunden 60 € und ab 5 Zeitstunden 100 €. Bildungsmaterialien zu den BIOPOLI-Themen in Form von Arbeitsheften, Ausstellungen und Filmen ergänzen das Angebot und können in unserem Shop bestellt werden. Eine **Veranstaltungsbuchung** in online möglich unter: <https://www.agrarkoordination.de/projekte/biopoli/veranstaltungsbuchung/>

Auf unserer Homepage gibt es neuerdings **digitale Lernangebote**, die in Unterrichtseinheiten integriert werden können. Zum Thema Klimawandel und Landwirtschaft gibt es ein lehrreiches Online-Quiz und eine spannende Smartphone-Rallye.

Wenn Sie ein*n Referent*in einladen wollen oder weitere Informationen wünschen, melden Sie sich bitte bei:

Jana Zotschew
AGRAR KOORDINATION
Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel.: 040-39 25 26
Fax: 040-39 90 06 29
jana.zotschew@agrarkoordination.de
www.agrarkoordination.de

biopoli

AGRAR
KOORDINATION

Forum für internationale Agrarpolitik e.V.

BIS IHR HANDELT



Grüne Utopie: Der Hamburger Rathausmarkt versinkt im Grün. Warum eigentlich nicht? Foto: Handelskammer/dpa; Montage: taz

Drei Forderungen

100 Prozent Erneuerbare und raus mit den Autos aus der Stadt!

1 Klimaneutralität 2035: Damit Hamburg bis spätestens 2035 eine klimaneutrale Stadt wird, müssen wir das verbleibende CO₂-Budget auf die Verantwortungsbereiche der verschiedenen Behörden aufteilen. Einer finanziell und personell gestärkten Umweltbehörde muss ein Veto-Recht gegenüber anderen Behörden eingeräumt werden. Die Öffentlichkeit muss quartalsweise über Fortschritte informiert werden. Vor allem muss die Bildungspolitik endlich ihrem Auftrag der Aufklärung gerecht werden und die Klimakrise umfassend einbeziehen.

2 Energie: Bis 2035 muss Hamburg eine zu 100 Prozent erneuerbare Energieerzeugung und Versorgung aufbauen. Dazu müssen spätestens 2025 alle Kohlekraftwerke abgeschaltet werden, über die Hamburg verfügt. Die Solarenergie muss bedeutend ausgebaut werden.

3 Verkehr und Stadtentwicklung: Wir fordern einen verstärkten Ausbau des ÖPNV, des Radverkehrs und die Einführung eines 365 Euro Tickets. Der öffentliche Personennahverkehr muss ab 2030 klimaneutral und die Innenstadt von motorisiertem Individualverkehr befreit sein. Flugverkehr und Schifffahrt müssen sich am Erreichen der Klimaneutralität 2035 orientieren. Alle Häuser müssen bis 2035 saniert und nachhaltige Heizsysteme gefördert werden. Es gilt, den Bestandsschutz gegenüber dem Neubau zu stärken!
Fridays for Future Hamburg

Wandel ohne Panikmodus

Naturwissenschaftliche Klimaforscher*innen warnen vor den katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels. Die Klimabewegung fordert eine sozialökologische Transformation: Alles muss sich radikal ändern, aber wie?

Von Katharina van Bronswijk

Der Klimawandel ist bereits spürbar: Hitze, Trockenheit, Sturmfluten. Trotzdem kommt der notwendige gesellschaftliche Wandel nur schleppend in Gang. Wie kann so eine sozialökologische Transformation funktionieren? Damit sich neue gesellschaftliche Normen durchsetzen – etwa die, dass Wirtschaftswachstum nicht alles ist –, braucht es ständige Impulse. Solche Triebfedern können technologische Fortschritte, ökologische Veränderungen oder soziale Bewegungen sein.

Disruptionen dieser Art stellen das bisherige „Welt- und Selbstverhältnis“ infrage, sagt der Erziehungswissenschaftler Hans-Christoph Koller von der Uni Hamburg. Soll daraus ein kollektiver Wandel werden, braucht es Raum zum Experimentieren – und das möglichst nicht im Panikmodus. Dann nämlich verfallen Menschen in ihre eingespielten Muster: „Man kann sich das vorstellen wie eine Wohnungsbesichtigung. Ich ziehe nur aus meiner alten Wohnung aus, wenn ich meine neue schon gesehen und mir überlegt habe, wie es da sein wird“, erklärt Klimaökonom Herrmann Held von der Uni Hamburg.

In dieser Testphase können Wissenschaft und Unternehmen Szenarien liefern, die in Modellprojekten ausprobiert werden – und die Politik muss den Rahmen bieten. „Es braucht Toleranz dafür, dass man sich

auch mal irrt. Ein gesellschaftlicher Lernprozess mit Irrwegen und Nachjustierungen“, sagt Katharina Umpfenbach, Politikwissenschaftlerin am Ecologic Institut in Berlin.

Politik und Wirtschaft kann man dabei nicht blind vertrauen: „Die Zivilgesellschaft ist die einzige Akteurin, die langfristiges Interesse, im Sinne einer Zeitspanne von ein bis zwei Generationen, am Klimaschutz hat“, sagt Held. „Alle anderen Akteure sind abhängig: Politiker*innen von Wahlen, Unternehmen von Regulation.“

Auf der politischen Ebene ist die Zivilgesellschaft der Gegenpol zum Lobbydruck. Bürger*innen kennen ihre Stadt am besten und wissen, was dort funktioniert. Als 2015 viele Geflüchtete nach Deutschland kamen, bauten sich vor Ort schnell Hilfsnetzwerke auf. Ehrenamtstrukturen müssen auch jetzt in Planungsprozesse für Extremwetterereignisse und Stadtentwicklung eingebunden werden.

Politiker*innen müssen die Bürger*innen also motivieren, Dinge aktiv voranzutreiben, und Macht abgeben. Transformation kann überall starten – im Sportverein, der Kirche, aber sie kann auch über Bürger*innenräte oder runde Tische organisiert werden.

Die Gesellschaft muss den Wandel mittragen: Für diese „gesellschaftliche Trägerschaft“ müssen Kosten und Nutzen in der Bevölkerung breit verteilt sein. Das bedeutet auch, dass die Privilegien der aktuellen Systemprofiteure hinterfragt werden müssen, dass es Umverteilung geben muss. Wird eine Umweltschutzregelung verab-

schiedet, muss gleichzeitig über Sozialpolitik für diejenigen etwas verbessert werden, die sonst hinten runter fallen. „Der heutige Individualverkehr ist nicht nur eine technische, sondern auch eine soziale Frage – wie kommen Leute zur Arbeit, was würde das für eine neue Mobilität bedeuten?“, sagt der Soziologe Stefan Aykut von der Uni Hamburg.

„Oft steigt die Zustimmung, wenn es gemacht wurde“

Katharina Kleinen-von Königslöw

Eine gute gesellschaftliche Vorbereitung verringert auch den Widerstand. „Man muss sich darum kümmern, nicht ganze Bevölkerungsgruppen abzuhängen, aber 100 Prozent Zustimmung wird man nicht in jedem Punkt bekommen können“, sagt Politologin Umpfenbach.

Die gute Nachricht: 50 Prozent Zustimmung reichen aus. „Wenn sich nach fünf Jahren die Zustimmungswerte für die Maßnahme nicht verbessert haben, muss man es ändern. Oft steigt die Zustimmung aber, wenn es erst mal gemacht wurde, weil man die Vorteile spürt“, erklärt Kommunikationswissenschaftlerin Katharina Kleinen-von Königslöw von der Uni Hamburg.

Ausreichende Zustimmungswerte für die Transformation haben wir erreicht. Es braucht nun Austausch über den emotionalen Umgang mit dem Wandel, über gemeinsame Werte: Solidarität, Verantwortungsbere-

it, Gerechtigkeit.

In Krisen sind wir nur stark, wenn wir zusammenhalten: „Gesellschaftliche Mitgestaltung braucht Solidarität, Gefühlstoleranz, Selbstreflexion und Mut zum Handeln“, sagt die Psychologin Lea Dohm aus Stadthagen. Schließlich muss der Testballon es zur neuen Normalität schaffen. Die Wissenschaft kann Empfehlungen zu den politischen Instrumenten geben. Komplett planen kann man so eine Transformation nicht – nur langfristige Ziele setzen.

Was Sie tun können? „Erst Bürger*in sein und dann Konsument*in“, sagt Umpfen-

bach. Politisches Handeln ist das Wichtigste – wählen, sich aufstellen lassen, demonstrieren, sich in Konsultationsprozesse einbringen, Veränderungen mittragen. Fehlt ein Radweg, um mit dem Rad zu pendeln? Setzen Sie sich dafür ein. Nehmen Sie Anliegen aus dem Privaten mit in Ihre anderen Lebensumfelder, sprechen Sie mit Abgeordneten oder Ihrer Chef*in. Kleinteiliger Wandel kann durch eine Bewegung hochskaliert werden. Transformation geht nur zusammen.

Katharina ist Psychologische Psychotherapeutin und bei Psychologists for Future aktiv.

VIELFALT SCHÜTZEN, ZUKUNFT RETTEN

VOLKS-BEGEHREN UNTERSCHREIBEN!

Viele Arten in Niedersachsen sind gefährdet oder vom Aussterben bedroht: Insekten genauso wie Wirbeltiere und heimische Wildpflanzen.

Wir müssen bedrohte Tier- und Pflanzenarten besser schützen und brauchen ein starkes Gesetz für mehr Arten- und Biotopvielfalt.

Es ist Zeit, zu handeln: Deshalb das **Volksbegehren Artenvielfalt.Jetzt!** unterschreiben!

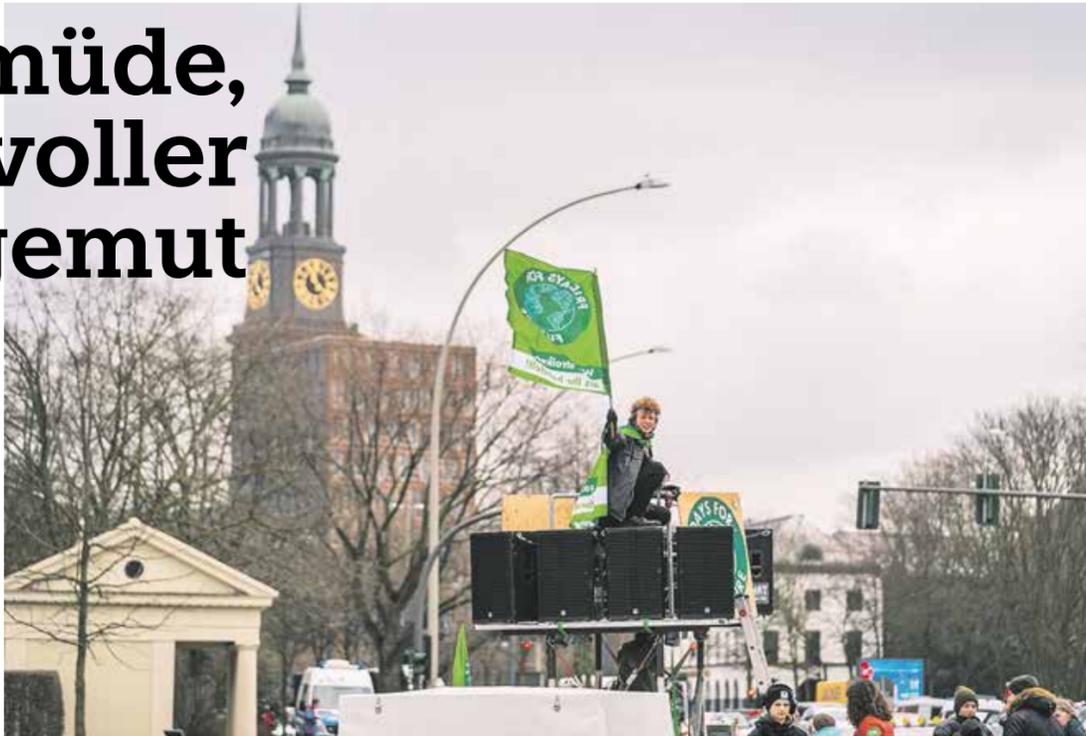
Zum Bestellen der Unterschriftenlisten:

www.artenvielfalt-niedersachsen.jetzt

VOLKSBEGEHREN ARTENVIELFALT

Anzeige

Todmüde, aber voller Wagemut



Unüberhörbar: Der Lautsprecherwagen ist auch bei der Demo heute am Start
Foto: Fridays for Future

Videoleinwände, eine Bühne, mehrere Demozüge, die sich wegen der Coronavorsichtsmaßnahmen nicht begegnen sollen. Seit Wochen organisieren Aktivist*innen ehrenamtlich die heutige Großdemo

Von **Philipp Wenzel**

Es ist Samstagabend, in den Räumen des Asta der Uni Hamburg sitzen 15 Aktivist*innen von Fridays for Future. Drei Stunden geht das Treffen schon, es wird bis in die Nacht gehen. Die „Klimabewegung“ plant ihre Großdemonstration, für die Aktivist*innen bedeutet das wochenlang Ausnahmezustand.

Die „Klimabewegung“, damit sind wir gemeint. Schüler*innen, Studierende und Azubis aus Hamburg und Umgebung, alle zwischen 13 und 28 Jahren alt. Wir haben in den vergangenen Wochen viel Zeit und Mut investiert, um den sechsten globalen Klimastreik möglich zu machen. Schon eine normale Großdemonstration ist in der Organisation eine Herausforderung, die Coronabedingungen und die Diskursverschiebung der letzten Monate machen die Planungen jetzt

für uns alle noch einmal schwieriger.

Klima ist so 2019, jetzt dominiert überall die Pandemie. Nur die eine, medial omnipräsente Krise hat es mit an den Küchentisch geschafft. Die andere läuft wie die Sturmfluten, die sie mit sich bringt, in unsere Kellergeschosse hinein. Konkrete Maßnahmen wurden auf unbestimmte Zeit verschoben. Das müssen und wollen wir ändern.

Zu den Aktivist*innen in den Räumen des Asta gehört auch Matthes. Er ist 23 Jahre alt und der Versammlungsleiter der Großdemo. Konzentriert blickt er auf seinen Laptop: „Am Dienstag machen wir die Ortsbegehung. Wer ist dabei?“ Bei den anderen Anwesenden gehen einzeln die Hände nach oben. „Leute, das ist wichtig“, sagt Matthes. Dann werden es deutlich mehr Meldungen.

In der Vergangenheit hatten die Großdemonstrationen von Fridays for Future oft Festival-Charakter.

Ernst in der Sache, aber bunt und laut in der Durchführung. Zehntausende Menschen, dicht an dicht. Durch Corona wird dieses Mal alles anders, was auch die Ortsbegehungen noch wichtiger macht. Es gibt drei Zubringerdemos, die die Teilnehmenden ab 14 Uhr aus der ganzen Stadt auf die Ludwig-Erhard- und die Willy-Brandt-Straße bringen.

Auf einer Länge von 1,5 Kilometern erstreckt sich dort der Endkundgebungsort. Neben einer Bühne werden mehrere Videoleinwände, alles durch Spenden finanziert, auf der Versammlungsfläche stehen, damit alle Teilnehmenden genug Abstand halten können. „Für diese Demo müssen wir noch einmal in ganz anderen Dimensionen denken, das macht alles aufwendiger“, sagt Matthes. Zum Vergleich: Im Februar, bei der Großdemonstration vor der Bürgerschaftswahl, war die Kundgebungsfläche nur 500 Meter lang.

Ortswechsel, ein paar Tage später: Das Klimacamp von Fridays for Future am Speersort. Mitte August sind wir anderen Ortsgruppen gefolgt und haben ein Protestcamp aufgebaut, weil der Senat die Klimakrise weiter missachtet. Sechs Wochen steht es jetzt und ist Dreh- und Angelpunkt unserer Mobilisierungsbereitschaft für den globalen Streiktag. „So, das muss jetzt trocken. Sieht doch aber sehr gut aus“, sagt Henrike und blickt auf ein zwei-

schen Europaletten liegendes Transparent. „Kein Grad weiter!“ steht drauf, das ist das Motto für den 25. September.

Zur Organisation einer FFF-Großdemo braucht es immer eine Menge Personal, die Aufgabenverteilung ist vielfältig. Logistik, Sicherheit, Programm, Pressearbeit oder dieses Mal auch Infektionsschutz. Jede*r kann wichtige Aufgaben übernehmen, rund 30 Menschen arbeiten derzeit rund um die Uhr und ehrenamtlich, damit die Demo reibungslos abläuft. „Wir waren erst skeptisch, weil die Pandemie auch unserer Motivation zugesetzt hatte. Aber jetzt ist der Schwung wieder da“, sagt Henrike.

Wie zuletzt im Februar oder vor einem Jahr im September ist uns Aktivist*innen klar: Auch diese Demo ist ein einziges Wagnis. Ob wirklich viele Menschen kommen, weiß niemand. Zu Hause war zuletzt kaum eine*r mehr, jeden Tag gab es stundenlange Treffen. Der in der Ortsgruppe sonst sehr beliebte Telegramm-Sticker mit dem Spruch „Nur ausgeschlafene Klimaaktivisten sind gute Klimaaktivisten“ wurde kurzerhand verdrängt. Sein Nachfolger ist aber ebenso deutlich. „Das ist ja der absolute Oberhammer!“ wird sich jetzt Orga-intern als Motivationsbotschaft auf die Handys geschickt.

Philipp, 23, macht die Pressekoordination für FFF-Hamburg und studiert VWL.



Stundenlange Demoplanung: Matthes (links) und Benjamin vor Ausbruch der Pandemie

Kommentar von **Annika Rittmann** über mangelhaften Klimaschutz

Sozialdemokratische Erinnerungslücke

Gut 100 Tage ist der neue Senat im Amt. Im Wahlkampf hatten SPD und Grüne groß angekündigt, das Klima schützen zu wollen. Jetzt wirkt es so, als hätten vor allem die Sozialdemokraten ihre Phrasen aus dem Winter vergessen. Diese 100 Tage können nicht ohne Verweis auf Corona bilanziert werden. Dennoch zeigt sich, dass in Hamburg vor allem Klimarhetorik regiert – und nicht echtes Klimabewusstsein, dem Taten folgen. In 100 Tagen hat der Senat keinen Willen gezeigt, konsequent Klimaschutz anzupacken.

Der Klimaplan, den Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) gerne in den Himmel lobt, enthält weder einen Plan um das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten noch einen zur Umsetzung der eher mauen Maßnahmen. Was der rot-grüne Senat in der letzten Amtszeit voller Stolz präsentiert hat, bedeutete schon damals eine Abkehr vom Pariser Abkommen. Immer wieder hat sich der Senat gewunden, Klimaziele angepasst und Versprechen missachtet. Hamburg muss bis 2035 klimaneutral werden und sein CO₂-

Budget respektieren, sämtliches Zögern ist fehl am Platz.

Nach 100 Tagen Amtszeit ist kein Wort mehr zum Klima zu hören, Tschentscher profiliert sich als Coronabekämpfer, aber uns junge Menschen lässt er im Stich. Für die Hamburger*innen war Klimaschutz im Februar laut Erhebungen das wichtigste Wahlkriterium. Dem Senat ist das offenbar egal. Vor allem aus der Finanzbehörde

Wer vor der Wahl verspricht, in Klimaschutz zu investieren, muss liefern

kommt Hilfspaket nach Hilfspaket für die Wirtschaft, insbesondere für große Unternehmen. Dass Finanzsenator Dressel (SPD) auch dafür ernannt wurde, Klimaschutz zu finanzieren, hat (oder will) er wohl vergessen.

Jetzt stehen die wichtigen Haushaltsverhandlungen an. Hamburg sehnt sich schon

lange nach einer Vorreiterrolle, jetzt muss die Stadt sie endlich einnehmen. Wer vor der Wahl versprochen hat, Steuergelder in Klimaschutz zu investieren, muss jetzt liefern. Konsequenz, eindeutig und effektiv.

Auch die Grünen sind hierbei gefragt. Wer den Anspruch hat, das Klima schützen zu wollen, darf sich nicht hinter dem Koalitionspartner verstecken. Die Zeit der unökonomischen und -ökologischen Entscheidungen muss aufhören. Klimaschutz muss in Hamburg wieder ein Machtwort werden, das auch in Pandemiezeiten keinen Millimeter an Wichtigkeit verlieren darf. Der Senat kennt die Fakten, Herr Tschentscher kennt die Dringlichkeit und auch Herr Dressel weiß, welche finanziellen Möglichkeiten es in Hamburg gibt. Wenn nicht entsprechend gehandelt wird, wäre das fahrlässig und bewusste Blockadehaltung. Denn: Wenn Klimaschutz nicht in Hamburg beginnt, wo dann?

Annika, 18, beginnt im Oktober ihr Studium der Mensch-Computer-Interaktion.

Drei Fragen

„Klimakiller Kohle hat keine Zukunft“

Interview **Philipp Wenzel** und **Annika Rittmann**

1 Lisa, eigentlich kommst du aus Berlin, aber heute bist du auf der „Fridays for Future“-Demo in Hamburg. Warum?

Lisa Göldner: Ich bin Anfang des Jahres nach Hamburg gezogen. Greenpeace hat seinen Sitz hier in der Hansestadt und es war an der Zeit, ganz herzuziehen. Auf die „Fridays For Future“-Demo heute freue ich mich ganz besonders. Das ist nämlich erst meine zweite Klimaschutz-Demo in Hamburg überhaupt.

2 Was geht dir durch den Kopf, wenn du an das Kohlekraftwerk Moorburg denkst?

Der Klimakiller Kohle hat keine Zukunft mehr. Wir stecken mitten in der Klimakrise und haben beim Kohleausstieg keine Zeit mehr zu verlieren. In Deutschland muss spätestens 2030 Schluss sein mit der Kohle. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energien, also Sonne, Wind und Wasser. Dass Vattenfall das Kraftwerk Moorburg nach nur fünf Jahren Betrieb schon wieder abschalten will, zeigt auch, dass die Stromerzeugung aus Kohle mittlerweile nicht mehr rentabel ist. Gut so! Eigentlich hätte es sich niemals rentieren dürfen, das Klima zu zerstören. Wenn es nach mir ginge, sollte Moorburg in einen Trampolinpark umgebaut werden.

3 Klimagerechtigkeit ist ein wichtiges Thema des heutigen globalen Klimastreiktages. Was bedeutet der Begriff für dich?

Die Klimakrise geht uns alle an. Aber nicht alle Menschen tragen im gleichen Umfang zur Erderhitzung bei, nicht alle Menschen sind gleichermaßen von den Folgen betroffen und nicht alle Menschen sind gleichberechtigt an der Entwicklung der Lösungen für die Klimakrise beteiligt. Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit sind untrennbar verbunden. Die Klimakrise verstärkt soziale Ungerechtigkeiten. Und umgekehrt werden wir die Klimakrise nicht aufhalten können, wenn wir nicht gleichzeitig für eine gerechtere Welt kämpfen. Ich setze mich dafür ein, dass Frauen, Menschen aus Ländern des globalen Südens, indigene Gemeinschaften und Kinder ihre Interessen stärker als bisher in die Klimapolitik einbringen können.



Foto: Kevin McElvaney/ Greenpeace
Lisa Göldner 30, ist Klima- und Energie-Campaignerin bei Greenpeace.

Anzeige

verbraucherzentrale
Energieberatung
KOSTENFREIE BERATUNG
verbraucherzentrale Hamburg
FÜR DIE ZUKUNFT SANIERT?
Machen Sie die Energiewende zuhause mit und lassen Sie sich unabhängig und kompetent beraten – auch vor Ort. Unsere Energie-Checks sind im Rahmen der Kooperation „Hamburger Energielotsen“ kostenfrei! Terminvereinbarung zum Ortstarif unter 040 – 248 32 250
www.verbraucherzentrale-energieberatung.de | Gefördert durch das BMWL

Konkret sind die Prognosen für unsere Zukunft: Wir steuern zu auf eine Dystopie. Nur durch radikale Entscheidungen können wir sie noch verhindern. Auszüge aus der Rede zur Klimastreik-Kundgebung

Kein. Grad. Weiter.

Von **Frederike Oberheim**

Die Zukunft ist dunkel und das ist das Beste, was die Zukunft sein kann.“ Das schrieb Virginia Woolf am 18. Januar 1915 in ihr Tagebuch, als der Erste Weltkrieg immer mehr zu einem brutalen Massaker mit noch unbekanntem Ausmaß wurde. Nicht zu wissen, was die Zukunft für uns bereithält, kann natürlich verunsichern. Aber es bedeutet auch, dass die Zukunft alles sein kann, was wir uns vorstellen wollen. Es bedeutet, nicht zu wissen, wie schlimm die Zukunft vielleicht auch werden könnte. Es wäre schön, wie Virginia Woolf behaupten zu können, dass wir uns nicht ausmalen müssen, welche Katastrophen die Zukunft vielleicht auch bereithält.

Leider gibt es aber für unsere Zukunft sehr konkrete Prognosen. Die Wissenschaft hat sie für uns hell ausgeleuchtet. Und ihre Vorhersagen schreiben eine Dystopie, wie sie sich niemand ausmalen wollte. Von einer Natur, die aus dem Gleichgewicht geraten ist. Und der Menschheit, die mit der Klimakrise vor allem eine humanitäre Krise geschaffen hat. Eine Zukunft, in der die Berichte über Naturkatastrophen, wie sie uns immer häufiger erreichen, zum Alltag gehören und damit auch täglich die Zahlen der Todesopfer hochtreiben. Eine Zukunft, in der immer mehr Menschen, wie es jetzt bereits im globalen Süden passiert, verdursten und verhungern. Eine Zukunft, geprägt von Verteilungskriegen, Flucht und Katastrophen – von Menschen, die ihr Zuhause, ihre Familie und ihre Hoffnung verlieren. Eine Zukunft, in der uns jegliche Lebensgrundlage fehlt. Und die 1-Grad-Marke auf dem Weg in diese Zukunft haben wir be-

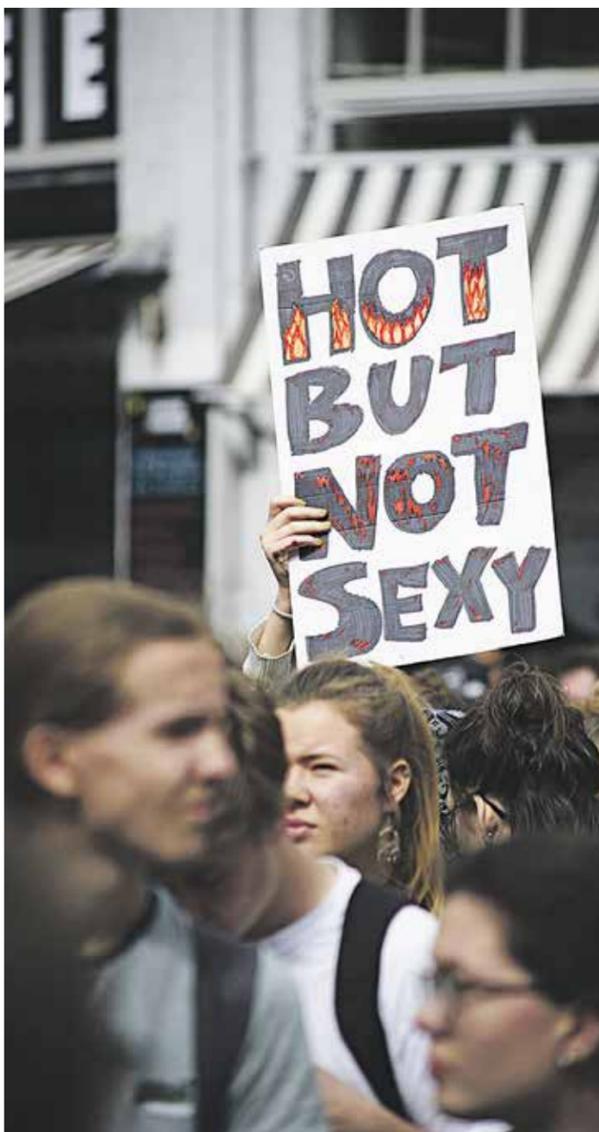
reits überschritten. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass viele dieser Katastrophen schon jetzt stattfinden. Dass in diesem Moment, den wir hier in Sicherheit erleben können, Menschen um ihr Überleben kämpfen. Dass in diesem Moment Menschen ihre Heimat verlieren und fliehen. Und, dass in diesem Moment Menschen sterben.

Die Klimakrise ist jetzt. Die Entscheidungen, die wir heute treffen, sind die Fixpunkte unserer Zukunft. Noch sind die Kippunkte nicht überschritten. Noch haben wir die winzige Chance, das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten.

Noch steht uns das alles offen. Die Entscheidungen, die wir heute treffen, können die Welt verändern. Unsere Entscheidungen machen den Unterschied zwischen einer Dystopie und einer Utopie. Und die allerwichtigste Entscheidung ist, dass es sich lohnt, für diese Zukunft zu kämpfen.

Denn auch wenn die Dystopie unserer Zukunft schon geschrieben ist, so haben wir noch die Möglichkeit, sie in eine Utopie zu verwandeln. Eine Utopie, die wir ganz allein schreiben können – von einer Zukunft, in der all das passieren kann, was wir uns erträumen.

Eine feministische Zukunft, in der alle Menschen unabhängig von ihrem Gender tatsächlich gleichberechtigt sind. Eine Zukunft, in der es keinen Platz mehr für Faschist*innen in unseren Parlamenten gibt. In der People of Color nicht in der ständigen Angst vor rassistischen Gewalttaten leben müssen. In der die europäischen Grenzen nicht zu einer Todeszone werden. Eine Zukunft, in der wir das Märchen vom endlosen Wachstum endlich aufgeben und weder die Natur noch unsere Mitmenschen für kurzfristigen Profit ausbeuten. Eine



2019 war Abstand noch kein Thema, Klima schon F. B. Neugebauer

Sechs Themen, sechs Routen

Der globale Klimastreik startet in Bremen um 10 Uhr in sechs thematischen Blöcken an sechs strategischen Punkten:

Thema Antikapitalismus: ab Kreuzung Waller Ring/Waller Herrstraße (Bahnhof Walle)

Thema Verkehrswende: ab Mercedesstraße (Fahrraddemo)

Thema Energiewende: ab Hastedter Osterdeich (Höhe Weserwehr/Wasserkraftwerk)

Thema Klimagerechtigkeit: ab Kreuzung Schwachhausener Herrstraße/Unter den Eichen

Thema Industrierende: ab Park am Flughafen

Thema Intersektionalität: ab Antikolonial-Mahnmal, Nelson Mandela-Park (dieser Demo-Strang soll möglichst barrierefrei werden)

Maske auf, Abstand halten, Zukunft retten!

Zukunft, in der wir als Weltgemeinschaft wieder mehr zueinandergerückt sind, uns gegenseitig unterstützen und stärken. In der wir alle miteinander, statt gegeneinander leben.

All das kann unsere Zukunft sein. Wenn wir nur die Chance bekommen, sie zu leben. Es ist eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt.

Wie Rosa Parks bereits sagte: „Um Veränderung zu bringen, darfst du keine Angst haben, den ersten Schritt zu machen. Wir versagen, wenn wir versagen, es zu versuchen.“

Es ist unsere Zukunft. Wir sind die Menschheit. Wir haben die Klimakrise in ihrem ganzen erschreckenden Ausmaß geschaffen. Und nun ist es unserer Verantwortung, alles in Bewegung zu setzen, um diese Krise noch aufzuhalten.

Wir haben jetzt die Möglichkeit, Geschichte zu schreiben, die Welt zu verändern, eine Revolution zu sein. Dafür brauchen wir jede*n einzelne von euch. Mit Wut im Bauch, Mut im Herzen und hochgekrempeelten Ärmeln, bereit es anzupacken. Seid dabei und lasst uns gemeinsam unsere Welt retten. Kein. Grad. Weiter.

das widerstand-geht-weiter-wetter

Es ist aus allen Himmelsrichtungen mit Demonstrierenden zu rechnen, mit 0,75% Wahrscheinlichkeit verkündet Maïke Schaefer (Grüne) den sofortigen Kohleausstieg, zu 99,25% Protest, 18 Grad, Regen

Was wir fordern

Von **FFF Bremen**

Wir demonstrieren für Climate Justice – Klimagerechtigkeit, weltweit. Für Bremen heißt das: **Klimaneutralität bis 2030!** Um das zu schaffen, stellen wir – Fridays For Future Bremen und Fridays For Future Bremerhaven – 15 Forderungen.

1. Exit Coal:

Die drei Bremer Steinkohlekraftwerke müssen bis 2020 abgeschaltet werden.

2. Worin wir unsere Zukunft sehen:

Zur Energiegewinnung soll die dezentrale Solarnergie-Nutzung lokal ausgebaut und der restliche Bedarf durch Solar- und Windenergie aus Niedersachsen gedeckt werden.

3. Grüner Stahl:

Die Stahlwerke sollen bis 2025 klimaneutral produzieren. Der Prozess darf nicht zu Lasten der Angestellten passieren, sondern muss sozialverträglich gestaltet werden.

4. Zukunft bauen:

Bau klimaneutraler Gebäude und entsprechende Sanierung

5. Keine Flächenversiegelung!

6. Wir bringen Zukunft auf die Straße:

Bremen und Bremerhaven sollen als Städte bis 2030 autofrei werden. Dienstleistungen, die auf Autoverkehr angewiesen sind, bleiben zulässig.

7. Kostenloser ÖPNV

8. Fahrrad-Prämie:

5-fache Erhöhung der Mittel für Radverkehr

9. Bremen – Amsterdam? Nix da!

Keine Flüge mehr mit einer Distanz unter 600 Kilometern vom Bremer Flughafen

10. Kein Geld für Fleisch und Milch:

Nur Subventionen von veganen Gerichten in öffentlichen Küchen

11. Veggie-Tag:

Aufklärung über nachhaltige Ernährung mit Aktionen wie „Donnerstag ist Veggie-Tag“

12. Das ist noch gut:

Aufklärung über Lebensmittelverschwendung und Förderung von Food-Sharing-Netzwerken

13. Think global, act local:

Förderung von Wochenmärkten mit saisonalen und regionalen Produkten

14. Zurück in die Zukunft:

Renaturierung der Weser und Aufforstung der Bremer Wälder

15. Nicht nur Schwänzen:

Klimakrise als zentrales Thema der Bildung



Zeichnung: Alisa Andris

Moin, wir sind Fridays for Future Bremen! Seit 2019 planen wir wöchentlich Aktionen und haben mit knapp 40.000 Teilnehmer*innen die größte Demo Bremens organisiert. Gemeinsam mit „Ende Gelände“ Bremen haben wir Peter Altmaier (CDU) beim Schaffermahl blockiert und eine Woche lang vor der Bürgerschaft gegen die Tatenlosigkeit der Bremer Politik gestreikt.

Anzeigen

„Die Irreversibilität der Veränderung ökologischer Systeme ist noch nicht begriffen worden“ (Maja Göpel)

Der Klimakrise gefährdet deine Gesundheit – Klimaschutz und Gesundheitsschutz gehören zusammen!

MdB Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) www.kappertgonther.de



Drei Gründe, um mit „Ende Gelände“ in die Grube zu gehen

„Ende Gelände“ nimmt am Wochenende im Rheinischen Braunkohlerevier den Kohleausstieg selbst in die Hand. Die lokale Gruppe hat uns erklärt, warum

1 Selbstermächtigung statt Ohnmachtsgefühl: Schon seit Jahrzehnten ist bekannt, dass der Klimawandel existiert und immer weiter voranschreitet. Doch noch immer weigert sich die Politik, ernsthaft und entschlossen zu handeln. Die verabschiedeten Gesetze sind angesichts dessen nicht mehr als ein schlechter Witz und verhören alle, die schon längst von der Klimakrise betroffen sind. Wir können es uns nicht leisten, noch länger auf die Politik zu warten, und ermächtigen uns deshalb selbst zu handeln. Wir bringen die Kohleabbag zum Stillstand.

2 Die Klimakrise wartet nicht, bis Covid-19 vorbei ist: Wir sind uns der Verantwortung bewusst, während einer weltweiten Pandemie eine Massenaktion auf die Beine zu stellen. Mit unserem Aktionskonsens stellen wir aber klar, dass wir mit unseren Aktionen keine Menschen gefährden. Deshalb haben wir auch ein umfangreiches Hygienekonzept ausgearbeitet und alle Menschen, die mit uns in Aktionen gehen, geben ihr Bestmögliches, dieses umzusetzen. So können wir den notwendigen Kampf gegen die Klimakrise weiterführen.

3 Gelebte Utopie: Unser großes Ziel ist es den Kapitalismus zu überwinden. Während unserer Aktionstage versuchen wir, ein solidarisches Miteinander bereits jetzt zu schaffen, und befinden uns dabei in einem ständigem Lernprozess. Wir wissen, dass „Ende Gelände“ nicht barrierefrei ist. Doch wir versuchen, die Barrieren immer weiter abzubauen – im bunten Finger die körperlichen, im internationalen Finger die sprachlichen Barrieren. Zusammen mit den „Anti Kohle Kidz“ schaffen wir eine Möglichkeit für junge Menschen, an der Aktion teilzuhaben.

